

Gründung des Landes Niedersachsen



Darstellung und Quellen

Gründung des Landes Niedersachsen

Darstellung und Quellen

Jürgen Borchers - Wolfgang Marienfeld
Klaus Piller - Klaus Schaap
Rudolf Willenborg

Die Veröffentlichung wurde von einer Arbeitsgruppe vorbereitet. Ihr gehörten an:

Jürgen Borchers, Realschullehrer - Dr. Uwe Dempwolf, Leitender Regierungsdirektor
Guiskard Eck, Rektor - Dr. Barbara Frank, Regierungsdirektorin
Dr. Hansgeorg Loebel, Leitender Regierungsdirektor i. R.
Dr. Wolfgang Marienfeld, Professor an der Universität Hannover
Klaus Piller, Studiendirektor - Albrecht Pohle, Ministerialrat - Dr. Klaus Schaap, Oberstudienrat
Dr. Wolfgang Scheel, Direktor der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung
Dr. Dietmar Storch, Leitender Regierungsdirektor - Peter Uhlig, Oberstudienrat
Rudolf Willenborg, Realschullehrer

Das Umschlagbild zeigt die von Hinrich Wilhelm Kopf 1946 vorläufig eingeführte Landesfahne. Die endgültige Festlegung des niedersächsischen Landeswappens und der Landesfahne nach Farben und Symbol (Sachsenroß) erfolgte durch Gesetz vom 13. Oktober 1952. Herausgegeben von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung Hannover 1986

Redaktion: Dr. Dietmar Storch

Die Veröffentlichung ist für den Schul- und Unterrichtsgebrauch bestimmt.

Druck: Buchdruckwerkstätten Hannover GmbH, Schwarzer Bär 8, 3000 Hannover 91

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	6
Vorwort	8
KAPITEL I	9
Die historischen Wurzeln des Landes Niedersachsen.....	9
Die Stammesgrundlage	9
Das Stammesherzogtum Sachsen.....	9
Die Entstehung des Namens »Niedersachsen« und die Tradition des Sachsenrosses	11
Grundzüge der politischen Entwicklung im Gebiet des heutigen Niedersachsen von 1180 bis 1815	11
Das Erwachen des deutschen Nationalbewußtseins im 19. Jahrhundert stellt die territoriale Zersplitterung in den Gebieten der deutschen Stämme in Frage.....	12
Wirtschaft und Industrie fordern eine große norddeutsche Gebiets- und Verwaltungseinheit.....	13
KAPITEL II	16
Prinzipien und Ziele britischer Deutschlandpolitik.....	16
KAPITEL III	18
Die Lage 1945 / 46.....	18
Kriegsschäden	18
Flüchtlinge und Vertriebene.....	18
Verhältnis zur Besatzungsmacht	19
KAPITEL IV	21
Der Weg zum Land Niedersachsen.....	21
Zeittafel	29
Literatur	32
Übersicht über die Quellen und Materialien	34
Quellen zum Kapitel II	36
1. Deutschland-Memorandum des britischen Außenministers vom 27.9.1943	36
2. Deutschland: Kabinettsvorlage des britischen Außenministers Bevin vom 3.5.1946	37
3. Memorandum des britischen Außenministers Bevin vom 11. 6. 1946 zur Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen	40
Quellen zum Kapitel III	41
1. Persönliche Botschaft des britischen Oberbefehlshabers an die Bevölkerung des britischen Besatzungsgebietes in Deutschland.....	41
2. Schreiben der Landesverwaltung des Landes Schaumburg-Lippe an die Militärregierung in Bückeburg betr. Aufnahme von Evakuierten im Land Schaumburg-Lippe.....	42
3. Auszug aus einem Schreiben des Kreisvertrauensmannes der Flüchtlinge in Braunschweig an Ministerpräsident Kopf, 11. August 1947	42
4. Bericht des Medizinalrates der Regierung Hildesheim für den Monat November 1945.....	43
5. Die britischen Truppen und die Bevölkerung.....	44
6. Winterkrise 1946 / 47 - Debatte im Landtag	45
7. Hannover nach Kriegsende	45
8. Wohnraumzerstörung in niedersächsischen Städten	46
9. Familien in Elendsquartieren.....	47
10. Lebensmittelrationen.....	47
11. Lebensmittel für Jugendliche (10 - 18 Jahre).....	48
12. Anweisung Nr. 37 der britischen Militärregierung Abt. für Ernährung und Landwirtschaft, vom 17. Januar 1946 betreffend Ernährung von Schulkindern	48
13. Beschaffung von Heizmaterial (1945).....	49
14. Auf dem »Schwarzen Markt« in Göttingen.....	49
15. Erschütternde Zahlen.....	50
16. Göttinger Schulverhältnisse 1946.....	50
17. Kinderschicksal	50
Quellen zum Kapitel IV	52
1. Protokoll über die Besprechung im Staatsministerium Oldenburg am 6. September 1945.....	52
2. Schreibendes britischen Brigadegenerals Lingham an den stellv. Oberpräsidenten von Hannover und die Ministerpräsidenten in Oldenburg und Braunschweig	54
3. Vorgeschlagener Staatsvertrag der Länder Hannover, Oldenburg und Braunschweig über die Wahrnehmung der Reichsaufgaben in diesen Ländern	55
4. Anordnung der britischen Militärregierung betr. den Staatsvertrag zwischen Hannover, Oldenburg und Braunschweig	56
5. Schreiben des Oberpräsidenten Kopf an die Militärregierung	57
6. Verordnung Nr. 46 der Militärregierung über die Auflösung der Provinzen des ehemaligen Landes Preußen in der britischen Zone und ihre Neubildung als selbständige Länder	57
7. Ansprache des stellvertretenden Oberbefehlshabers der britischen Zone, Generalleutnant Sir Brian H. Robertson, anlässlich der Eröffnung des Landtags zu Hannover am 23. August 1946	58

8. Erwiderung des Ministerpräsidenten Kopf vom 23. August 1946	59
9. Gutachten Kopf [vom 6. 9. 1946].....	60
10. Gutachten Tantzen (o. D.) und Zusatzgutachten Kubel (vom 6. 9. 1946).....	61
11. Rede des stellvertretenden Militärgouverneurs, Generalleutnant Sir Brian H. Robertson, im Zonenbeirat in Hamburg am 23. Oktober 1946	62
12. Verordnung Nr. 70 der Militärregierung über die Ergänzungsverordnung zur Verordnung Nr. 55.....	63
13. Zeitungsausschnitt.....	64
14. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf am 9. Dezember 1946 (Auszug)	65
15. Wahlen in Niedersachsen 1946/48	67
16. Landtage.....	68
17. Kabinette	69
18. Vorläufige Niedersächsische Verfassung vom 13. April 1951* (Auszug).....	69
19. Vorläufige Niedersächsische Verfassung vom 13. 4. 1951 (Schema).....	70
Die Gründung des Landes Niedersachsen vor 40 Jahren – Didaktische Hinweise und Medienempfehlungen	71

Vorwort

Im November 1986 besteht das Land Niedersachsen 40 Jahre. Es ist hervorgegangen aus den historischen Kernländern Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe. Der neue Staat, obwohl politisch eine Neuschöpfung, fußt auf historischen Traditionen. Seine Entwicklung ist aber auch dadurch mitgeprägt worden, daß jeder dritte Einwohner als Flüchtling oder Vertriebener aus dem Osten nach Niedersachsen kam. Inzwischen sind die Flüchtlingsströme von damals integriert, die schweren Kriegsschäden behoben, Wirtschaft und Verkehr wieder in Gang gebracht, und neue Aufgaben stellen sich. Wenn aber die Anfänge unseres Landes für die Älteren selbstdurchlebte Wirklichkeit waren, so sind sie für die Jüngeren oft nicht mehr als allmählich verblässende Geschichte. Anlaß genug, mit der vorliegenden Schrift daran zu erinnern, welche Kräfte zusammenwirkten, als es darum ging, aus Not und Chaos heraus unter dem alten Namen Niedersachsen einen neuen Staat zu schaffen. Sie gliedert sich in einen Darstellungsteil, bestehend aus vier Kapiteln sowie in einen Quellenanhang. Ein knapper Abriß der Landesgeschichte läßt einleitend erkennen, daß der Weg zum Lande Niedersachsen im Laufe der Jahrhunderte keineswegs gradlinig verlief. Am Ende erwies sich die junge Staatsgründung in ihren Grenzen dennoch als historisch begründet. Der zweite Abschnitt reflektiert die Prinzipien und Ziele britischer Deutschlandpolitik vom Beginn des Zweiten Weltkrieges bis in die Besatzungszeit nach 1945. Hieran schließt sich eine knappe Bilanz der Lage unmittelbar nach Kriegsende. In einem letzten Kapitel werden die wesentlichen Stationen und Vorgänge dokumentiert, die zur Schaffung des Landes Niedersachsen führten. Neben der Darstellung bietet ein ausgewählter Quellenanhang zu den Kapiteln zwei bis vier dem Leser Material genug, um die wichtigsten Stadien politischer Überlegungen und Willensbildung, die der Landesgründung vorausgingen, im einzelnen nachvollziehen zu können. Das Studium der Dokumente und Erfahrungsberichte ermöglicht ihm aber auch, sich die täglichen Sorgen und Nöte der Menschen damals zu vergegenwärtigen. Text und Materialien in der vorliegenden Zusammenstellung dürften insgesamt geeignet sein, die nunmehr vier Jahrzehnte zurückliegenden Ereignisse erneut ins Bewußtsein der Bürger unseres Landes zu rufen und nicht zuletzt eine Grundlage zur Behandlung des Themas in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen zu bieten. Als Anregung und Hilfe hierzu wollen die didaktisch-methodischen Handreichungen verstanden werden, die der Publikation in einem gesonderten Heft beigegeben sind.

Dr. Wolfgang Scheel
Direktor der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung

KAPITEL I

Die historischen Wurzeln des Landes Niedersachsen

Von Jürgen Borchers

Die im November 1946¹ sowohl von der britischen Militärregierung dekretierte als auch vom Gebietsrat Niedersachsen wesentlich mitbestimmte Zusammenlegung der ehemaligen Länder Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe und der Provinz Hannover zum Lande Niedersachsen konnte sich durchaus auf historische Grundlagen und Traditionen stützen, die hier in einer kurzen Übersicht verdeutlicht werden sollen. Wer die historischen Gesamtzusammenhänge erkennen und die territoriale Entwicklung im niedersächsischen Raum vom Mittelalter bis zur Gegenwart im einzelnen nachvollziehen will, sei auf Georg Schnaths grundlegende Schriften verwiesen, auf die sich der Verfasser weitgehend stützt.

Die Stammesgrundlage

Der Name unseres Bundeslandes verweist auf einen der sieben deutschen Stämme, auf die Sachsen. Sie hatten sich durch den Zusammenschluß mehrerer Kleinstämme gebildet und wurden um 150 nach Christi Geburt von dem griechischen Geographen Ptolomäus erstmalig erwähnt. Ihre Wohnsitze hatten sie in Holstein und auf einigen Inseln vor der Elbmündung. Im Laufe der folgenden drei Jahrhunderte dehnten sie sich über ganz Nordwestdeutschland aus und waren darüber hinaus an der germanischen Landnahme in England beteiligt. Wahrscheinlich erfolgte die Ausdehnung der Sachsen sowohl durch Eroberungen als auch durch Bündnisse. Um 700 hatte das sächsische Stammesgebiet seine größte Ausdehnung erreicht. Es griff weit über die Grenzen des heutigen Bundeslandes hinaus und umfaßte mit Ausnahme des Küstenstreifens zwischen Weser und Eins, in dem die Friesen leben, auch Holstein, Westfalen, die niederländischen Landschaften Twente und Drente sowie die heute in der DDR gelegene Region des Osthazes bis hin zu Unstrut und Saale. Der politische Zusammenhalt im alten Sachsen war eher schwach. Das gesamte Stammesgebiet bestand aus etwa 80 politisch organisierten Siedlungsgemeinschaften, den Gauen, die in drei oder vier größeren Gebietseinheiten, den Heerschaften, zusammengefaßt waren. Als sich Karl der Große anschickte, die Sachsen zu unterwerfen und dem Frankenreich einzugliedern, traten ihm in der Regel nur die einzelnen Heerschaften entgegen, und lediglich während des großen Aufstandes von 783/84 gelang es Widukind, der Symbolfigur des Widerstandes gegen die Eroberer, vorübergehend den Gesamtstamm gegen die Eindringlinge zu mobilisieren. Daß der Widerstand des sächsischen Adels so allgemein nicht war, wurde offensichtlich, als Karl der Große bei der Einführung des fränkischen Grafenschaftssystems in Sachsen viele sächsische Adlige mit dem Grafenamt betraute.

Die den Gesamtstamm einigenden Elemente waren vornehmlich das gemeinsame Recht, das Karl der Große nach der Eroberung aufzeichnen ließ, die gemeinsame materielle Kultur (Keramik, Werkzeuge, Waffen), der gemeinsame Kult (Stammesgott Saxnot) und die gemeinsame Sprache, das Altsächsische, aus dem später das Niederdeutsche hervorgegangen ist. Nicht zufällig ist die Südgrenze des Stammesgebietes mit jener Linie identisch, die das Oberdeutsche, das die zweite Lautverschiebung mitgemacht hat (maken-machen, tid-Zeit, perd-Pferd), gegenüber dem niederdeutschen Sprachraum abgrenzt.

Mit der Christianisierung der Sachsen entstanden die Bistümer Bremen, Verden, Minden, Paderborn, Münster, Osnabrück und Hildesheim, die dann später, bedingt durch das Ottonische Reichskirchensystem, zu Keimzellen der geistlichen Territorien wurden.

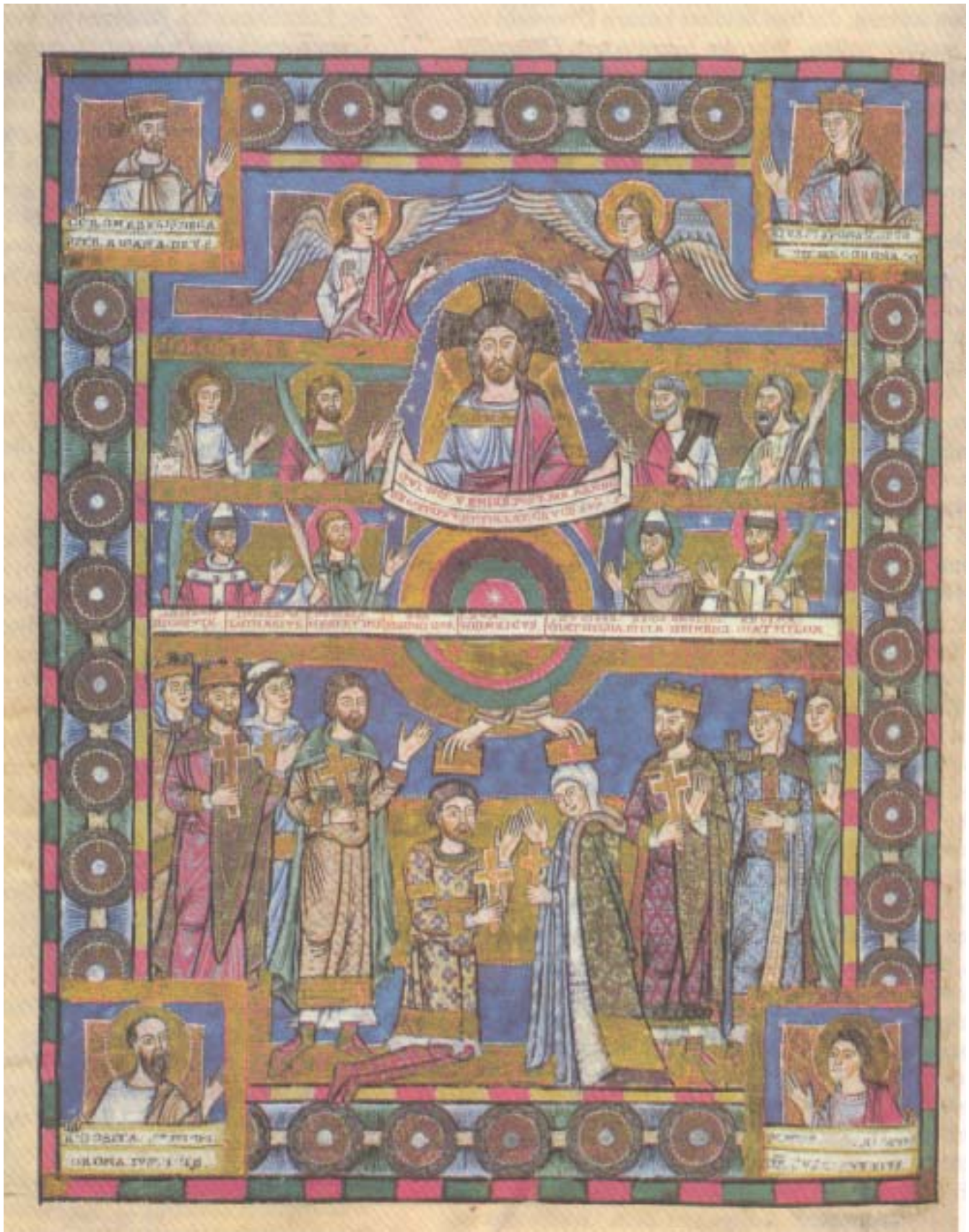
Das Stammesherzogtum Sachsen

Nach den fränkischen Reichsteilungen 843 und 870 begünstigte die Schwäche der letzten ostfränkischen Karolinger die Entstehung des jüngeren Stammesherzogtums. Dänen, Slawen und Ungarn bedrohten das sächsische Stammesgebiet. Als Organisatoren des Widerstandes gegen die Eindringlinge traten nun die rings um den Harz und an der Oberweser begüterten Liudolfinger hervor und erlangten bald nach 850 eine herzogähnliche Stellung. Diesem Adelsgeschlecht entstammten auch die späteren Sachsenkaiser (Ottonen), die von 919 bis 1024 bedeutende Leistungen beim Aufbau und bei der Sicherung des jungen deutschen Reiches erbrachten. Da sich die Sachsenkaiser vornehmlich Reichsaufgaben zu widmen hatten, übertrugen sie die herzoglichen Amtsgeschäfte in Sachsen den Billungern, einem Adelsgeschlecht, das an Elbe und Weser über reiche Güter verfügte. Auf Dauer konnten sich die Billunger jedoch nicht gegen die Bischöfe und mächtigen Grafen durchsetzen, so daß ihre Macht, die eine Stammesherzogliche Gewalt im eigentlichen Sinne nie gewesen war, im 11. Jahrhundert zunehmend verfiel.

Im hohen Mittelalter war ein Bewußtsein territorialer Einheit im niedersächsischen Raum nicht vorhanden. Das Stammesherzogtum darf nicht einem Staat im modernen Sinne gleichgesetzt werden. Im mittelalterlichen Personenverbandsstaat waren die Menschen unterschiedlichen Rechtskreisen zugeordnet - Grundherrschaft, Vogtei, Grafenschaft und herzoglicher Gewalt -, was in der Praxis zu einer für heutige Begriffe schwer zu durchschauenden Mischung von Rechtsbezügen und Zuständigkeiten führte.

Zum ersten Mal deutet sich in der Geschichte des Sachsenstammes die Möglichkeit zu einer großen, zusammenfassenden Territorialentwicklung an, als der Welfe Heinrich der Löwe Sachsenherzog wird. Seine einzigartige Machtstellung - er war

¹ Zur Datierung siehe in diesem Heft S. 28



Krönungsbild aus dem Evangeliar Heinrichs des Löwen

zugleich auch Herzog von Bayern - und sein persönlicher und dynastischer Ehrgeiz gestatteten es ihm, die verschiedenen Formen von Herrschaft zur Gebiets Herrschaft abzurunden und damit einen ersten Schritt zum modernen Territorialstaat zu tun, für den der Staufer Friedrich 11. mit den großen Reichsgesetzen von 1220 und 1231/32 die gesetzlichen Grundlagen schuf.

Heinrich der Löwe förderte das Wirtschaftsleben in Sachsen durch Gründung und Erweiterung von Städten, deren Wirtschaftskraft er fiskalisch zu nutzen wußte, er erwarb eine Monopolstellung in der Ausnutzung des Lüneburger Salzes, richtete ertragreiche Zollstätten ein und gewann bedeutende Geldmittel nicht zuletzt durch eigene Münzprägungen. Beachtlich sind auch die von ihm veranlaßten kulturellen Leistungen (Löwendenkmal in Braunschweig, Evangeliar - siehe dazu die Farbtafel *Krönungsbild*).

Sein rücksichtsloses machtpolitische Vorgehen trug dem Herzog unter den norddeutschen Fürsten viele Gegner ein und ließ auch den staufisch-welfischen Gegensatz wieder aufleben. Das alles endete mit dem keineswegs unverschuldeten Sturz des Löwen im Jahre 1180. Damit wurde die historische Chance, zu einem großen norddeutschen Flächenstaat zu gelangen, für Jahrhunderte vertan.

Die Entstehung des Namens »Niedersachsen« und die Tradition des Sachsenrosses

Kaiser Barbarossa verfügte in der Gelnhäuser Urkunde von 1180 die Teilung des Stammesherzogtums Sachsen.

Der westliche Teil wurde als Herzogtum Westfalen an den Erzbischof von Köln, der östliche an Bernhard von Anhalt, den Sohn Albrechts des Bären, vergeben. Als das Haus Askanien ausstarb, gingen sein Besitz und die Kurwürde an die Wettiner über, die den Namen »Sachsen« auf ihre Gebiete in Thüringen und auf die Mark Meißen übertrugen.

Zu dieser dynastischen Ausweitung des Sachsennamens trat noch die Ausbreitung sächsischen Volkstums, sächsischer (niederdeutscher) Sprache und sächsischen Rechts durch die deutsche Ostkolonisation entlang der Ostseeküste hinzu. So war ein sächsischer Großraum entstanden, der eine Aufgliederung notwendig machte. Die nördlichen Teile zur Küste hin -Mecklenburg inbegriffen - wurden nun als »Niedersachsen« (erste urkundliche Erwähnung 1354), die südlichen als »Obersachsen« bezeichnet.

1512 erlangte der Name »Niedersachsen« zum ersten Male in der Geschichte staatsrechtliche Bedeutung, als ein Niedersächsischer Reichskreis eingerichtet wurde, der die Mehrheit der Territorien zwischen Weser und Elbe sowie Holstein, Lauenburg und Mecklenburg umschloß. Die Gebiete westlich der Weser wurden zum Niederrheinisch-Westfälischen Reichskreis gerechnet.

Fast gleichzeitig mit dem Namen »Niedersachsen«, aber ohne ursächlichen Zusammenhang damit, tauchte das Pferd als heraldisches Zeichen in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts auf. Der Welfenherzog Albrecht 11. von Braunschweig-Grubenhagen brach im Jahre 1361 mit der Tradition seiner Familie, Löwen bzw. Leoparden im Siegel zu führen, und verwendete statt dessen ein heraldisch rechts schreitendes Pferd. Andere Mitglieder der Welfenfamilie folgten rasch seinem Beispiel und führten das Roß in der Helmzier über den traditionellen Löwen bzw. Leoparden.

Die plötzliche Wappenänderung der Welfen erfolgte als bewußter Rückgriff auf - wie man meinte - altsächsische Traditionen (Sage von Hengist und Horsa). Die Herzöge von Braunschweig wollten auf diese Weise ihre besondere Stellung im Raum des alten Herzogtums Sachsen gegenüber Karl IV. zum Ausdruck bringen, der die Askanier von Sachsen-Wittenberg durch die Verleihung der Kurwürde bestätigt im Reichsgesetz der Goldenen Bulle, bevorzugt; hatte.

Mit der Verleihung der Kurwürde an den Welfenherzog Ernst August von Calenberg im Jahre 1692 wechselte das Pferd aus der Helmzier in den Schild über, wo es nun - eingerahmt von den beiden Braunschweiger Leoparden und den Lüneburger Löwen in der obersten Reihe seinen Platz fand.

Im 19. Jahrhundert setzte sich das Sachsenroß im Dienstsiegel der hannoverschen Landesbehörden, auf Münzen, Fahnen und auf Uniformknöpfen allgemein durch. Auch nach der Annexion durch Preußen behielt die Provinz Hannover ihr springendes weißes Pferd im Wappen. An diese Wappentradition konnte das nach dem Zweiten Weltkrieg gegründete Bundesland Niedersachsen problemlos anknüpfen, zumal auch im Braunschweiger Landeswappen das Pferd seinen Platz hatte.

Grundzüge der politischen Entwicklung im Gebiet des heutigen Niedersachsen von 1180 bis 1815

Nach dem Sturz Heinrichs des Löwen entstanden im Laufe des späten Mittelalters im Gebiet des heutigen Niedersachsen etwa 40 kleine Territorien, von denen das Herzogtum Braunschweig-Lüneburg, hervorgegangen aus den Eigengütern des Löwen, noch das flächenmäßig größte war.

So waren die Welfen aufgrund der günstigen Ausgangssituation gegenüber ihren Konkurrenten am ehesten in der Lage, ihren Machtbereich abzurunden und zu erweitern. Im 13. Jahrhundert wurden die welfischen Territorien auf den Raum um Hannover und auf Teile des Leine- und Weserberglandes und des Harzvorlandes ausgedehnt, im 14. Jahrhundert kamen die Grafschaften Lüchow und Dannenberg hinzu, im 15. Jahrhundert die Gebiete der Grafen von Wunstorf, Hallermund, Everstein und die Herrschaft Homburg.

In der Zeit des Frühabsolutismus gelangen den Welfen weitere beträchtliche Gebietserweiterungen nach Westen und Süden hin. 1582 und 1585 beerbte die Lüneburger Linie die Grafen von Hoya und Diepholz. Wenig später fielen die Grafschaften Hohnstein und Blankenburg-Regenstein an Wolfenbüttel.

1689 erwarben die Welfen nach dem Aussterben der Askanier das Herzogtum Lauenburg mit dem Land Hadeln. Die konsequente Arrondierungspolitik führte im Jahre 1692 zu einer Rangerhöhung des Hauses Hannover, als der Kaiser das Fürstentum Calenberg-Göttingen zum Kurfürstentum erhob. Ernst August, der schon 1683 durch die Einführung der Primogeniturordnung die ungeteilte Weitergabe seines Erbes gesichert hatte, konnte nach der Erlangung der Kurwürde seinen Anspruch auf politischen Vorrang in Nordwestdeutschland noch nachdrücklicher zur Geltung bringen. Im Jahre 1705 wurde das Fürstentum Lüneburg mit Calenberg vereinigt.

Das Zeitalter des Absolutismus führte in den welfischen Landen eine neue kulturelle Blütezeit herbei. August der Jüngere von Wolfenbüttel begründete die berühmte Bibliothek, Herzog Johann Friedrich holte den Philosophen Leibniz nach Hannover und begann mit der barocken Schloß- und Gartenanlage in Herrenhausen. Sophie von der Pfalz, Gemahlin des Kurfürsten Ernst August, die auch die Anwartschaft auf den englischen Thron mit in die Ehe brachte, vollendete das Werk. 1737 wurde die Universität Göttingen gegründet, die sich rasch zu einer der führenden Bildungsstätten in Deutschland entwickelte. Den Erfordernissen des Merkantilismus trugen die Gründungen des Collegium Carolinum in Braunschweig, eines Vorläufers der Technischen Hochschule, und der Porzellanmanufaktur in Fürstenberg Rechnung.

Georg Ludwig, der Sohn der Kurfürstin Sophie, bestieg im Jahre 1714 als Georg 1. den englischen Thron. Die Personalunion des Kurfürstentums mit dem britischen Inselreich dauerte bis 1837. Noch einmal gelangen den Welfen beachtliche Gebietserweiterungen, als Georg 1. am Ende des Nordischen Krieges (1720) die Herzogtümer Bremen und Verden von Schweden und Dänemark durch Kauf erwarb.

Territoriale Konzentrationsbestrebungen gab es auch in Ostfriesland, das im niedersächsischen Bereich eine Sonderentwicklung nahm. Der Weg führte über eine Anzahl von kleinen Bauernrepubliken zur Reichsgrafschaft Ostfriesland (1464) unter den Cirksena. Nach deren Aussterben (1744) fiel Ostfriesland an Preußen, das sich gegenüber welfischen Ansprüchen durchsetzen konnte.

Im Grenzbereich zwischen den Sachsen und den Friesen errichteten die Grafen von Oldenburg ihr anfangs noch recht bescheidenes Herrschaftsgebiet. In langen Kämpfen (Sächsische Fehde) rangen sie gemeinsam mit den Welfen den Friesen das Stadland und Butjadingen ab und konnten so ihre Macht auf die linke Wesermarsch ausdehnen. 1525 erwarben die Oldenburger Grafen durch Erbschaft auch das friesische Jeverland hinzu.

Nach dem Dreißigjährigen Krieg wurde die Grafschaft durch gemeinsam bestellte Statthalter der dänischen Könige und der Herzöge von Holstein-Gottorp regiert. Dänemark zog sich 1773 aus dem Kondominium zurück und überließ die Grafschaft nun allein dem Hause Gottorp, unter dessen Herrschaft sie zum Herzogtum avancierte. Der Wiener Kongreß schließlich erhob Oldenburg zum Großherzogtum, nachdem es um einige Gebietssplitter an der Nahe erweitert worden war.

Das Erwachen des deutschen Nationalbewußtseins im 19. Jahrhundert stellt die territoriale Zersplitterung in den Gebieten der deutschen Stämme in Frage

Das Zeitalter Napoleons brachte Bewegung, ja eine bis dahin nicht gekannte Dynamik in die territoriale Entwicklung des niedersächsischen Raumes. Die Tendenz zu stärkerer territorialer Konzentration, die vornehmlich den welfischen Erblanden und dem daraus hervorgegangenen Hause Hannover zugute gekommen war, setzte sich verstärkt fort. Als 1815 der Deutsche Bund gegründet wurde, hatten nur noch sieben Staaten am Gebiet des heutigen Landes Niedersachsen Anteil: das Königreich Hannover nach dem Kriege von 1866 preußische Provinz, ein Vorgang, der von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt wurde -, das Großherzogtum Oldenburg, das Herzogtum Braunschweig und das Fürstentum SchaumburgLippe. Die restlichen drei Territorien waren Gebietssplitter, die bei verschiedenen Grenzkorrekturen - zuletzt 1932 - beseitigt wurden. Das Ergebnis der Befreiungskriege war jedoch nicht nur eine Veränderung der deutschen Staatenkarte. Ein mächtig aufkeimendes deutsches Nationalbewußtsein ließ die kleinen Territorialstaaten zu fragwürdigen politischen Raumgebilden werden. Die Idee vom gemeinsamen Volk weckte das Interesse, zu den historischen Quellen der deutschen Frühzeit vorzudringen. So entstand die große mittelalterliche Quellensammlung »Monumenta Germaniae Historica«, begründet durch den Freiherrn vom Stein. Im selben Zusammenhang zu sehen sind die Sammlungen der deutschen Kinder- und Hausmärchen durch die Brüder Grimm und deren verdienstvolle Bemühungen um das »Deutsche Wörterbuch«. Die Suche nach den Wurzeln des Deutschtums führte zu einer intensiven Rückbesinnung auf die Stammesverwandtschaft über trennende Territorialstaatsgrenzen hinweg, auf die Eigenheiten der Sprache, der Lebensgewohnheiten, der Kultur- und Wirtschaftsformen. Der Name »Niedersachsen« war mit der Aufhebung des Niedersächsischen Reichskreises von der politischen Landkarte verschwunden. Nun aber gewann er neue Bedeutung durch die Geschichtswissenschaft und die Heimatbewegung, die sich um die Förderung und Erhaltung der niederdeutschen Sprache, niedersächsischen Brauchtums und niedersächsischer Baudenkmäler verdient machten (Gründung eines »Historischen Vereins für Niedersachsen« im Jahre 1835). Zwar stand der Name »Niedersachsen« hier nicht für eine konkrete, bestimmte norddeutsche Territorien umgreifende Klammer, sondern war lediglich eine vage Umschreibung für das Hannoverland und benachbarte Gebiete.

Im Jahre 1837 endete die Personalunion Hannover-England. Hannover wurde wieder die Hauptstadt eines regierenden

Monarchen, und das Königreich erlangte ein stärkeres Eigengewicht innerhalb des Deutschen Bundes. Die noch im selben Jahre vollzogene Aufhebung des Staatsgrundgesetzes durch den König Ernst August rief in ganz Deutschland Entrüstung hervor. Der öffentliche Protest der berühmten sieben Göttinger Professoren, die alsbald ihres Amtes enthoben wurden, dokumentiert das wache politische Bewußtsein, das diese bedeutende Bildungsstätte stets auszeichnete.

Die Reichsgründung von 1871 änderte an der territorialen Struktur Norddeutschlands kaum etwas. Aus dem Königreich Hannover war bereits 1866 eine preußische Provinz geworden, die die alten Grenzlinien beibehielt. Es gab zwar Pläne für die Schaffung eines großräumigen norddeutschen Territoriums, jedoch erkannte Bismarck die starke Antipathie in der Bevölkerung gegenüber solchen Veränderungen und respektierte sie. Selbst nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches im Jahre 1918 war das Beharrungsvermögen der Bundesstaaten so groß, daß die alten Territoriumsgrenzen beibehalten wurden. So scheiterte der Entwurf von Hugo Preuß für eine republikanische Reichsverfassung, der ein »Reichsgebiet Niedersachsen« bestehend aus Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Schlewig-Holstein vorsah. Ein weiterer, erfolgversprechender Ansatz zu einer Reichsreform im Jahre 1930 fand drei Jahre später mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten ein rasches Ende. Das »Gesetz über den Neubau des Reichs« vom 30. Januar 1934 beendete die Eigenständigkeit aller deutschen Länder, die im Rahmen der Gaueinteilung der NSDAP zu Verwaltungsbezirken des Reiches gemacht wurden.

Im weiteren Verlauf teilte der niedersächsische Raum die Geschicke des übrigen Reiches unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, woran nicht zuletzt das Konzentrationslager Bergen-Belsen erinnert.

Als jedoch im Jahre 1946 Hinrich Wilhelm Kopf den britischen Besatzungsbehörden seine Konzeption für ein neu zu gründendes Land Niedersachsen vorlegte, konnte er sich wesentlich auf die Vorarbeiten des Geographen Kurt Brüning stützen, der an den Reformplänen der 30er Jahre beteiligt gewesen war.

Wirtschaft und Industrie fordern eine große norddeutsche Gebiets- und Verwaltungseinheit

Stärker noch als andere gesellschaftliche Kräfte drängten Wirtschaft und Industrie auf die Schaffung eines großen norddeutschen Flächenstaates hin. Die überaus komplizierten, weil stark verwinkelten Grenzverläufe der Territorien wurden schon im 19. Jahrhundert als lästige Hindernisse bei den Bemühungen um handelspolitische Einigungen empfunden. Als Preußen 1834 seinen Zollverein ins Leben rief, beteiligten sich die norddeutschen Staaten aus steuer- und handelspolitischen Gründen zunächst nicht daran, sondern gründeten 1837 einen eigenen »Steuerverein«, dem jene Territorien angeschlossen waren, die sich etwas mehr als ein Jahrhundert später im Lande Niedersachsen zusammenfinden sollten: Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe und Hannover. Dem Steuerverein war jedoch keine lange Dauer beschieden. Schon 1854 waren die letzten seiner Mitglieder dem preußischen Zollverein beigetreten.

Mit zunehmender wirtschaftlicher Verflechtung nach 1900 wurde der Ruf nach einer großen norddeutschen Gebiets- und Verwaltungseinheit immer lauter. Da die Politiker diesem verständlichen Anliegen noch nicht entsprechen wollten oder konnten - man denke nur an den gescheiterten Verfassungsentwurf von Hugo Preuß oder an die Reichsreformbewegung -, suchte die Wirtschaft durch die Gründung überregionaler Verbände und Vereinigungen Abhilfe zu schaffen. Immer häufiger wurde dabei der alte Name »Niedersachsen« verwendet. So wurde 1925 die »Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft zum Studium Niedersachsens« gegründet, die neue Denkanstöße zur Überwindung der territorialen Zersplitterung in Norddeutschland gab. Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches im Jahre 1945 waren es nicht zuletzt wirtschaftliche Überlegungen, die die Briten zur Gründung des Landes Niedersachsen veranlaßten, da die komplizierte Verwaltungsstruktur der zunächst wiederhergestellten Länder die Versorgung der notleidenden Bevölkerung eher behinderte.

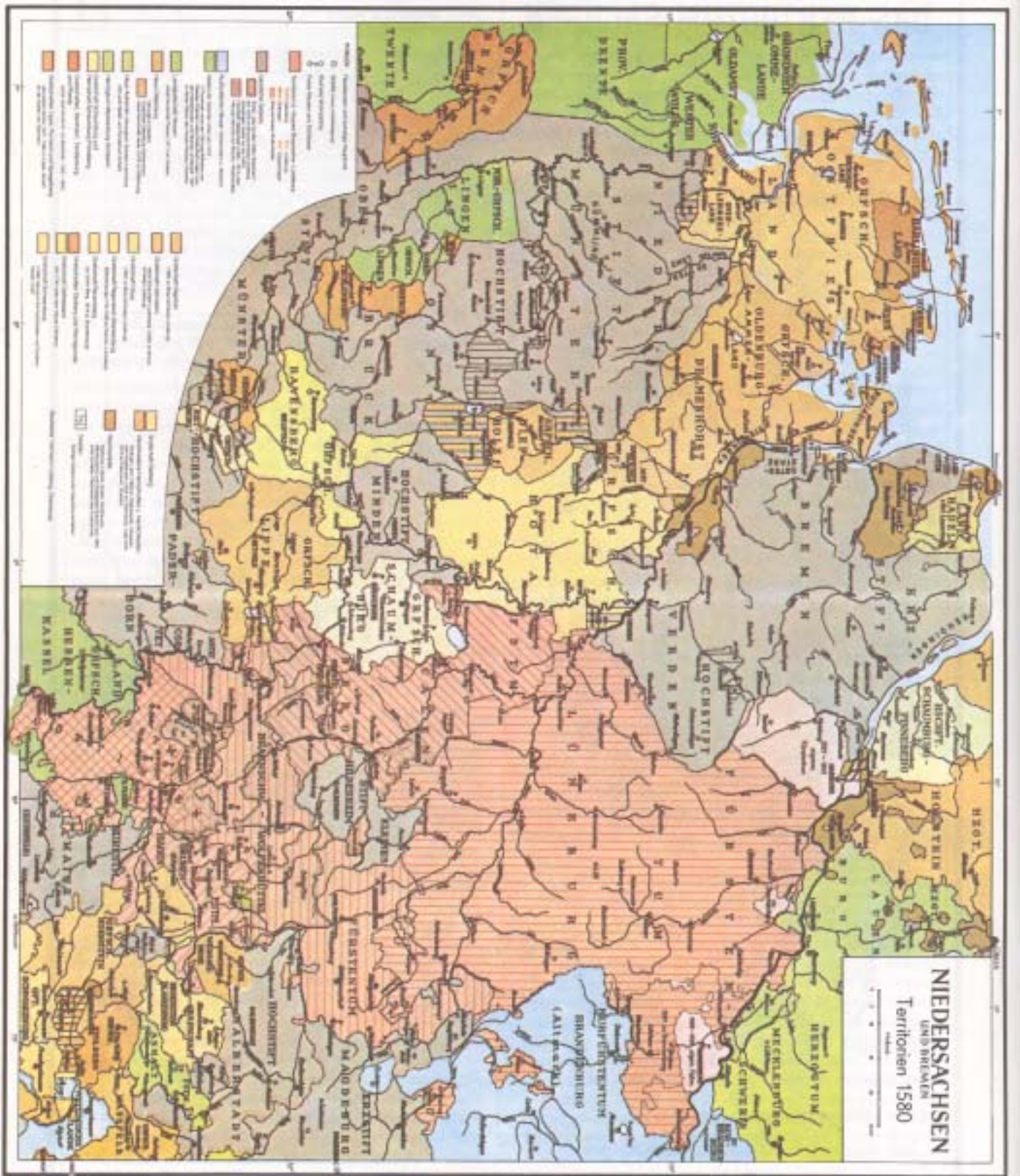
Die mit der Gründung des Landes Niedersachsen im Jahre 1946 gefundene Lösung der Raumordnungsprobleme in Norddeutschland war eine historisch längst überfällige Notwendigkeit. Sie ist sinnvoll, weil sie historische Grundlagen und Traditionen berücksichtigt. Aber auch andere historisch begründbare Lösungen wären denkbar gewesen.

DAS HERZOGTUM SACHSEN um 1000 zur Zeit der Billunger

- Sächsischer Stammesbereich um 1000
- Annähernde Abgrenzung der sächsischen Marken
- Thüringen
- Westgrenze geschlossener slawischer Siedlung



Schnell Maßstab 0 25 50 75 100 km



KAPITEL II

Prinzipien und Ziele britischer Deutschlandpolitik

Von Wolfgang Marienfeld

Großbritannien war 1939 ohne politische Konzeption für eine Neuordnung Europas in den Krieg hineingegangen. Sein Motiv für den Kriegseintritt bestand in der Verteidigung der bestehenden europäischen Staatenordnung gegen den vom nationalsozialistischen Deutschland ausgehenden Versuch, diese Ordnung zu zerstören und eine deutsche Vorherrschaft aufzurichten. Die Ablehnung des hitlerschen Friedensangebotes nach der militärischen und politischen Zerstörung Polens verstand sich damit von selbst, wenn man sich nicht einer deutschen Vorherrschaft ausliefern wollte. Bei aller Entschlossenheit, den Krieg bis zur Beseitigung des friedensunfähigen nationalsozialistischen Regimes fortzusetzen, bestand doch zugleich die Vorstellung, nach dem Kriege nichts anderes als den status quo ante, etwa die Situation von 1938, wieder herzustellen. Dieses Ziel schloß ein, daß man den Nationalsozialismus nicht mit Deutschland gleichsetzte, ihn nicht als Endpunkt einer in sich folgerichtigen deutschen Geschichte begriff. Die Regierung Chamberlain betonte wiederholt, daß sie keinen Krieg gegen das deutsche Volk, sondern nur einen gegen das nationalsozialistische Regime führe. Diese Haltung Großbritanniens wird besonders deutlich in den Verhandlungen, die unter Vermittlung von Papst Pius XII. im Winter 1939/40 mit der deutschen Widerstandsbewegung geführt wurden und die man hinsichtlich der leitenden Intentionen unter die Formel stellen kann: Umsturz in Deutschland und Rückkehr zur Vorkriegsordnung in Europa.

Die Fortsetzung des Krieges und seine Ausweitung zum Weltkrieg, die zunehmende Härte seiner Austragung, die nationalsozialistische Herrschaftspraxis insbesondere gegenüber den als »minderwertig« gebrandmarkten Völkern in den besetzten Gebieten beseitigten die Voraussetzungen, unter denen die Verhandlungen mit der deutschen Widerstandsbewegung gestanden hatten, und legten auch die Trennwand nieder, die anfangs zwischen Nationalsozialismus und Deutschland gesehen worden war. Das Problem »Sicherheit vor Deutschland« rückte in den Vordergrund. Es artikulierte sich formal in dem Anspruch auf uneingeschränkte Verfügungsgewalt über das militärisch niedergeworfene Deutschland. Sichtbarer Ausdruck hierfür sind die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands (Januar 1943), die interalliierten Abkommen über die vollständige Besetzung und Kontrolle Deutschlands (1944), schließlich die Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland mit den Juni-Erklärungen 1945. Das Sicherheitsproblem gegenüber Deutschland artikulierte sich inhaltlich in Überlegungen und Plänen zur Neuordnung Europas und insbesondere Deutschlands in der künftigen Friedensordnung. Diese Überlegungen konnten nicht voraussetzungsfrei - bei Deutschland allein ansetzen, sondern hatten zu berücksichtigen, daß mit der Auslieferung eines großen Teiles von Ostmitteleuropa an die Sowjetunion im Hitler-StalinPakt territoriale Vorentscheidungen von großer Tragweite gefallen waren.

In welchem Rahmen sich die britischen Überlegungen zur Behandlung Deutschlands nach dem Kriege bewegten, wird in einem Memorandum erkennbar, das vom britischen Außenminister im September 1943 ausgearbeitet worden war (Quelle 1).

Das Memorandum geht von grundsätzlichen Alternativen einer langfristigen Deutschlandpolitik aus. Es verbindet seine Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung damit, eine mittlere Linie zwischen totaler Unterdrückung und vollständiger Aussöhnung zu finden, d. h. ein reformiertes Deutschland auf die Länge der Zeit in die Gemeinschaft der europäischen Staaten zurückzuführen, zugleich aber auch Sicherheit vor Deutschland durch eine Reihe von Zwangsmaßnahmen zu verbürgen. Hierzu gehören Besetzung, Kontrolle und vorläufige Regierung Deutschlands durch die alliierten Mächte, die vollständige Entwaffnung Deutschlands, die Verminderung und die Kontrolle seines wirtschaftlichen Potentials, die Dezentralisierung seiner politischen Struktur, vor allem auch territoriale Amputationen, möglicherweise im Westen, sicher aber im Osten (Oberschlesien, Danzig, Ostpreußen; hier wird der Bezug zum Hitler-Stalin-Pakt hergestellt), deren Endgültigkeit durch Bevölkerungsumsiedlungen sichergestellt werden sollte.

Deutschland würde bei Verwirklichung dieses Programms für lange Zeit als politischer Machtfaktor keine Rolle mehr spielen, selbst wenn es als einheitlicher Staat erhalten blieb. Die damit verbundenen Gefahren für das europäische Gleichgewicht lagen auf der Hand und wuchsen in dem Maße, wie mit der Schlacht von Stalingrad die Sowjetunion die militärische Initiative zurückgewann und zum Vormarsch nach Westen antrat. Der Verhinderung einer in der Abwehr der deutschen Vorherrschaft entstehenden sowjetischen Hegemonie über Europa dienten verschiedene Aktionen der britischen Politik, so das Bemühen, Frankreich in den Kreis der europäischen Großmächte zurückzuführen und an der Besetzung und Kontrolle Deutschlands zu beteiligen, nach dem Kriege Föderationen ostmitteleuropäischer Staaten ins Leben zu rufen (insbesondere eine polnisch-tschechische Föderation), schließlich auch das in Mitteleuropa entstehende machtpolitische Vakuum dadurch wieder aufzufüllen, daß Süddeutschland, Österreich und Ungarn zu einem neuen Staatsgebilde - einem Donaubund - zusammengefügt werden sollten.

Das Programm der Wiederaufrichtung eines europäischen Gleichgewichtssystems traf auf den erbitterten Widerstand der Sowjetunion und wurde auch von den USA zunächst nicht unterstützt. Gleichzeitig wuchs mit jedem Tag des Krieges das sowjetische Machtgewicht: Fast ganz Ostmitteleuropa und große Teile Deutschlands wurden von der Roten Armee besetzt. Würde die Sowjetunion die errungenen Machtpositionen wieder preisgeben, ihren Machtanspruch begrenzen, so daß sie nicht als Bedrohung empfunden werden müßte - oder würde sie die errungene Machtposition zu einer imperialen Politik großen Stiles ausnutzen? Letzteres schien wahrscheinlich, wie vor allem die Vorgänge in Polen signalisierten. Die Sowjetunion hatte nach der Aufdeckung der Massengräber von Katyn im Frühjahr 1943 und der durch die polnische Exilregierung erhobenen Forderung nach einer Untersuchung dieser Gräber durch das Schweizer Rote Kreuz die diplomatischen Beziehungen zur Exilregierung abgebrochen, eine kommunistische Regierung in Polen errichtet und diplomatisch anerkannt; sie hatte der Zerschlagung der polnischen Untergrundarmee im Warschauer Aufstand 1944 durch deutsche Truppen sieben Wochen lang völlig untätig

zugesehen und damit sichergestellt, daß die Rote Armee bei der nachfolgenden Besetzung Warschaws keine Machtorgane der Exilregierung mehr vorfand; sie hatte schließlich aus eigener Machtvollkommenheit im Frühjahr 1945 die Grenze Polens bis zur Oder-Neiße-Linie vorgeschoben und mit der Vertreibung der deutschen Bevölkerung begonnen. Für die Unabhängigkeit Polens war Großbritannien 1939 in den Krieg gezogen. Am Schicksal Polens würde sich erweisen müssen, ob die Kriegskoalition eine gemeinsame Friedensordnung würde aufbauen können. Polen war wie 1939 der Prüfstein für Kooperation oder Konflikt.

Wenn Polen und die ostmitteleuropäischen Staaten in das sowjetische Herrschaftsgebiet einbezogen würden, bekam die Politik gegenüber Deutschland ein neues Gesicht und ein größeres Gewicht. Entsprechend verhindert die britische Politik auf der Jalta-Konferenz (Februar 1945), daß in die Kapitulationsurkunde für Deutschland ein alliierter Beschluß zur Teilung Deutschlands eingebaut wird, versucht Churchill im Frühjahr 1945, den angloamerikanischen Vormarsch in Deutschland unter politische Gesichtspunkte zu stellen (nämlich vor den Sowjets in den drei großen mitteleuropäischen Hauptstädten Berlin, Prag und Wien präsent zu sein), sofort eine neue Gipfelkonferenz abzuhalten, bevor die eigene Militärmacht abgebaut oder nach Ostasien abgezogen ist, und bis zu dieser Konferenz auch die angloamerikanisch besetzten Teile der SBZ als Faustpfänder in Besitz zu behalten. Erfolg war der britischen Politik nur im Blick auf den möglichen Teilungsbeschluß beschieden. Zwar wurde noch ein Dismemberment-Committee zur Beratung der Teilungsfrage ins Leben gerufen, aber auch die beiden anderen Mächte rückten im Frühjahr 1945 vom Teilungsgedanken ab.

Die Potsdamer Konferenz brachte die nunmehr einhellige Überzeugung der Alliierten, an der Einheit Deutschlands festzuhalten, an mehreren Stellen der politischen und wirtschaftlichen Grundsätze zur Behandlung Deutschlands zum Ausdruck (Wirtschaftseinheit, Zulassung und Förderung politischer Parteien und Gewerkschaften für ganz Deutschland, Aufbau einer deutschen Zentralverwaltung, stufenweiser demokratischer Wiederaufbau, der schließlich zur deutschen Zentralregierung führen sollte, Vorbereitung eines Friedensvertrages für Deutschland, der dann von dieser Regierung unterzeichnet werden sollte).

Würde es - ungeachtet der fortdauernden Kontroverse über die Herrschaftsordnung in Ostmitteleuropa, besonders Polen - auf der Basis der Potsdamer Beschlüsse möglich sein, eine gemeinsame alliierte Besatzungspolitik in Deutschland zu führen - eine Besatzungspolitik, die Deutschland als Einheit erhielt, die Sicherheit vor Deutschland verbürgte und die für den Wiederaufbau den demokratischen Grundsätzen entsprach, die in Potsdam vereinbart worden waren? Das Eintreten der Sowjetunion für die Beibehaltung der Einheit Deutschlands und entsprechend für die Errichtung einer deutschen Zentralverwaltung sprach dafür, die Teilung des Besatzungsgebietes in zwei Reparationshälften und das sowjetische Reparationsprogramm nach Höhe und Aufbringungsart sprachen dagegen; Bodenreform und Verstaatlichungen in der SBZ wurden von der amtierenden Labour-Regierung nicht notwendigerweise mit Mißtrauen angesehen, wohl aber die Gleichschaltung der politischen Parteien in der antifaschistischen Einheitsfront, vor allem aber die mit der Gründung der SED verbundene zwangsweise Auflösung der Sozialdemokratischen Partei in der SBZ. Die Londoner Regierung stand als Regierung eines europäischen Staates und als Arbeiterregierung den Vorgängen in Ostmitteleuropa und in der SBZ wesentlich empfindsamer gegenüber als die amerikanische Regierung. Besonders die Zwangsfusion von KPD und SPD hat desillusionierend gewirkt und das Mißtrauen gegenüber den Zielen und Praktiken der sowjetischen Politik erheblich vertieft. Würde die Einheit Deutschlands nicht eher noch die expansiven Möglichkeiten des Kommunismus vergrößern? Entsprechend hat die britische Regierung eine Neuorientierung ihrer Deutschlandpolitik viel früher ins Auge gefaßt als die amerikanische Regierung, die weitaus länger am Konzept einer gesamtalliierten Politik festhielt. Außenminister Bevin sprach im Mai 1946 in einem Memorandum für die britische Regierung davon, daß im Alliierten Kontrollrat »die Amerikaner in der Regel darauf bedacht sind, mit den Russen zusammenzugehen«, so daß der britischen Politik manchmal fast ein »amerikanisch-russischer Block« entgegenstände. Die eben angesprochene Kabinettsvorlage Bevins vom 3. Mai 1946 ist sehr aufschlußreich für die Überlegungen, die in der Londoner Regierung hinsichtlich der britischen Deutschlandpolitik angestellt wurden (Quelle 2).

In dem Text wird erkennbar: Das Problem Sicherheit vor Deutschland wird überlagert vom Problem Sicherheit vor der Sowjetunion. Die russische Gefahr wird für noch größer angesehen als die Gefahr eines wiedererstarkten Deutschland. Beide Gefahrenquellen könnten sich jedoch auch potenzieren und damit die schlimmste Möglichkeit heraufbeschwören, wenn nämlich ein wiedererstarktes Deutschland »gemeinsame Sache mit Rußland macht oder von ihm beherrscht würde«. Aus dem gemeinsamen Kampf gegen Deutschland war ein rivalisierender Kampf um Deutschland geworden, der das Grundproblem aufwarf, ob dieser Kampf auf der Basis des Potsdamer Abkommens, also einer gesamtalliierten Politik, oder auf der Basis einer neu und auf die eigene Besatzungszone bzw. die westlichen Besatzungszonen ausgerichteten Politik aussichtsreich sei. Die Vor- und Nachteile einer sich von Potsdam lösenden westlichen Besatzungspolitik werden aufgelistet. Die spätere Berlinkrise wird dabei vorausgesehen.

Eine Entscheidung im Sinne der Fortsetzung oder aber der Preisgabe der Potsdamer Politik wird zunächst nicht getroffen; wohl aber werden Maßnahmen überlegt, die bei offenbleibender Grundsatzentscheidung im rivalisierenden Kampf um Deutschland auf jeden Fall ergriffen werden müßten. Hierzu gehört neben Fragen des Lebensstandards und anderen im besonderen die Errichtung »autonomer Länder mit weitestgehenden Kompetenzen«, die sich entweder in die föderative Struktur der Westzonen oder aber ganz Deutschlands einfügen und die Gefahren einer zentralistischen Regierung vermindern sollten. Der künftige westdeutsche Bundesstaat wurde damit vorstrukturiert; aber man blieb zugleich im Rahmen des Potsdamer Abkommens, das die Föderalisierung Deutschlands vorsah. Im Gefolge dieser Überlegungen wird von der britischen Regierung die Neuorganisation der eigenen Zone angepackt (Quelle 3). Aus wirtschaftlichen und aus politischen Überlegungen fällt die Entscheidung zugunsten größerer Länder, wobei an föderalistische Traditionen angeknüpft werden soll, um die neuen Länder im politischen Bewußtsein der Deutschen auf Dauer zu verankern. Auch hier fällt auf, daß das im Zusammenhang mit der Föderalisierung genannte Sicherheitsargument nicht nur gegenüber Deutschland als staatlichem Machtfaktor, sondern auch gegenüber dem Kommunismus angeführt wird.

KAPITEL III

Die Lage 1945 / 46

Von Klaus Piller

Kriegsschäden

Nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur, nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht und der vollständigen Besetzung Deutschlands waren vor und nach der Gründung des Landes Niedersachsen unter ungemein schwierigen Bedingungen vorrangig zu lösende Aufgaben:

- Versorgung der Bevölkerung
- Beseitigung der Kriegsschäden
- Aufnahme und Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen
- Schaffung eines erträglichen Verhältnisses zur Besatzungsmacht.

Bevor im Frühjahr 1945 die britisch-amerikanische Front über Niedersachsen hinwegrollte, richteten in den Kriegsjahren schwere Luftangriffe vor allem in Städten wie Hannover, Wilhelmshaven, Emden, Braunschweig, Osnabrück, Hildesheim, gegen Kriegsende auch auf dem flachen Lande, erhebliche Schäden an. So war in Niedersachsen der Verlust von über 22 000 Menschenleben zu beklagen. Wohnungen, Häuser, Industrieanlagen, Werkstätten ' Kirchen, Brücken, Verkehrswege, Bahnhöfe usw. wurden in großer Zahl vernichtet.

Zu den erheblichen Besatzungskosten kamen die drückenden Aufwendungen zur Beseitigung der Kriegsfolgen und für die Eingliederung der Flüchtlinge, Vertriebenen und Kriegsheimkehrer - alles kaum zu lösende Aufgaben, die das Land schwer belasteten.

Arbeitslosen- und Ernährungsprobleme mußten gelöst werden; außerdem wurden vom Land umfangreiche Demontagen gefordert, deren Ausmaß nach Protesten der Bevölkerung schließlich auf die Vernichtung von Anlagen im Wert von ca. 440 Mio. RM begrenzt wurde. Durch die Entmilitarisierungsmaßnahmen (Vernichtung militärisch genutzter Fabriken, Lagerhäuser, Versorgungsanlagen) verlor Niedersachsen - zusammen mit den Demontagen und den Restitutionsen von Maschinen an die vom Deutschen Reich besetzten Staaten - Werte in Höhe von 1,4 Mrd. RM; der Verlust an entgangenen Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten war unermeßlich.

Zu den besonderen und schwerwiegenden Nachkriegsaufgaben gehörten die »Entnazifizierung« (600 000 Verfahren) und die »Wiedergutmachung« (188 000 Ansprüche politisch, rassistisch, religiös Verfolgter des Naziregimes).

In den vom Krieg erheblich gezeichneten Gebieten Niedersachsens blieb die Zahl der wohnungssuchenden Einheimischen und Flüchtlinge unübersehbar. 1945 wurden 175 000 durch Kriegshandlungen unbewohnbar gewordene Wohnungen gezählt. Wegen Mangels an Baumaterial war weder an Neubauten noch an Reparaturen zu denken. Da zudem die britische Besatzungsmacht fast 14 000 Wohnungen für ihr Personal und für entlassene politische Gefangene beschlagnahmte, standen in den Tagen der Gründung des Landes den im Vergleich zur Vorkriegszeit ca. 50 % mehr Einwohnern 12,5 % weniger Wohnraum zur Verfügung.

Eine weitere, kaum zu bewältigende Aufgabe in dieser Trümmerzeit war die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigsten Gütern des täglichen Bedarfs. Käuferschlangen, Schwarzer Markt, »Eisenbahnspringen«, Hamsterfahrten, Schwarzschlachtungen wurden in den Nachkriegshungerjahren zu beinahe alltäglichen, oft lebensnotwendigen Gewohnheiten. Das im Kriege eingeführte Verfahren, Lebensmittel nur nach Karten zu verteilen und Versorgungsgüter zu rationieren, mußte fortgesetzt werden. Oft konnten die allzu schmalen Lebensmittelrationen nicht einmal zur Hälfte geliefert werden. Äußerst knapp blieben Kohle, Treibstoff, Gas und Strom. Auf dem Lande fehlte es an Maschinen, Düngemitteln, Saatgut und Vieh.

Unterversorgung, Nahrungsmangel, katastrophale Wohnverhältnisse, mangelnde Hygiene, fehlende Medikamente führten zu Hungerödemen, Tuberkulose, Typhus und weiteren, teils ansteckenden Krankheiten mit oft folgenschweren Gesundheitsschäden.

Flüchtlinge und Vertriebene

Nach den Ausführungsbestimmungen zu den Potsdamer Beschlüssen von 1945 sollten bis Mitte 1947 6,65 Mio. Deutsche ihre Heimat im Osten verlassen, von denen 1,5 Mio. in der britischen Besatzungszone unterzubringen waren. Tatsächlich kamen bis zum April 1947 ca. 10 Mio. Flüchtlinge und Vertriebene, davon über 1,5 Mio. nach Niedersachsen. Dieses wurde immer deutlicher zu einem Grenzland gegenüber dem sowjetischen Machtbereich: 40 % der innerdeutschen Grenze, 550 km, entfallen auf Niedersachsen.

Bei Kriegsausbruch betrug die Einwohnerzahl Niedersachsens 4,5 Mio., im Frühjahr 1947 6,7 Mio.; d. h. 1/3 der Bevölkerung dieses Landes waren Vertriebene und Flüchtlinge. 30 % dieser Bevölkerungsgruppe kamen aus der Landwirtschaft. Diese Menschen suchten nun - meist vergeblich - in ihren alten Berufen Arbeit.



Flüchtlingslager Empelde bei Hannover, März 1947

(Vorlage: DRK-Landesverband)

Kennzeichnend für diese Zeit war eine sehr starke Binnenwanderung in Niedersachsen. Die Menschen suchten nach Verwandten, nach Wohnungen und Arbeitsplätzen. Häufig überquerten sie die Zonengrenze. Entlassene deutsche und ausländische Kriegsgefangene strebten in ihre Heimat zurück. Rund 1/3 der displaced persons (DPs) - Ausländer, die im Kriege zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt worden waren - zogen umher, weil sie wegen der neuen politischen und territorialen Verhältnisse nicht in ihre Heimat zurückkehren wollten. Am 1. November 1945 lebten in Niedersachsen 280 169 DPs, deren Unterbringung und Ernährung die deutschen Verwaltungen vor große Probleme stellte. Hinzu kam die große Zahl befreiter KZ-Häftlinge, mit Sicherheit weit über hunderttausend, deren genaue Zahl sich nicht mehr ermitteln läßt. Die Aufnahme und Eingliederung so vieler Menschen, die vor allem über die Flüchtlingslager Uelzen, Helmstedt, Friedland in das »Flüchtlingsaufnahmeland« Niedersachsen kamen, stellte die deutschen und die britischen Behörden vor oft nicht zu lösende organisatorische und materielle Probleme. Erschwerend kam hinzu, daß die meisten Flüchtlinge lange in den östlichen Teilen Niedersachsens blieben, nur ca. 10-30 % gingen in die westlichen Bezirke.

Beispielhaft für die Schwierigkeiten der Eingliederung sei hier die Situation der Jugendlichen genannt: Ca. 35 % aller Volksschüler waren Flüchtlingskinder, für die Schulraum, Lehr- und Lernmittel und Lehrkräfte benötigt wurden. Von 10 000 Lehrern waren jedoch 4000 bei der »Entnazifizierung« vorübergehend oder endgültig aus dem Schuldienst entlassen worden.

Das Miteinander zwischen Einheimischen und Flüchtlingen war besonders in den ersten Jahren nach dem Kriege nicht immer ungetrübt. Das gilt auch für das Verhältnis zwischen den Not leidenden Städtern und der oft besser versorgten Landbevölkerung.

Verhältnis zur Besatzungsmacht

Naturgemäß gab es in der unmittelbaren Nachkriegszeit Spannungen zwischen Deutschen und Besatzungssoldaten. 1946 mußte Niedersachsen 33,5 % seines Steueraufkommens, das waren ca. 500 Millionen Reichsmark, für Besatzungskosten ausgeben (1947 43,4 % und 1948 48,5 %).

Bei Kriegsende war Nordwestdeutschland in der Hand der Alliierten: die wichtigen Häfen Bremen und Wesermünde (seit 1. Januar 1947 Bremerhaven) in der der Amerikaner ' das heutige Niedersachsen unter britischer Militärregierung, die die früheren Länder Oldenburg, Braunschweig, Schaumburg-Lippe wiederherstellte und der bisherigen preußischen Provinz Hannover den Status eines Landes zurückgab.

Im November 1946 wurde das Land Niedersachsen durch Verordnung der Militärregierung gegründet. Vorausgegangen waren intensive Vorbereitungen und gründliche Beratungen deutscher Instanzen, die schließlich zu der Empfehlung des »Gebietsrates Niedersachsen« führten, ein neues Land zu schaffen. Diese Entscheidung kam mit 2/3-Mehrheit in freier Abstimmung zustande.

KAPITEL IV

Der Weg zum Land Niedersachsen

Von Klaus Schaap und Rudolf Willenborg

Im Zuge der militärischen Besetzung ihrer Zone errichteten die Briten in den Monaten April bis Juni 1945 ein dichtes und tiefgestaffeltes Netz von Militärverwaltungsstellen. Die gesamte britische Zone wurde in drei Großbezirke, die sogenannten Corps Districts, untergliedert, denen Provinzialmilitärregierungen (Military Government Detachments) vorstanden:

1. VIII. Corps District: Provinz Schleswig-Holstein, Hansestadt Hamburg,
2. XXX. Corps District: Provinz Hannover, Länder Braunschweig und Oldenburg,²
3. I. Corps District.

Wegen der besonderen wirtschaftlichen und damit auch überzonalen Bedeutung des Ruhrgebietes wurde dieser »District« in zwei Unterbezirke mit je einer Provinzialmilitärregierung unterteilt:

- a) Provinz Westfalen, Länder Lippe und Schaumburg-Lippe,
- b) nördlicher Teil der Rheinprovinz (»Nordrheinprovinz«).

Grundsätzlich orientierten sich die Briten beim Aufbau ihres Militärverwaltungsapparates an den vorgefundenen deutschen Verwaltungsstrukturen. So gehörte es zu ihren ersten Aufgaben, demokratisch ausgewiesene Persönlichkeiten an die Spitze der Provinzial- und Länderverwaltungen zu stellen und somit die nötigen Voraussetzungen für die Arbeit der - im Dienste der Militärregierung tätigen deutschen Auftragsverwaltung zu schaffen. Im XXX. Corps District wurden ernannt:

- Hubert Schlebusch zum Ministerpräsidenten des Landes Braunschweig (24. 4. 1945),
- Eberhard Hagemann zum Oberpräsidenten der Provinz Hannover (11. 5. 1945),
- Theodor Tantzen zum Ministerpräsidenten des Landes Oldenburg (17. 5. 1945).

Am 17. September 1945 - das sei hier bereits angemerkt löste Hinrich Wilhelm Kopf³, seit dem 1. Mai 1945 Regierungspräsident in Hannover, den ohnehin nur kommissarisch ernannten Hagemann in dessen Amt ab.

Das mit der totalen Niederlage und der Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen verbundene faktische Ende des Landes Preußen⁴ ließ in der Provinz Hannover einen Plan wiedererstehen, der bereits Ende der 20er Jahre im Rahmen der Reichsreformdiskussion mit Engagement verfochten worden war: die Bildung eines Landes Niedersachsen.

Offen und verdeckt, mit Memoranden, Resolutionen, Beschwörungen sowie Einwirkungen auf die Besatzungsmacht wurde bereits unmittelbar nach der Besetzung von interessierter Seite das Thema »Niedersachsen« auf die Tagesordnung gesetzt. So ließ etwa Regierungspräsident Kopf seinen ersten Aufruf an seine Mitarbeiter ausklingen mit den Worten »Gott schütze Niedersachsen«⁵, und er war auch Mitverfasser eines Manifestes vom Juni 1945, in dem der britische König im Namen der »unterzeichneten Feinde des Dritten Reiches und Anhänger der Demokratie, die den überwiegenden Teil der Bevölkerung Niedersachsens vertreten«, ersucht wurde, die Bildung eines Landes Niedersachsen zu veranlassen⁶.

In der Tat sprach ja auch vieles für eine Neugliederung des nordwestdeutschen Raumes, dessen historische Grenzen und Verwaltungsstrukturen außerordentlich heterogen waren. Als sich im August 1945 Kompetenzstreitigkeiten zwischen der Provinz Hannover und den Ländern Braunschweig und Oldenburg verstärkten, da die ihnen unterstellten Reichsmittelbehörden in ihrer Verwaltungsstruktur sich nicht mit den Provinz- und Ländergrenzen deckten, wurde auf den 6. September 1945 eine Konferenz der drei Verwaltungschefs nach Oldenburg einberufen (Quelle 1). Bezeichnenderweise setzte man das Thema »Bildung des Landes Niedersachsen« als Punkt 1 auf die Tagesordnung.

Während Oberpräsident Hagemann sich für den »Zusammenschluß zum Land Niedersachsen« aussprach, standen die beiden Ministerpräsidenten Schlebusch und Tantzen solchen Plänen, denen ihre Länder zum Opfer fallen mußten, reserviert gegenüber. Als Alternative zum Niedersachsenplan Hagemanns vertrat Schlebusch ein Drei-Länder-Modell (Großbraunschweig/Großoldenburg/Kleinhannover) und nahm damit im Prinzip das Tantzen-Gutachten vor dem Zonenbeirat vorweg (vgl. Quelle 10).

Wenn Hagemann am Schluß der Diskussion unwidersprochen konstatierte, »die Unterschiede sind nicht groß«, so war dies eher als Zweckoptimismus denn als korrekte Zusammenfassung des Verlaufes oder des Ergebnisses der Diskussion zu verstehen.

Anderthalb Wochen nach dieser insgesamt ohne konkretes Ergebnis verlaufenen Konferenz ergriff der Chef der Provinzialmilitärregierung in Hannover, Brigadegeneral Lingham, die Initiative und verfügte »für Zwecke der Militärregierung« die Zusammenfassung der Provinz Hannover und der Länder Braunschweig und Oldenburg zur »Hanover Region« (Quelle 2). Zur Begründung verwies der Brigadier auf »Verzögerungen und ... mangelhafte Geschäftsführung innerhalb des Militärregierungsgebietes«. »Politische Bedeutung« - etwa als Präjudiz für eine territoriale Neuordnung - wurde diesem Zusammenschluß jedoch ausdrücklich nicht beigemessen.

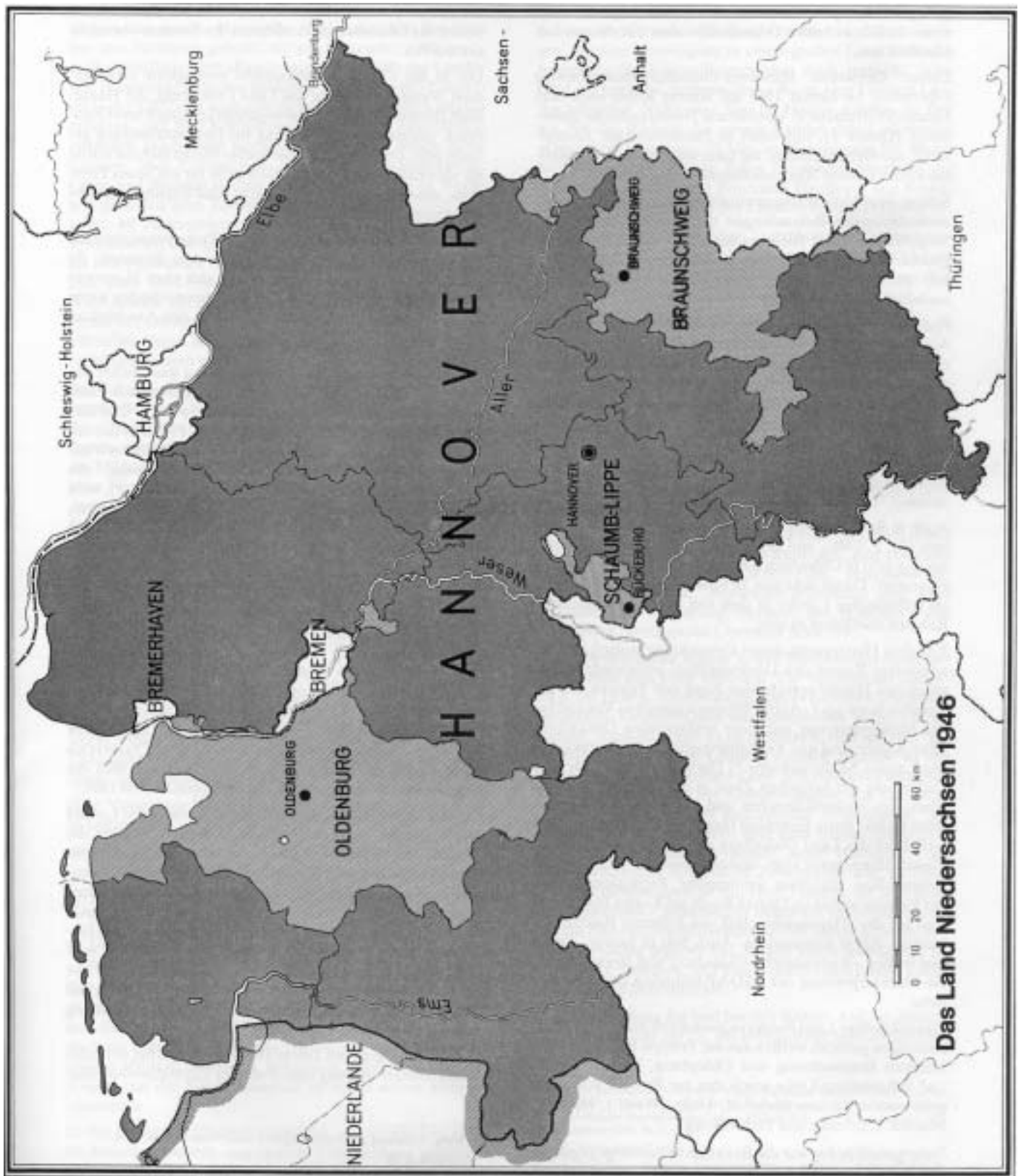
² Die Hansestadt Bremen war offiziell Teil der britischen Zone, wurde aber als Exklave der amerikanischen Militärverwaltung für Nachschubzwecke unterstellt.

³ Zu den genannten Personen vgl. Schneider, Niedersachsen 1945/46, S. 27 ff., 46.

⁴ De jure wurde das Land Preußen erst mit dem Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrates vom 25. Februar 1947 aufgelöst.

⁵ Vogelsang, Hinrich Wilhelm Kopf und Niedersachsen, S. 52.

⁶ Vgl. Eckhardt, Oldenburg und die Gründung des Landes Niedersachsen, S. 31.



In Erfüllung des ihnen am 17. September 1945 erteilten Auftrages schlossen Schlebusch, Tantzen und der neue Oberpräsident Kopf am 28. September 1945 einen »Staatsvertrag ... über Wahrnehmung der Reichsaufgaben« in ihren Ländern (Quelle 3). Sie griffen damit Anregungen des braunschweigischen Regierungsdirektors Dr. Weißer über einen »Zweckverband Niedersachsen« auf (Quelle 1). Der »Staatsvertrag« sah die Bildung eines »Gemeinschaftsministeriums«, welches sich aus dem »Landespräsidenten« von Hannover und den Ministerpräsidenten von Braunschweig und Oldenburg zusammensetzen sollte, sowie die Errichtung einer »Gemeinschaftskanzlei« vor.

Da Hannover durch diesen Vertrag offiziell zum Land »aufgewertet« worden wäre (vgl. Quelle 3, § 13) - de jure bestand das Land Preußen ja noch - und die drei Verwaltungschefs sich nach britischer Auffassung zu große Machtbefugnisse eingeräumt hatten, wurde der Staatsvertrag von Lingham nicht anerkannt. Statt dessen verfügte dieser im Oktober 1945 die Bildung eines Gemeinschaftsrates Hannover (Hanover Regional Council; vgl. Quelle 4), der zwar geringere Kompetenzen als das »Gemeinschaftsministerium« besaß, in seiner Organisation aber mit diesem fast identisch war.

Dieser Gebietsrat Hannover-Oldenburg-Braunschweig (Bremen), im Januar 1946 auf Antrag Kopfs nach dem Hinzutritt Bremens in »Gebietsrat Niedersachsen« umbenannt (Quelle 5), unterhielt in Hannover eine Zentralstelle, die Gebietskanzlei, die ganz wesentlich die »organisatorische Einheit Niedersachsens« vorbereitete⁷.

Schien diese Verwaltungszentralisierung in Hannover trotz anderslautender Bekundungen der Militärregierung den Weg für das Land Niedersachsen zu bahnen, so gab es gleichzeitig gegenläufige Tendenzen, die die Selbständigkeit der kleinen Länder Braunschweig und Oldenburg nachdrücklich unterstrichen.

Nachdem bereits Anfang Dezember 1945 ein Beratender Ausschuß beim Oldenburgischen Staatsministerium eingerichtet worden war, ernannte die Militärregierung im Januar 1946 einen 45köpfigen Landtag für das Land Oldenburg - übrigens das erste »Parlament« in der gesamten britischen Zone -, der im April 1946 eine allerdings nicht mehr in Kraft getretene Verfassung verabschiedete (»Das Land Oldenburg bleibt im Verband des Deutschen Reiches und im Rahmen der deutschen Gesetzgebung souverän«).⁸

Auch in Braunschweig trat ein Ernannter Landtag zusammen (21. 2. 1946), und hier wurde im Mai 1946 ebenso wie zuvor schon in Oldenburg eine kollegiale Landesregierung eingesetzt. Damit schienen Braunschweig und Oldenburg als selbständige Länder in dem von den Briten gesetzten Rahmen anerkannt zu sein.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung vollzog sich ein erbitterter Kampf der Denkschriften, insbesondere zwischen den Hauptkontrahenten Kopf und Tantzen. So unternahm Kopf am 1. April 1946 einen massiven Vorstoß bei der Militärregierung mit einer umfassenden Denkschrift »Zur Abgrenzung und Verwaltungsstruktur eines zukünftigen Landes Niedersachsen«.⁹ Darin plädierte er für eine Dreiteilung der britischen Zone in ein rheinisch-westfälisches, ein niedersächsisches und ein schleswig-holsteinisches Gebiet unter Einschluß Hamburgs. Besonders scharf griff Kopf das Land Oldenburg an, das »wie ein Pfahl im Fleisch Hannovers« sitze, und er versäumte nicht, auf die »planmäßige, durchaus erfolgreiche Expansionspolitik« der Parteigewalten im Dritten Reich auf Kosten Hannovers und auf die »Hausmachtspolitik des früheren Reichsstatthalters« Röver hinzuweisen. Auch hob er hervor, daß in den beiden »Kleinststaaten« Oldenburg und Braunschweig die Machtergreifung der NSDAP frühzeitig stattgefunden habe.

Das zukünftige Land Niedersachsen sollte nach Kopfs Vorstellungen gebildet werden aus der Provinz Hannover, den Ländern Braunschweig und Oldenburg, Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe sowie den zur Provinz Westfalen gehörenden Kreisen Bielefeld, Halle (Westf.), Herford, Minden, Lübbecke und Tecklenburg.

Naturgemäß heftig war die Reaktion Oldenburgs gegen die von Kopf vorgeschlagene Niedersachsen-Lösung. Das oldenburgische Staatsministerium antwortete ebenfalls mit einer Denkschrift, die in Hannover »wie eine Bombe« einschlug (»Nord-West-Deutschland im Rahmen einer Neugliederung der Britischen Zone«, 17. 5. 1946). Kopf sah sich veranlaßt, seinen Vorschlag erneut zu überarbeiten, und der »Hannoversche Kurier« reagierte am 24. Mai 1946 mit einem »Postleitzahl 23« überschriebenen Kommentar, in dem die Oldenburger als »Bayern des Nordens« bezeichnet wurden.

Der in der »Tantzen-Denkschrift« propagierte »Bundesstaat Weser-Ems« sollte das Land Oldenburg, die Hansestadt Bremen und die Regierungsbezirke Aurich und Osnabrück umfassen und als Beitrag zur Dezentralisierung gedacht sein. Das von Kopf angestrebte Niedersachsen wurde als »Mammutbezirk«, eine »Keimzelle für ein neues Preußen«, eine »territoriale Großmacht- und Expansionszelle« apostrophiert.

In dem für den »Bundesstaat Weser-Ems« beanspruchten Gebiet gab es jedoch auch oppositionelle Stimmen. So fühlten Osnabrück und Ostfriesland sich eher Hannover zugehörig, Kreise des Oldenburger Münsterlandes sowie Teile des Emslandes wünschten dagegen den Anschluß an Westfalen.¹⁰

Kopf hatte in dieser Auseinandersetzung ganz sicher die besseren Karten. Doch die Neugliederungsfrage war weniger von deutscher als von britischer Seite zu lösen. Und hier vollzog sich im Zusammenhang mit dem Problem des zukünftigen Status des Ruhrgebietes ein Wandel in der britischen Haltung: Die anfängliche Zurückhaltung, die Schneider als »Politik des Abwartens« bezeichnet¹¹, wich mehr und mehr einer aktiven Bewältigung der Probleme, was auch einen von den anderen Besatzungsmächten unabhängigen eigenen Weg in der Gestaltung der Zone einschloß.

In diesen Zusammenhang ist nicht nur die Schaffung des Zonenbeirates im Februar 1946 zu stellen (s. u.), sondern auch die für die gesamte britische Zone geltende Umwandlung der preußischen Provinzen in Länder am 23. August 1946 (Quelle 6). Ein »historischer Tag« (Quelle 8) für das Land Hannover - und damit zugleich für das spätere Land Niedersachsen -, der zudem noch

⁷ Korte, Verfassung und Verwaltung des Landes Niedersachsen, S. 14.

⁸ Eckhardt, S. 38.

⁹ Vgl. hierzu und zum folgenden Eckhardt S. 39 ff.; Schneider, Niedersachsen 1945/46, S. 113; Vogelsang, S. 66

¹⁰ Vgl. Eckhardt S. 42 ff.; vgl. auch S. 33 und 37.

¹¹ Schneider, Niedersachsen 1945/46, S. 42.

ausgesprochen symbolische Bedeutung besaß. Denn genau auf den Tag 80 Jahre zuvor hatte Hannover im Prager Frieden seine Qualität als Staat eingebüßt. Aus hannoverscher Sicht war dies die langersehnte Wiedergutmachung des Unrechts von 1866.

Obwohl die Würfel hinsichtlich der Gründung des Landes Niedersachsen noch nicht gefallen waren, bedeutete die Beförderung Hannovers von der Provinz zum Land, des Oberpräsidenten zum Ministerpräsidenten und die Ernennung eines Landtages eine wesentliche Etappe auf dem Weg zum gesetzten Ziel. Und Generalleutnant Robertson konnte in seiner Rede zur Eröffnung des Landtages in Hannover (Quelle 7) sicherlich dahingehend verstanden werden, daß die Wiederherstellung des Landes Hannover nur ein Zwischenstadium sei: »Wir sehen die Notwendigkeit ein, das ganze System der Organisation und Verwaltung unserer Zone neu zu gestalten.«

Bereits zu Beginn des Jahres 1946 hatten sich bei der britischen Militärregierung immer stärker Zentralisierungstendenzen durchgesetzt¹², wie sie schon bei der Einsetzung des »Gebietsrates Niedersachsen« sichtbar geworden waren. Noch deutlicher zeigte sich dies, als am 15. 2. 1946 ein für die gesamte britische Zone zuständiger »Zonenbeirat« eingerichtet wurde. Hatten die Regierungschefs der Länder und Provinzen gehofft, die seit September 1945 regelmäßig stattfindenden »Konferenzen der Chefs der Länder und Provinzen« zu einem ähnlichen Organ wie den Länderrat in der US-Zone ausbauen zu können, so mußten sie nun erfahren, daß ihre Kompetenzen durch den Zonenbeirat erheblich geschwächt worden waren. Denn neben sechs Länder- und Provinzchefs (Oldenburg, Braunschweig, Lippe und Bremen stellten nur einen Vertreter im Wechsel) gehörten dem Zonenbeirat acht Delegierte von Parteien, elf Fachvertreter sowie je zwei Vertreter der Gewerkschaften und Genossenschaften an. Er war weiterhin als rein beratendes Organ eingesetzt und besaß im Gegensatz zum US-Länderrat keinerlei legislative Funktion. Auch ließ die Militärregierung verlauten, daß sie die »Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen« nicht mehr als offizielles Organ ansehe und sich nur noch vom Zonenbeirat beraten lassen wolle.

Im Rahmen dieser Zentralisierungsmaßnahmen versuchten die Briten zu Beginn des Jahres 1946 die Neugliederung ihrer Zone weiter voranzubringen. Bereits Ende Januar am Rande der dritten Gebietsratstagung in Oldenburg hatte die Militärregierung den Auftrag erteilt, ein Memorandum über Niedersachsen einzureichen. Anfang Februar beorderte sie Kopf und den Oberpräsidenten der Nordrhein-Provinz Dr. Lehr, der wie Kopf die Schaffung von größeren leistungsfähigen Ländern befürwortete, zur Konferenz der Ministerpräsidenten der US-Zone nach Stuttgart, wo beide ihre Gedanken zur Neugliederung der britischen Zone vortrugen (AV 1. Nr. 11, S. 612 ff.)¹³. Gleiches geschah nochmals auf der Tagung Anfang März in Bremen und der ersten Sitzung des US-Länderrates mit Mitgliedern des neuen britischen Zonenbeirates Anfang April in Stuttgart, an der jedoch Schumacher statt Kopf teilnahm. Der entscheidende Schritt wurde eingeleitet durch ein Schreiben der Kontrollkommission vom 4. 7. 1946 an den Zonenbeirat, worin dieser aufgefordert wurde, Vorschläge über den »Neuaufbau der Länder in der britischen Zone Deutschlands« zu machen. Dazu heißt es:

»Die Vorschläge haben sich innerhalb folgender Grenzen zu halten:

- a) Die Grundlage der deutschen Verwaltung innerhalb der Zone ist das »Land«.
- b) Es soll nicht mehr als fünf Länder geben und – wenn möglich - weniger.
- c) Die Frage der Stellung von Nordrhein-Westfalen ist zu nächst zurückzustellen ... « (AV 1. Nr. 25/91, S. 612 ff.)

Der Zonenbeirat wurde in dem Schreiben aufgefordert, für die anstehenden Fragen einen Sonderausschuß zu bilden und die Vorschläge »so schnell wie möglich«, spätestens jedoch bis zum 30. 9. 1946, der Dienststelle des Stellvertretenden Militärgouverneurs Robertson zuzuleiten. Anfang August trat der Sonderausschuß zu seiner ersten Sitzung zusammen.

In der britischen Deutschlandpolitik war inzwischen eine im Schreiben bereits angedeutete Entscheidung gefallen, die der Diskussion um die Neugliederung eine neue Richtung gab: die Schaffung des Landes Nordrhein-Westfalen. Als während der erfolglos verlaufenden Pariser Außenministerkonferenz (Juni/Juli 1946) deutlich wurde, daß die vier Besatzungsmächte sich hinsichtlich der Zukunft des Ruhrgebietes nicht einigen können, entschlossen sich die Briten, die Frage durch die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen als Eigentümer einer sozialisierten Schwer- und Grundstoffindustrie an Rhein und Ruhr zu lösen. Für eine Vereinigung zu einem großen Land hatte sich besonders die Kontrollkommission stark gemacht, während der britische Außenminister Bevin eher kleinere Länder wünschte. Nicht ohne Sinn für Humor wählten die Briten für die Bildung des neuen Landes den Codenamen »Operation Marriage«.¹⁴ Mit der Verordnung Nr. 46 der Militärregierung wurden außer Nordrhein-Westfalen die ehemaligen preußischen Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein ebenfalls zu den Ländern erhoben (Quelle 6).

Die kontroversen Vorschläge, Gutachten und Stellungnahmen, die beim Sonderausschuß eingegangen waren und am 20. 9. 1946 im Zonenbeirat zur Abstimmung gelangten, lassen sich wie folgt zusammenfassen:¹⁵

1. Kurt Schumacher strebte zwei Länder an und wollte als Gegengewicht zu dem großen Land Nordrhein-Westfalen die übrige britische Zone zu einem Land zusammenfassen.
2. Kopf schlug eine Dreiteilung (Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen) sowie zwei Stadtstaaten (Hamburg, Bremen) vor.
3. Lehr plädierte für eine Lösung wie Kopf, Differenzen gab es nur hinsichtlich der Grenzziehung zwischen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

¹² Vgl. für das folgende "Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945 ?1949 (AV) 1", S. 44 ff., Foelz-Schroeter, Föderalistische Politik und nationale Repräsentation 1945 - 1947, S. 30 ff. und 50 ff., Schneider, Niedersachsen 1945/46, S. 111 ff.

¹³ Vgl. Anmerkung 11

¹⁴ Vgl. Steininger, Deutsche Geschichte 1945 ? 1961, S. 177 ff. und 194 ff.; Schneider, Niedersachsen 1945/46, S. 114 ff.

¹⁵ Vgl. zum folgenden AV 1 S. 823 ff. und 847 ff.; Schneider, Niedersachsen 1945/ 46, S. 115 ff., Eckhardt, S. 48 ff.

4. Tantzens Vorlage, zu der es ein Zusatzgutachten seines braunschweigischen Kollegen Kubel gab, ging von einer Fünfteilung (Hannover, Weser-Ems, Braunschweig, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen) und zwei Stadtstaaten (Hamburg, Bremen) aus. (Quellen 9 und 10 sowie tabellarische Übersicht Seite 24)

In der Abstimmung erhielt Kopfs Niedersachsenplan mit 16 Stimmen eine klare Mehrheit. Für Schumacher stimmten 9, für Lehr 6. Anders als im Sonderausschuß erhielt das Gutachten Tantzen/Kubel im Zonenbeirat keine einzige Stimme. Zum letzteren ist zu bemerken, daß von den turnusmäßig wechselnden Ländern diesmal Bremen an der Reihe war, das als einziges Land den Niedersachsenplan Kopfs unterstützte. In der Abstimmungssitzung kam es zu einer fast anekdotenhaft anmutenden Begebenheit. Als Tantzen, der anwesend war, aber kein Stimmrecht besaß, einen Diskussionsbeitrag abgab, sagte Adenauer, der stimmberechtigtes Mitglied im Zonenbeirat war, zu Tantzen: »Ich möchte doch bitten, Herr Tantzen, Sie sind doch nicht anwesend.« Schumacher bemerkte später dazu: »Es war ein Bild von erschütternder Komik, das sich für die Besatzungsmächte ergeben hat. Es gibt einen Antrag, der im Ausschuß 6 Stimmen, im Plenum durch einen reinen Zufall null Stimmen bekommt hat.«¹⁶

Die Entscheidung lag nun bei den Briten. Auf der Sitzung des Zonenbeirats am 23. 10. 1946 gab die Militärregierung bekannt, daß sie sich für die von Kopf vorgebrachte Lösung entschieden habe (Quelle 11). Der stellvertretende Militärgouverneur Robertson bezog sich in der Begründung auf die von Außenminister Bevin am Vortrag im Londoner Unterhaus verkündeten Beschlüsse. (UF 25, Nr. 3733, S. 92 ff.)¹⁷. Nun ging alles sehr schnell. Am 25. 10. trafen sich die drei Ministerpräsidenten Kopf, Tantzen und Kubel beim britischen Zivilgouverneur Macready in Hannover, um über die Bildung des Landes Niedersachsen zu beraten. Mit der Verordnung Nr. 55, ausgefertigt am 8. 11., wurde rückwirkend zum 1. 11. 1946 das Land Niedersachsen gegründet s. S. 26). Der Artikel IV der Ergänzungsverordnung Nr. 70 in der geänderten Fassung vom März 1947 gebot jedoch, »die Belange der früheren Länder auf dem Gebiet der Überlieferung, Kultur, Architektur und Geschichte gebührend zu berücksichtigen« (Quelle 12), was sowohl Robertson als auch Macready vorher bereits Kopf gegenüber zum Ausdruck gebracht hatten.¹⁸ Am 23. 11. gab die britische Militärregierung die Verordnung Nr. 57 über die Befugnisse der Länder in der britischen Zone heraus, die am 1. 12. in Kraft trat (UF 24, Nr. 3683, S. 816 ff). Hinrich Wilhelm Kopf wurde zum Ministerpräsidenten ernannt. Er stellte ein Kabinett zusammen, das »in jeder Beziehung mit Augenmaß ausgewählt und eine Regierung des Ausgleichs und des Kompromisses« war.¹⁹ (Quelle 17) Zum gleichen Zeitpunkt, als die wichtigsten Entscheidungen zur Neugliederung fielen, fanden die ersten Wahlen in der britischen Zone statt, am 15. 9. die Gemeindewahlen, am 13. 10. 1946 die Kreistagswahlen (Quelle 15). Entsprechend ihren Ergebnissen wurde von der britischen Militärregierung der erste Landtag ernannt. Dieser trat am 9. 12. zur konstituierenden Sitzung zusammen (Quelle 16). Vor dem Landtag erläuterte der neue Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung ausführlich die vielfältigen Aufgaben der Landesregierung im neuen Land Niedersachsen (Quelle 14). Zum 26. 2. 1947 beschloß der Landtag mit dem Gesetz über die »vorläufige Ordnung der Niedersächsischen Landesgewalt« eine Art »Notverfassung«. Am 25. 2. 1947 war durch das Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrats das Land Preußen aufgelöst worden. Nach den Wahlen am 20. 4. 1947 konnte Mitte Mai der erste frei gewählte Niedersächsische Landtag in der Stadthalle von Hannover zusammentreten (Quelle 16). Am 11. 6. 1947 nahm die Niedersächsische Staatsregierung, die unter Führung des alten und neuen Ministerpräsidenten alle Parteien umfaßte, ihre Amtsgeschäfte auf (Quelle 17). Mit der Annahme der »Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung« am 13. 4. 1951 im Niedersächsischen Landtag, die am 1. 5. 1951 in Kraft trat, war der letzte Schritt zur Konstituierung des Landes Niedersachsen vollzogen (Quelle 18).

¹⁶ AV 1 S. 847 Anm. 84; S. 56 und 62.

¹⁷ Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 ...

¹⁸ Vgl. Eckhardt, S. 56 und 62

¹⁹ Vgl. Schneider, Niedersachsen 1945/46, S. 125.

X
 Tabellarische Übersicht über die Gutachten zur Länderreform
 1. Gebiets-einteilung

Schunacher:	Lehr:	Kopff:	Pantsen:	Zusatzgutachten Kubel:
Länder mit 4-7 Mill. Einwohner beste Größe. Durch Bildung Nordrhein/Westfalen ist Zwang entstanden	<u>Nordrhein/Westfalen</u> + (Lippe-Detmold u. Südteil des Reg. Bes. Osnabrück)	<u>Nordrhein/Westfalen</u>	<u>Nordrhein/Westfalen</u> (zu groß)	<u>Nordrhein/Westfalen</u> (Unterteilung in mehrere Länder notwendig.)
neben <u>Nordrhein/Westfalen</u> ein großes Land zu bilden (Ostfalen)	<u>Hannover</u> + (Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe)	<u>Niederrhein</u> (Ob Lippe-Detmold, Minden, Ravensberg und Tecklenburg hinsg. ergibt Ab- stimmung nach 2 Jahren)	<u>Land Hannover</u> (Hannover ohne die Reg. Bez. Aurich, Os- nabrück, Hildesheim u. Kreis Gifhorn- einschl. westf. Kreise Minden, Mübbecke, ein- schl. Schaumburg-Lippe)	<u>Niederdeutschland</u> (Hannover, Schleswig- Holstein, Braun- schweig und West- falen)
	<u>Schleswig-Holstein</u>		<u>Land Mecklenburg</u> (Oldenburg, Reg. Bez. Aurich, Danneberg, Stadt- u. Ländr. Werra- münde, Osterholz-Scharmbeck, die alten Landkreise Syke und Diepholz, Ekkehard- Reddenhausen.)	
	<u>Hamburg</u> + (Juchaven)	umfasst Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Lippe-Detmold Schaumburg-Lippe	<u>Land Braunschweig</u> (Braunschweig, einschl. Reg. Bez. Hildesheim u. Kre. Gifhorn.)	
	<u>Bremen</u>	<u>Schleswig-Holstein</u>	<u>Land Schleswig-Holstein</u>	
		<u>Hamburg</u>	<u>Hamburg</u>	
		<u>Bremen</u>	<u>Bremen</u>	
				(Die Ländergrenzen decken sich mit der Gebiets-einteilung der Reichsänderver- waltung.)

Tabellarische Übersicht über die dem Zonenbeirat vorgelegten Gutachten zur Länderreform in der Britischen Zone
 (Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover)



Hinrich Wilhelm Kopf bei seiner Ansprache anlässlich der Wiederherstellung des Landes Hannover. 23. August 1946.
Am Pult die von ihm eingeführte Landesflagge (Foto: Reinhold Leßmann)

PART II

MILITARY GOVERNMENT ORDINANCES APPLICABLE
TO THE WHOLE OF THE BRITISH ZONE

ORDINANCE No. 55

Creation of Land Niedersachsen

WHEREAS IT IS EXPEDIENT to re-organise the Länder within the British Zone of Occupation, IT IS HEREBY ORDERED as follows:—

ARTICLE I

As from the effective date of this Ordinance the Länder specified in the Schedule to this Ordinance shall cease to exist as separate Länder and shall become parts of a new Land which shall be known as Lower Saxony (Niedersachsen).

ARTICLE II

The capital of Lower Saxony (Niedersachsen) shall be Hanover.

ARTICLE III

Subject to the provisions of any legislation which may be enacted pursuant to this Ordinance, the executive authority in Lower Saxony shall be exercised by a Cabinet, the Head of which shall be known as Ministerpräsident.

ARTICLE IV

The Ministerpräsident and the other members of the Cabinet shall, for the time being, be nominated by the Military Governor.

ARTICLE V

A Land Legislature shall be established in Lower Saxony. As an interim measure, the Military Governor will determine its composition and nominate its members.

ARTICLE VI

Legislation to provide for such constitutional, titular, administrative, financial or other changes as may be necessary or desirable in order to implement this Ordinance shall be enacted by Military Government or by the Land Legislature with the consent of Military Government.

ARTICLE VII

Subject to the provisions of this Ordinance and of any legislation which may be enacted pursuant thereto, the loss by the Länder specified in the Schedule thereto of their status as separate Länder shall not affect:—

- (a) the powers, functions, duties, rights, obligations, or liabilities of any governmental, administrative or other official body or of any official or employee therein, or
- (b) the validity of any law, ordinance, decree, regulation or other provision in force therein.

ARTICLE VIII

This Ordinance shall become effective on 1st November, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

THE SCHEDULE

BRUNSWICK
HANOVER
OLDENBURG
SCHAUMBURG-LIPPE

TEIL II

VERORDNUNGEN DER MILITARREGIERUNG, DIE IM
GANZEN BRITISCHEN KONTROLLGEBIET GELTUNG HABEN

VERORDNUNG Nr. 55

Bildung des Landes Niedersachsen

Zwecks Umgestaltung der Länder innerhalb der britischen Besatzungszone wird hiermit folgendes verordnet:

ARTIKEL I

Mit Inkrafttreten dieser Verordnung verlieren die in der Anlage zu dieser Verordnung bezeichneten Länder ihre Selbständigkeit als Länder und werden Teile eines neuen Landes, welches die Bezeichnung „Niedersachsen“ führt.

ARTIKEL II

Die Hauptstadt Niedersachsens ist Hannover.

ARTIKEL III

Vorbehaltlich der Vorschriften gesetzlicher Bestimmungen, die auf Grund dieser Verordnung erlassen werden, wird die vollziehende Gewalt in Niedersachsen von einem Ministerium ausgeübt, dessen Vorsitzender die Bezeichnung „Ministerpräsident“ führt.

ARTIKEL IV

Der Ministerpräsident und die übrigen Mitglieder des Ministeriums werden vorläufig vom Militärgouverneur ernannt.

ARTIKEL V

Im Lande Niedersachsen wird eine gesetzgebende Körperschaft errichtet. Einstweilig bestimmt der Militärgouverneur die Zusammensetzung dieser Körperschaft und ernennt deren Mitglieder.

ARTIKEL VI

Die gesetzlichen Bestimmungen über Änderung auf dem Gebiet der Verfassung, der Amtsbezeichnungen, der Verwaltung und der Finanzen, sowie auf sonstigen Gebieten, die zur Ausführung dieser Verordnung erforderlich oder angebracht sind, werden von der Militärregierung oder mit deren Zustimmung von der gesetzgebenden Körperschaft des Landes erlassen.

ARTIKEL VII

Vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Verordnung und anderer gesetzlicher Vorschriften, die auf Grund dieser Verordnung erlassen werden sollten, werden durch den Verlust der Selbständigkeit der Länder, die in der Anlage zu dieser Verordnung aufgeführt sind, nicht berührt:

- a) die Befugnisse, Ausgaben, Pflichten, Rechte, Verbindlichkeiten sowie die Haftung von Regierungs-, Verwaltungs- und sonstigen öffentlichen Behörden und von Beamten und Angestellten der Länder,
- b) die Rechtsgültigkeit von Gesetzen, Verordnungen, Erlassen, Bestimmungen und sonstigen Vorschriften, die in den Ländern in Kraft sind.

ARTIKEL VIII

Diese Verordnung tritt am 1. November 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.

Anlage

Braunschweig
Hannover
Oldenburg
Schaumburg-Lippe

Zeittafel

150 nach Christi Geburt	Erstmalige Erwähnung der in Holstein und auf einigen Inseln vor der Elbmündung lebenden Sachsen (Ptolomäus) In den folgenden drei Jahrhunderten Ausdehnung der Sachsen über ganz Norddeutschland und Beteiligung an der Landnahme in England
772 bis 804	Die Sachsenkriege Karls des Großen. Eingliederung der Sachsen in das Frankenreich, Christianisierung
850	Entstehung des jüngeren Stammesherzogtums unter den Liudolfingern
1180	Teilung des Herzogtums Sachsen nach dem Sturz Heinrichs des Löwen Im Laufe des späten Mittelalters Entstehung von etwa 40 kleinen Territorien im Gebiet des heutigen Niedersachsen
1354	Erste urkundliche Erwähnung des Namens »Niedersachsen«
1361	Erstes Auftreten des »Sachsenrosses« als heraldisches Zeichen im Siegel der Herzöge von Braunschweig-Grubenhagen
1464	Entstehung der Reichsgrafschaft Ostfriesland unter den Cirksena
1494/1575	Die Oldenburger Grafen erweitern ihr Territorium durch Erwerb des Stadlandes und Butjadingen und der Herrschaft Jever
1512	Einrichtung eines »Niedersächsischen Reichskreises« Der Name Niedersachsen erlangt zum ersten Male in der Geschichte staatsrechtliche Bedeutung
1692	Erhebung des Fürstentums Calenberg zum Kurfürstentum Vormachtstellung des Hauses Hannover im norddeutschen Raum
1714-1837	Personalunion des Kurfürstentums Hannover mit dem britischen Königreich
1814/15	Wiener Kongreß: Gebietsgewinne für Hannover und Oldenburg; im Gebiet des heutigen Niedersachsen bestehen nur noch vier Staaten: Königreich Hannover, Großherzogtum Oldenburg, Herzogtum Braunschweig, Fürstentum Schaumburg-Lippe
1835	Gründung eines »Historischen Vereins« für Niedersachsen
1837	»Steuerverein« der Länder Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe und Hannover
1866	Annektierung des Königreichs Hannover durch Preußen
1919/1930	Reichsreformpläne sehen die Gründung eines »Reichsgebiets Niedersachsen« vor, sind jedoch politisch nicht durchsetzbar
1924	Gescheiterter Versuch der Deutsch-Hannoverschen Partei, durch eine Volksabstimmung das Land Hannover wiederherzustellen
1933/34	Beseitigung der Länderhoheit im Zuge der Gleichschaltungspolitik des Nationalsozialismus Reichsstatthalter werden eingesetzt, und die Länder werden im Rahmen der Gaueinteilung der NSDAP zu Verwaltungsbezirken des Reiches
1933-45	In den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft teilt der nordwestdeutsche Raum die Geschicke des übrigen Deutschland
1945	
15. April	Das KZ Bergen-Belsen von britischen Truppen befreit
4. Mai	Teilkapitulation deutscher Truppen gegenüber dem britischen Feldmarschall Montgomery bei Lüneburg
7. und 8. Mai	Bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht in Reims und Berlin-Karlshorst

Zeittafel

Entwicklung in enger Anlehnung an die Zeittafel bei Albrecht Eckhardt, Oldenburg und die Gründung des Landes Niedersachsen, Hildesheim 1983

1945

- Juni /Juli Von Hannover ausgehendes Manifest für das Land Niedersachsen
Juni Übertragung der Aufsicht über die Reichsbehörden an die hannoversche Provinzialregierung
1. Aug. Oldenburgische Landesregierung
17. Aug. Braunschweigische Landesregierung
3./21. Sept. Die ersten beiden Konferenzen der Chefs der Länder und Provinzen der britischen Zone (noch ohne Beteiligung Oldenburgs, Braunschweigs und Lippes)
6. Sept. Besprechung in Oldenburg zwischen Hannover, Braunschweig und Oldenburg über Verwaltungs- und Territorialgliederung (Braunschweig schlägt Küstenprovinz, Braunschweig und Hannover vor)
15. Sept. Verordnung Nr. 12 der Militärregierung über die Zulassung von Parteien
17. Sept. Bildung der Han(n)over Region
22. Sept. Zusammenkunft der Länderchefs von Oldenburg und Braunschweig mit dem neuen Oberpräsidenten von Hannover, Kopf, am Sitz der dortigen Militärregierung: Aufbau der Länder in der britischen Zone
28. Sept. »Staatsvertrag« zwischen den »Ländern« Hannover, Oldenburg und Braunschweig über die »Wahrnehmung der Reichsaufgaben in diesen Ländern«, Bildung eines Gemeinschaftsministeriums, von der Militärregierung nicht genehmigt
31. Okt. Manifest von Repräsentanten des öffentlichen Lebens für ein selbständiges Land Hannover
15. Nov. Konstituierung des »Gebietsrates Hannover-Oldenburg-Braunschweig«; seit Ende Januar 1946 »Gebietsrat Niedersachsen« (erloschen Jan. 1947)

1946

4. Jan. »Niederdeutschlandplan« - Plan des ehem. Bremer Oberfinanzpräsidenten Carl
6. Jan. Stuttgarter Konferenz der Länder- und Provinzchefs der amerikanischen und britischen Zone, Erklärung Kopf/ Lehr
21./30. Jan. Zusammentreten des ernannten Oldenburgischen Landtags (1. Parlament in der britischen Zone)
15. Feb. Gründung des »Zonenbeirats« der britisch besetzten Zone
21. Feb. Konstituierung des braunschweigischen Landtages
6. März Erste Zonenbeiratssitzung in Hamburg
15. März Gutachten des Zonenbeiratssekretärs Weisser
1. April Gemeindeverfassung nach britischen Vorbild: Gewaltenteilung zwischen Bürgermeister- und Gemeindedirektorenamt
1. April Kopf-Denkschrift »Zur Abgrenzung und Verwaltungsstruktur eines künftigen Landes Niedersachsen«.
3. April Tagung des Länderrats mit Mitgliedern des Zonenbeirats in Stuttgart, Erklärung Lehr/Schumacher
17. Mai Oldenburgische Denkschrift »Nord-West-Deutschland im Rahmen einer Neugliederung der Britischen Zone«
24. Mai / 1. Juni Zweite Fassung der Kopfschen Denkschrift über Niedersachsen
27. Mai Konferenz der Länder- und Provinzchefs in Lübeck, Bremer Denkschrift zur »Neugliederung Deutschlands«
1. Juli Denkschrift des Braunschweiger Oberbürgermeisters Böhme über »Reichsreform und Reichsgliederung«
4. Juli Schreiben der Kontrollkommission, britischer Teil »betr. Neuaufbau der Länder in der britischen Zone Deutschlands«
10. / 11. Juli Zonenbeiratssitzung. Einsetzung eines Sonderausschusses »für Neuaufbau der Länder in der britischen Zone«
25. Juli Außerordentliche Sitzung des braunschweigischen Landtags, Denkschrift »Das Land Braunschweig im Rahmen einer Verwaltungsreform und Neugliederung der britischen Zone«
13. Aug. Sitzung des Bremer Senats, Bericht über drei Denkschriften des Bürgermeisters Spitta betr. Neuaufbau des Reiches, Bremen und Niedersachsen usw.
15. Aug. Schumacher-Memorandum: 2 Länder
16. Aug. Kubels »Gutachtliche Äußerung über staatsrechtliche Probleme der Neugliederung der Länder...«
17. Aug. Tantzens »Stellungnahme zur Frage der Länderreform«

19. Aug. Schauenburg-Lippische »Bemerkungen zur Frage des Neuaufbaus der Länder innerhalb der britischen Zone Deutschlands«
23. Aug. Verordnung Nr. 46 der britischen Militärregierung über Auflösung der bisherigen preußischen Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein, Nordrhein und Westfalen.
Verleihung des Länderstatus an Hannover, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen
Eröffnung des (ernannten) Landtags in Hannover
Ernennung Kopfs zum Ministerpräsidenten
6. Sept. 3. Sonderausschußsitzung mit Vorlage der verschiedenen Gutachten, darunter Tantzens »Stellungnahme ... zur Frage des Neuaufbaus der Länder innerhalb der britischen Zone« und Kopfs Gutachten »Organische Neugliederung der britischen Zone ... «
15. Sept. Gemeindewahlen in der britischen Zone
17. Sept. Sitzung des Sonderausschusses, Vorlage der hannoverschen Denkschrift »The Land of Nethersaxony /Das Land Niedersachsen«
18. / 20. Sept. Plenarsitzung des Zonenbeirats in Hamburg, Votum für Kopfs Niedersachsen-Plan
30. Sept. Schriftlicher Bericht des Zonenbeirats an General Robertson in Berlin
3. Okt. Besprechung einer Delegation des Zonenbeirats mit Robertson in Berlin
13. Okt. Kreistagswahlen in der britischen Zone
23. Okt. Erklärung des stellvertretenden britischen Militärgouverneurs Robertson vor dem Zonenbeirat über Annahme der von Kopf vorgeschlagenen Niedersachsen-Lösung
25. Okt. Beratungen zwischen Zivilgouverneur Macready und den drei Ministerpräsidenten über den Gesetzentwurf betr. Bildung des Landes Niedersachsen
31. Okt. Billigung des Gesetzentwurfs über die Gründung des Landes Niedersachsen durch den Sonderausschuß des Zonenbeirats
1. Nov. Rückwirkendes Inkrafttreten der Verordnung Nr. 55 der britischen Militärregierung über die Bildung des Landes Niedersachsen (ausgegeben am 8. November) und der Ergänzungsverordnung Nr. 70 (ausgegeben Februar, endgültige Fassung März 19-17)
23. Nov. Verordnung Nr. 57 der britischen Militärregierung über Befugnisse der Länder in der britischen Zone. Ernennung Kopfs zum ersten Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen
9. Dez. Konstituierende Sitzung des (ernannten) Niedersächsischen Landtages in Hannover
Kopfs Regierungserklärung

1947

1. Jan. Zusammenschluß der britischen und der US-Besatzungszone zur Bizone
25. Febr. Auflösung Preußens durch Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrats
26. Febr. Gesetz über die »vorläufige Ordnung der niedersächsischen Landesgewalt« (Notverfassung)
20. April Wahl zum Niedersächsischen Landtag
13. Mai Zusammentritt des ersten frei gewählten Niedersächsischen Landtags in der Stadthalle in Hannover
11. Juni Amtsantritt der Niedersächsischen Staatsregierung unter Einschluß aller Parteien, Kopf Ministerpräsident

1949

20. Mai Billigung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland im Niedersächsischen Landtag

1951

13. April Annahme der »Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung« im Niedersächsischen Landtag.
1. Mai »Vorläufige Niedersächsische Verfassung« in Kraft.

Literatur

- Berger, Thomas, Müller, Karl-Heinz: Lebenssituationen 1945 - 1948. Hannover 1983. (Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung)
- Brosius, Dieter: Niedersachsen - Geschichte im Überblick, Hannover 1983 (Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung)
- Brosius, Dieter und Hohenstein, Angelika: Flüchtlinge im nordöstlichen Niedersachsen 1945 - 1948. Hildesheim 1985
- Brüning, Kurt: Atlas Niedersachsen.
Bevölkerung, Wirtschaft, Verkehr, Natur und Geschichte -Deutscher Planungsatlas, Band 2
2. Auflage unter dem Titel: Niedersachsen und Bremen, herausgegeben von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Verbindung mit dem Niedersächsischen Landesverwaltungsamt. Deutscher Planungsatlas 2, Hannover 1961
- Eckhardt, Albrecht: Oldenburg und die Gründung des Landes Niedersachsen. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte. Band 55. 1983. S. 15 ff.
- Ehrlich, Emil: Heinrich Hellwege. Ein konservativer Demokrat. Hannover 1977 (Landeszentrale für politische Bildung)
- Foschepoth, Josef und Steininger, Rolf: Die britische Deutschland -und Besatzungspolitik 1945 - 1949. Paderborn 1985
- Foelz-Schroeter, Marie Elise: Föderalistische Politik und nationale Repräsentation 1945 - 1947. Westdeutsche Länderregierungen, zonale Bürokratien und politische Parteien im Widerstreit. Stuttgart 1974. (Studien zur Zeitgeschichte)
- Glaser, Hermann: Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945 - 1948. München, Wien 1985
- Haase, Carl (Hrsg.): Niedersachsen - Territorien, Verwaltungseinheiten, geschichtliche Landschaften. Göttingen 1971
- Jacobsen, Hans-Adolf: Der Weg zur Teilung der Welt. Politik und Strategien 1939-1945. Koblenz/Bonn 1977
- Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945 - 1955. Göttingen 1982
- Korte, Heinrich: Verfassung und Verwaltung des Landes Niedersachsen. Göttingen 1962. (2. überarbeitete Aufl. 1986)
- Lent, Dieter: Der Weg zum Lande Niedersachsen . in: Niedersachsen. Territorien - Verwaltungseinheiten - Geschichtliche Landschaften, hg. Carl Haase. Göttingen 1971
- Naßmacher, Karl-Heinz: Der Wiederbeginn des politischen Lebens in Niedersachsen. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Band 55. Hildesheim 1983, S. 71 ff.
- von Oheimb, Eckard: Niedersachsen. Konturen eines Bundeslandes. Hannover 1980. (Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung)
- Overesch, Manfred u. a.: Zeitenwende. Umbruch und Aufbruch in Deutschland nach dem' Zweiten Weltkrieg. Hannover 1986 (Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung)
- Overesch, Manfred: Deutschland 1945 - 1949. Vorgeschichte und Gründung der Bundesrepublik. Königstein 1979
- Patze, Hans (Hrsg.): Geschichte Niedersachsens.
Bisher erschienen: Band 1 und Band 3,2. Hildesheim 1978 und 1983
- Pollmann, Birgit: Niedersachsen in Geschichte. und Gegenwart. Hannover 1979 (Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung)
- Pollmann, Birgit: Reformansätze in Niedersachsen 1945 - 49. Hannover 1977. (Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung)
- Rabbow, Arnold: Symbole der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Niedersachsen. Hannover 1980. (Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung)
- Renzsch, Wolfgang: Alfred Kubel, 30 Jahre Politik für Niedersachsen. Eine politische Biographie, Bonn 1985

- Roepcke, Andreas: Who's who in Lower Saxony. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Band 55, Hildesheim 1983, S. 243 ff.
- Schmidt, Heinrich: Die territoriale Entwicklung zum Lande Niedersachsen in: Handbuch der historischen Stätten Deutschlands (Niedersachsen-Bremen). Stuttgart 1969
- Schnath, Georg: Vom Sachsenstamm zum Lande Niedersachsen. Hannover 1966. (Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung)
- Schnath, Georg: Niedersachsen und Hannover. Vom Namen unseres Landes und seiner Hauptstadt. Hannover 4. Aufl. 1964. (Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung)
- Schnath, Georg: Das Sachsenroß. Hannover 1958. (Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung)
- Schnath, Georg und Treue, Wilhelm u. a.: Niedersachsen - junges Land mit altem Namen. Hannover 1973. (Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung)
- Schneider, Ullrich: Niedersachsen 1945 / 46. Kontinuität und Wandel unter britischer Besatzung. Hannover 1984. (Landeszentrale für politische Bildung)
- Schneider, Ullrich: Niedersachsen 1945 - Kriegsende, Wiederaufbau, Landesgründung. Hannover 1985
- Steger, Bernd: Anmerkung zu Entwicklung und Stand der Nachkriegsforschung. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Band 55. Hildesheim 1983
- Steininger, Rolf: Deutsche Geschichte 1945 - 1961. Darstellungen und Dokumente in zwei Bänden. Frankfurt/Main 1983 (Fischer Taschenbuch 4315 u. 4316)
- Treue, Wilhelm: Die Geschichte unseres Landes seit 1945. In: Land Niedersachsen. Tradition und Gegenwart. Hannover 1976 (Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung)
- Vogelsang, Thilo: Hinrich Wilhelm Kopf und Niedersachsen. Hannover 1963
- Vogt, Hannah: Georg Diederichs. Hannover 1978. (Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung)
- Wege aus dem Chaos. Niedersachsen 1945- 1949. Begleitheft zur Ausstellung. Hannover 1985. (Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung)
- Whiting, Charles: Norddeutschland, Stunde Null, April September 1945. Düsseldorf 1980

Quelleneditionen

- Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945 1949. Hrsg. vom Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte. Band 1 . September 1945 - Dezember 1946, bearbeitet von Walter Vogel und Christoph Weisz. München 1976 (AV 1)
- Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, hrg. von H. Michaelis u. E. Schraepler, Berlin o. J.
24. Band: Deutschland unter dem Besatzungsregime. (UF 24) 25. Band: Der Zerfall der alliierten Koalition. (UF 25)

Didaktische Hinweise und Medienempfehlungen zum Thema sind abgedruckt im Schulverwaltungsblatt 9/86, S. 245 ff. Sie können als Beilage zur vorliegenden Publikation bezogen werden von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung.

Übersicht über die Quellen und Materialien

(Kapitel I ohne Quellenanhang)

Quellen zum Kapitel II

1. Deutschland-Memorandum des britischen Außenministers vom 27. 9. 1943
2. »Deutschland« - Kabinettsvorlage des britischen Außenministers Bevin vom 3. 5. 1946
3. Memorandum des britischen Außenministers vom 11. 6. 1948 zur Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen

Quellen zum Kapitel III

1. Persönliche Botschaft des britischen Oberbefehlshabers an die Bevölkerung des britischen Besatzungsgebietes in Deutschland
2. Schreiben der Landesverwaltung des Landes Schaumburg-Lippe an die Militärregierung in Bückeburg betr. Aufnahme von Evakuierten im Land Schaumburg-Lippe
3. Auszug aus einem Schreiben des Kreisvertrauensmannes der Flüchtlinge in Braunschweig an Ministerpräsident Kopf, 11. 8. 1947
4. Bericht des Medizinalrates der Regierung Hildesheim für den Monat November 1945
5. Die britischen Truppen und die Bevölkerung
6. Winterkrise 1946/47 - Debatte im Landtag
7. Hannover nach Kriegsende
8. Wohnraumzerstörung in niedersächsischen Städten
9. Familien in Elendsquartieren
10. Lebensmittelrationen
11. Lebensmittel für Jugendliche (10-18 Jahre)
12. Anweisung Nr. 37 der britischen Militärregierung, Abt. für Ernährung und Landwirtschaft, vom 17. Januar 1946 betreffend Ernährung von Schulkindern
13. Beschaffung von Heizmaterial (1945)
14. Auf dem »Schwarzen Markt« in Göttingen
15. Erschütternde Zahlen
16. Göttinger Schulverhältnisse
17. Kinderschicksal

Quellen zum Kapitel IV

1. Protokoll über die Besprechung im Staatsministerium Oldenburg am 6. September 1945
2. Schreiben des britischen Brigadegenerals Lingham an den stellvertretenden Oberpräsidenten von Hannover und die Ministerpräsidenten in Oldenburg und Braunschweig
3. Vorgeschlagener Staatsvertrag der Länder Hannover, Oldenburg und Braunschweig über die Wahrnehmung der Reichsaufgaben in diesen Ländern
4. Anordnung der britischen Militärregierung betr. den Staatsvertrag zwischen Hannover, Oldenburg und Braunschweig
5. Schreiben des Oberpräsidenten Kopf an die Militärregierung
6. Verordnung Nr. 46 der Militärregierung über die Auflösung der Provinzen des ehemaligen Landes Preußen in der britischen Zone und ihre Neubildung als selbständige Länder
7. Ansprache des stellvertretenden Oberbefehlshabers der britischen Zone, Generalleutnant Sir Brian H. Robertson, anlässlich der Eröffnung des Landtags zu Hannover am 23. August 1946
8. Erwiderung des Ministerpräsidenten Kopf vom 23. August 1946
9. Gutachten Kopf vom 6. 9. 1946
10. Gutachten Tantzen und Zusatzgutachten Kubel vom 6. 9. 1946
11. Rede des stellvertretenden Militärgouverneurs, Generalleutnant Sir Brian H. Robertson, I im Zonenbeirat in Hamburg am 23. Oktober 1946
12. Verordnung Nr. 70 der Militärregierung über die Ergänzungsverordnung zur Verordnung Nr. 55
13. Das neue Land Niedersachsen
14. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf am 9. Dezember 1946 (Auszug)
15. Wahlen in Niedersachsen 1946/48
16. Landtage
17. Kabinette
18. Vorläufige Niedersächsische Verfassung vom 13. 4. 1951 (Auszug)
19. Vorläufige Niedersächsische Verfassung vom 13. 4. 1951 (Schema)

Verzeichnis der Karten und ganzseitigen Abbildungen

1. Krönungsbild aus dem Evangeliar Heinrich des Löwen
2. Das Herzogtum Sachsen um 1000 zur Zeit der Billunger (Großer Histor. Weltatlas [2]. Bayer. Schulbuch Verlag - München 1970)
3. Niedersachsen und Bremen
Territorien 1580 (Niedersachsen-Atlas, hg. Von Kurt Brüning. 2. Aufl. 1960)
4. Das Land Niedersachsen 1946
(Entwurf: G. Schnath)
5. Hinrich Wilhelm Kopf bei seiner Ansprache anlässlich der Wiederherstellung des Landes Hannover am 23. August 1946.
Am Pult die von ihm eingeführte Landesflagge
6. Verordnung Nr. 55 (Amtsblatt der Militär-Regierung Deutschland, Brit. Kontrollgebiet Nr. 15)

Bildquellen

Evangeliar Heinrich des Löwen (1)
Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover (2)
Historisches Museum Hannover (1)
VW-Werksarchiv (1)
DRK-Landesverband (1)

Quellen zum Kapitel II

1. Deutschland-Memorandum des britischen Außenministers vom 27.9.1943

(...)

Langfristige Politik

2. Bei der Behandlung Deutschlands besteht die Wahl zwischen drei möglichen langfristigen politischen Verfahren:
 - (1) Die Politik vollständiger und sofortiger Aussöhnung;
 - (2) Die Politik vollständiger und permanenter Repression; und
 - (3) Eine dazwischenliegende Politik, die harte sowie sehr harte repressive Elemente enthält, letztlich aber darauf abzielt, Deutschland auf gleicher Stufe wieder am Leben Europas teilnehmen zu lassen.
3. Ich bin der Ansicht, daß die einzige Politik, die eine wirkliche Hoffnung für die Zukunft enthält, eine solche ist, die, bei Wahrung der nötigen Vorsichtsmaßnahmen, ein reformiertes Deutschland wieder am Leben Europas teilnehmen zu lassen.
4. Aber die Heilung Deutschlands wird viele Jahre in Anspruch nehmen, und wir müssen bereit sein, ein Mindestmaß notwendiger Repressionen durchzusetzen.

Entwaffnung

5. Die erste Verteidigungslinie gegen eine Wiederholung des deutschen Überfalls muß die Entwaffnung Deutschlands und die Verhinderung seiner Wiederbewaffnung sein. Weitere Maßnahmen werden jedoch zur Absicherung gegen die Gefahr notwendig sein, daß unser Wille, Deutschland entwaffnet zu lassen, im Laufe der Zeit nachläßt. Diese Maßnahmen fallen unter die Rubriken politisch, territorial und wirtschaftlich.

Politisch

6. Das drastischste Vorgehen wäre die Zerstückelung, d. h. die Zerstörung Deutschlands als einer politischen Einheit durch seine Aufteilung in separate Staaten. Ich selbst bin nicht gegen ein solches Verfahren, aber man müßte für lange Zeit eine starke politische Kontrolle haben, um die Wiedervereinigung verschiedener Einheiten zu verhindern. Es gibt auch keine Garantie dafür, daß sich eine solche Kontrolle auf lange Sicht als effektiv erweist, da wir, abgesehen von den zentripetalen Kräften, die in Deutschland sicher am Werk sein werden, erwarten müssen, daß die alliierte Entschlossenheit, einer solchen Wiedervereinigung entgegenzutreten, allmählich nachläßt.
7. Eine weniger drastische Lösung wäre die Dezentralisierung, d. h. Neugestaltung auf föderativer oder konföderativer Grundlage. Das stünde nicht in Mißklang mit Deutschlands Traditionen, und sie könnte die besten Aussichten dafür bieten, in Deutschland ein stabiles demokratisches Regime zu entwickeln. Nach dem letzten Krieg traten starke separatistische und partikularistische Strömungen auf. In den chaotischen Zuständen, die nach diesem Krieg wahrscheinlich in Deutschland herrschen werden, und vor allem dann, wenn sich für lange Zeit keine stabile Zentralregierung bildet, werden die Regionen wahrscheinlich sehr stark auf ihre eigenen Ressourcen zurückgeworfen werden. Das könnten wir ausnutzen, um die Grundlagen für ein dezentralisiertes politisches System zu legen.

(...)

Territorial

9. Ich denke, man wird zustimmen, daß Deutschland zu seinen Grenzen, wie sie vor dem Anschluß Österreichs bestanden, zurückkehren muß. Um die »Sicherheit vor Furcht« in Europa zu gewährleisten, wird die Aufgabe gewisser Gebiete, die jetzt in Charakter und Bevölkerung im wesentlichen deutsch sind, ebenfalls nötig sein. Selbst wenn das, von Bevölkerungsumsiedlungen begleitet, möglicherweise irredentistische Gefühle im deutschen Volk erwecken wird.

Oberschlesien, Ostpreußen und das Rheinland

10. Die drei vor allem in Frage kommenden Gebiete sind Oberschlesien, Ostpreußen und das Rheinland. Die von umfassenden Bevölkerungsumsiedlungen begleitete Übergabe Oberschlesiens an Polen würde unseren polnischen Verbündeten nutzen und Deutschland reiche Industriegebiete nehmen. Die Übergabe Ostpreußens mit Danzig an Polen ist aus strategischen Gründen notwendig und um Polen für seine wahrscheinlichen Verluste im Osten zu entschädigen. Obgleich es vielleicht strategisch wünschenswert wäre, das linksrheinische Gebiet an Frankreich zu übergeben, ist es nicht sicher, ob die französische Nation nach diesem Krieg in der Lage und willens sein wird, die darin enthaltene Verantwortung zu übernehmen. Außerdem wird die strategische Kontrolle des linken Rheinuferes nicht Deutschlands Fähigkeit, Krieg zu führen, vermindern, es sei denn, es werden auch Schritte unternommen in Richtung auf eine Übertragung oder zumindest Kontrolle des lebenswichtigen Teils seines Kriegspotentials, das rechtsrheinisch im Rhein-Ruhrgebiet konzentriert ist und das weder Frankreich noch Holland oder Belgien gern übernehmen würden. Die Lösung scheint daher nicht in der Abtrennung des Rheinlandes vom Reich zu liegen, sondern in einer Art direkter Kontrolle des Kriegspotentials der deutschen Wirtschaft.

Wirtschaftlich

11. Die dritte Methode einer Rückversicherung (Kontrolle des Wirtschaftspotentials) wird gerade geprüft, aber es sind noch nicht genügend Fortschritte erzielt worden, daß ich meinen Kollegen irgendeine konkrete Empfehlung geben könnte ...

(b) Es dürfte wohl unzweckmäßig sein, irgendeine deutsche Zentralregierung, welcher politischen Färbung auch immer, anzuerkennen, auf jeden Fall in den ersten Monaten nach Einstellung der Feindseligkeiten.

(c) Ungeachtet ob eine deutsche Zentralregierung besteht oder nicht, sollte Deutschland eine Zeitlang, vielleicht bis zu zwei Jahren, von einer interalliierten Körperschaft regiert werden, die ihre Autorität letztlich von einer weltweiten Gesellschaft und, wenn etwas derartiges geschaffen wird, von einer Kommission der Vereinten Nationen für Europa erhält.

(d) Vollständige Besetzung Deutschlands durch die drei Hauptalliierten, möglicherweise mit Unterstützung Frankreichs und der kleineren Verbündeten, in Übereinstimmung mit einem Plan, über den sich die Experten der drei Länder einigen.

Quelle: H. A. Jacobsen - Der Weg zur Teilung der Welt - Politik und Strategien 1939 - 1945 Koblenz/Bonn 1977, S. 318 ff.

2. Deutschland: Kabinettsvorlage des britischen Außenministers Bevin vom 3.5.1946

(...)

2. Bis vor wenigen Monaten waren wir der Meinung, das deutsche Problem beschränke sich einzig und allein auf Deutschland selbst, und es gehe nur darum, den besten Weg zu finden, den Wiederaufstieg Deutschlands zu einer starken, aggressiven Macht zu verhindern. Zeitweilig wurde besonderer Nachdruck auf die Umerziehung gelegt, in der Regel ging es jedoch um Kontroll- und Sicherheitsmaßnahmen. Dieses Ziel kann selbstverständlich nicht aufgegeben werden, ist es doch eines, was wir mit den Russen gemeinsam verfolgen. Aber es kann nicht länger als unser einziges oder sogar wichtigstes Ziel betrachtet werden. Denn die russische Gefahr ist inzwischen mit Sicherheit genauso groß, möglicherweise aber noch größer als die Gefahr eines wiedererstarteten Deutschland. Am schlimmsten aber wäre ein wiedererstartetes Deutschland, das gemeinsame Sache mit Rußland macht oder von ihm beherrscht würde. Dadurch wird natürlich ein Problem, das schon kompliziert genug ist, noch sehr viel komplizierter.

Es geht darum, Schritte zu vermeiden, die die Deutschen auf Dauer von uns entfremden und in die Arme Rußlands treiben. Es geht darum, Flagge zu zeigen und nicht den Eindruck zu erwecken, als ob Rußland, wenn es zur Sache geht, in Vier-Mächte-Verhandlungen über Deutschland immer das erreicht, was es will. Es geht darum, die Probleme in unserer Zone nicht weniger konstruktiv anzupacken, als die Russen in ihrer Zone lauthals verkünden. Und es geht vor allen Dingen darum, einen einigermaßen hohen Lebensstandard in Westdeutschland aufrechtzuerhalten, um die Kommunisten daran zu hindern, daß sie die wirtschaftliche Not, die die Bevölkerung leidet, zu ihrem Vorteil ausnutzen.

(...)

6. Vorausgesetzt, wir sind nicht bereit, Rußland das Feld (in Deutschland) zu überlassen, dann ergibt sich die Frage, womit uns am besten gedient ist: an der in Potsdam festgelegten Politik festzuhalten und sie weiterzuentwickeln oder sie über Bord zu werfen und unsere Zone, unabhängig von den übrigen Zonen, allein nach unseren Vorstellungen zu organisieren und, soweit es uns möglich ist, die übrigen westlichen Zonen miteinzubinden.

Das Potsdamer Abkommen sieht die Dezentralisierung Deutschlands vor, aber auch die Entwicklung zentraler deutscher Verwaltungsstellen für bestimmte wirtschaftliche Zwecke (...)

7. Unseren kurzfristigen Interessen wäre zweifelsohne am besten gedient, wenn diese zentralen Verwaltungsstellen ohne weitere Verzögerung errichtet würden. Für die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit sind sie unbedingt notwendig, und ihr Fehlen ist für die Russen ein willkommener Vorwand, ihre Zone nach außen abzuschotten (...)

8. Wenn man davon ausgeht, daß sich aus den zentralen Verwaltungsstellen zu gegebener Zeit eine Zentralregierung entwickeln wird, können wir dieses Problem nicht nur unter dem kurzfristigen Aspekt der sofortigen Auswirkungen (dieser Verwaltungsstellen) betrachten. Es ist vielmehr wichtig abzuschätzen, welchen Kurs eine solche Zentralregierung einschlagen wird, wobei man gleichzeitig bedenken muß, daß, selbst wenn aus Westdeutschland ein separater Staat würde, auch dieser Staat dem mit Sicherheit gegen ihn gerichteten kommunistischen Druck der Kommunisten nicht widerstehen könnte. Es gibt keine eindeutige Antwort auf die Frage, wie eine deutsche Zentralregierung aussehen wird. Die Russen wissen es wahrscheinlich genausowenig wie wir (...)

Unterm Strich sind die Russen im Vorteil. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß die westlichen Demokratien irgendeinen Einfluß im Osten ausüben können, zumindest nicht außerhalb Berlins. Auf der anderen Seite hat der Kommunismus schon seine Opfer in Westdeutschland gefunden, und die liberale Haltung der westlichen Besatzungsmächte läßt den Kommunisten viel Handlungsspielraum. Es kommt hinzu, daß durch Propaganda und Agenten aus dem Osten ein ständiger Druck ausgeübt würde. Mitberücksichtigt werden müssen auch die augenblicklichen Lebensbedingungen, die eine ausgezeichnete Ausgangsbasis für die Aktivitäten der Kommunisten sind. Kurz- und langfristig ist die Situation für sie günstig. Denn für das nächste Jahr sind nur Hunger, Kälte und Wohnungsnot zu erwarten, wie groß auch immer unsere Anstrengungen sind. Später wird der Industriepan Wirkung zeigen und zu großer Arbeitslosigkeit führen und einen schnellen Wiederaufbau verhindern. Unter solchen Bedingungen wird der Kommunismus attraktiv, und mit seiner Betonung einer starken, autoritären Regierung kann er sich glaubhaft als einziges System anbieten, das möglicherweise mit einer solchen verzweifelten Situation fertig werden kann. Selbst wenn die demokratischen Parteien die ersten gesamtdeutschen Wahlen gewinnen sollten, muß man doch für die nachfolgenden Wahlen Schlimmes befürchten.

9. Bei einem föderalistisch aufgebauten Deutschland würden sich diese Gefahren verringern. Bei einem solchen System würden die Länder weitgehend autonom sein, an der Spitze wäre ein koordinierendes Gremium mit genau festgelegten Rechten ... in erster Linie für Wirtschaft und Finanzen. Bei einem solchen Plan würden die zentralen Verwaltungsstellen - entweder jetzt vom Alliierten Kontrollrat oder später von der deutschen Zentralregierung errichtet mit den Länderregierungen zusammenarbeiten und so weit wie möglich daran gehindert werden, ein Netz eigener Behörden in ganz Deutschland zu errichten (...)

10. Bei der Suche nach einem Ausweg aus unserem Dilemma sollte folgendes bedacht werden. Obwohl wir argumentieren könnten, die in Potsdam festgelegten Prinzipien seien nur für die unmittelbare Kontrollphase vorgesehen gewesen und müßten daher jetzt neu überdacht werden, müßten wir mit schwerwiegenden Konsequenzen rechnen, wenn wir diese Politik über Bord werfen und unsere Zone unabhängig von den übrigen Zonen entwickeln würden:

- a) Langfristig könnten wir nicht einmal den Schein einer VierMächte-Verwaltung Deutschlands aufrechterhalten und würden schon bald aus Berlin vertrieben werden.
- b) Unsere Hoffnung, den Eisernen Vorhang doch noch zu beseitigen, müßten wir aufgeben. Ganz Ostdeutschland und natürlich auch Osteuropa wären endgültig an Rußland verloren.
- c) Wir müßten unsere Zone (oder Westdeutschland) politisch und wirtschaftlich gegenüber dem Osten abschotten. Wir müßten z. B. eine eigene Währung und mit ziemlicher Sicherheit eine andere Nationalität einführen.
- d) Dies alles - was im Endeffekt dazu führen würde, Westdeutschland in einen gegen die Sowjetunion gerichteten Westblock zu integrieren - würde den endgültigen Bruch mit den Russen bedeuten, die alles daransetzen würden, diese Politik zu torpedieren und die Bevölkerung gegen uns aufzuhetzen, was in einem Industriegebiet in einer Zeit akuten Nahrungsmittelmangels nicht schwierig sein dürfte. Die Russen würden mit Sicherheit auch ihre Angriffe gegen uns in allen anderen Teilen der Welt verstärken, und die Aussichten auf einen Fortbestand der UNO würden geringer.
- e) Die Amerikaner sind wahrscheinlich noch nicht soweit, eine solche Politik mitzumachen. Ihre führenden Vertreter in Deutschland werden sich mit Sicherheit mit Händen und Füßen dagegen wehren. In jedem Fall aber könnten wir nicht mit der andauernden Unterstützung der Amerikaner rechnen, selbst wenn sie dieser Politik schließlich doch zustimmen würden. Die volle Unterstützung der Amerikaner ist jedoch absolut notwendig.
- f) Die Franzosen könnten uns unterstützen - oder auch nicht -, je nachdem, wie stark die Kommunisten in Frankreich sind. In jedem Fall wäre der Einfluß der Kommunisten groß genug, um ihre Unterstützung zu einer unsicheren Sache zu machen.
- g) Die Belgier und Holländer (wie alle anderen kleineren Alliierten auch) würden entsetzt sein über eine Reduzierung der Reparationslieferungen - das aber wäre die Konsequenz, wenn wir Westdeutschland wiederaufbauen. Die Aussicht auf einen prosperierenden Handel mit Deutschland könnte sie umstimmen. Es würde ihnen dagegen wohl weniger leichtfallen, sich mit der Haltung des »Vergeben und Vergessen« abzufinden, die unsere neue Politik notwendigerweise impliziert. Sie haben für die deutschen Sozialisten nicht mehr übrig als für die anderen Deutschen.
- h) Wir könnten abhängig werden von deutschen Erpressungsversuchen: »Wir müssen dieses und jenes bekommen, oder die Kommunisten werden siegen.« Wir würden wahrscheinlich bald eine deutsche Armee akzeptieren müssen.
- i) Angesichts der Angst und Verachtung der Deutschen gegenüber Rußland und der Tatsache, daß sie den Verlust ihrer Ostgebiete niemals verwirken werden, könnten sich die Deutschen eine Zeitlang damit abfinden, daß die Russen an der Elbe stehen. Aber, ob es uns dann gefällt oder nicht, die Idee der Einheit Deutschlands ist eine grundlegende Sache, die Jahrhunderte überlebt hat, und wahrscheinlich nicht zerstört werden kann, wenn heute ein künstliches Gebilde geschaffen wird. Früher oder später werden Ost und West wieder zusammenkommen.
- j) In der Zwischenzeit würden wir eine Sache aus dem Auge verloren haben, die uns und die Russen zusammenhalten könnte, nämlich die Existenz eines deutschen Staates, den niederzuhalten in unser beider Interesse liegt.

11. Dies alles sind gewichtige Gründe, die dagegen sprechen, die Politik von Potsdam aufzugeben und unsere Zone oder Westdeutschland separat zu entwickeln. Auf der anderen Seite könnte eine »westliche« Politik gewisse Vorteile bringen, falls sie entschlossen und entsprechend den unten in Absatz 12 genannten Bedingungen durchgeführt wird:

a) Sowohl den Russen als auch den Deutschen wäre klar, daß wir entschlossen sind, uns jeder weiteren, nach Westen gerichteten Expansion des Kommunismus und des russischen Einflusses zu widersetzen. Dabei könnten wir mit der Unterstützung der großen Mehrheit der Deutschen rechnen, die uns auch helfen würde, wenn es darum geht, das Einschleusen von Ostagenten zu verhindern.

b) Wenn wir den Industrieniveauplan aufkündigen und die Reparationen auf ein vernünftiges Maß reduzieren, würden wir den Deutschen Hoffnung für ihre Zukunft machen, auch wenn ihnen dies allein im Moment wenig helfen würde.

c) Falls die Deutschen dies, mehr und mehr zufrieden, akzeptieren, da sie unsere Entschlossenheit sehen, sie vor den Russen zu retten und ihre Wirtschaft wiederaufzubauen, würden sie unseren Leuten in Deutschland die Arbeit erleichtern - und auch jenen Deutschen, die eigene Verantwortung übernommen haben.

12. Es muß jedoch betont werden, daß zwei Bedingungen für den Erfolg einer »westlichen« Politik erfüllt sein müssen. Zum einen müssen wir die Bevölkerung anspornen, indem wir die Lebensmittelrationen sofort erhöhen und auf einem befriedigenden Niveau halten (...)

Zum anderen muß die vollständige und dauernde Unterstützung der USA gesichert sein.

13. Wie auch immer wir bei diesen fundamentalen Problem entscheiden werden, wir sollten uns in unserer Politik von folgenden Gesichtspunkten leiten lassen:

a) Wir sollten uns in unserer Zone auf konstruktive politische und wirtschaftliche Maßnahmen konzentrieren und uns nicht von den Russen oder ihren Satelliten, wie etwa dem Weltgewerkschaftsbund, von unserem Kurs abbringen lassen.

b) Wir sollten die konstitutionelle Entwicklung in unserer Zone vorantreiben und autonome Länder mit weitestgehenden Kompetenzen errichten und sie so organisieren, daß sie sich in die föderalistische Struktur der Westzonen oder ganz Deutschlands einfügen.

c) Wir sollten die Lebensmittelrationen auf dem gegenwärtigen Stand halten und, wenn möglich, erhöhen und stärksten Druck ausüben, um Nahrungsmittelüberschüsse aus der russischen Zone herauszuholen für das Wohl des übrigen Deutschland.

d) Wir sollten alles nur Mögliche tun, um die Kohleförderung zu erhöhen und so viel wie möglich davon für das Ingangsetzen der deutschen Industrie nutzen.

e) Wir sollten in den Westzonen entsprechend den wirtschaftlichen Grundsätzen von Potsdam verfahren, selbst wenn die Russen ihre Mitarbeit verweigern, und in jedem Fall die Zusammenarbeit der westlichen Zonen fördern.

f) Wir sollten möglichst eng mit den Amerikanern zusammenarbeiten.

g) Wir sollten unsere Stellung in Berlin halten.

14. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind kein Ersatz für eine langfristige Politik, aber solange wir noch kein klares Bild davon haben, wie die Zukunft der Ruhr aussehen wird - das wichtigste Einzelproblem für uns in Deutschland -, ist es schwer, endgültige Entscheidungen zu treffen. Es ist jedoch klar, daß die zentralen Verwaltungsstellen, die die amerikanische Regierung immer noch für eine der wichtigsten Voraussetzungen alliierter Politik in Deutschland hält, die fundamentale Frage aufwerfen, ob Deutschland als Einheit erhalten bleibt oder in West- und Ostdeutschland gespalten wird

Sollten sich die vier Mächte auf ein föderalistisches Deutschland einigen - in das das geplante neue Land an der Ruhr passen würde -, könnte dies die Entscheidung etwas hinauszögern, aber wir können sie nicht ewig vor uns herschieben. Sollten wir zu der Überzeugung gelangen, die Idee von der Einheit Deutschlands - selbst wenn dies föderalistisch strukturiert ist - aufgeben zu müssen, dann ist es von größter Bedeutung sicherzustellen, daß die Verantwortung für den Bruch eindeutig den Russen zur Last gelegt wird.

Anhang

(...)

8. (...) In Berlin sind die Amerikaner in der Regel darauf bedacht, mit den Russen zusammenzugehen, was zu dem bedauerlichen Ergebnis geführt hat, daß sich im Alliierten Kontrollrat manchmal fast ein amerikanisch-russischer Block gebildet hat. Das hat den Russen natürlich sehr gut gefallen, und sie haben ihr ganzes Können aufgeboten, uns als einzige zu kritisieren und zur gleichen Zeit den Amerikanern zu schmeicheln.

Quelle: R. Steinger: Deutsche Geschichte 1945 - 1961. Darstellung und Dokumente. 2 Bde. Fischer-Tb 4315/16, 1983, Bd. 1, S. 188 ff.

3. Memorandum des britischen Außenministers Bevin vom 11. 6. 1946 zur Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen

(...)

a) Wenn wir ein föderalistisches Deutschland wollen, in dem die Länder weitgehende Befugnisse erhalten, dann ist es wünschenswert, daß jedes Land so weit wie möglich eine ausgeglichene Wirtschaftseinheit bildet. Es ist zwar nicht beabsichtigt, die Ländergrenzen zu Handelsschranken zu machen, aber bis zu einem gewissen Grade werden sie natürlich eine solche Funktion ausüben (...)

e) Tradition und Gefühle der Deutschen werden für das Land sprechen, dessen Grenzen in enger Beziehung zu den bestehenden Grenzen stehen und die in gewisser Weise historisch gewachsen sind. In einem vollkommen künstlichen Gebilde wie bei der kleinen Lösung kann es keinen Lokalpatriotismus geben. Allgemein wird davon ausgegangen, daß die internationale Kontrolle ohne ein Minimum deutscher Kooperationsbereitschaft nicht funktionieren wird; selbst dieses Minimum wird man aber nicht erreichen, wenn wir bei der Festlegung des neuen Landes die Gefühle der Deutschen einfach übergehen. Die demokratischen Elemente in Deutschland - SPD und CDU -, die zu unterstützen in unserem Interesse liegt, können davon überzeugt werden, eine Reorganisation, die auf traditionellen Grenzen aufbaut, zu akzeptieren; ein neues, künstliches Gebilde werden sie dagegen entschieden ablehnen.

f) In dem kleinen Gebiet werden ausschließlich Arbeiter wohnen, die in ihrer Mehrheit zweifelsohne entweder schon Kommunisten sind oder aber werden. Unabhängig davon, ob die Russen tatsächlich an der Kontrolle beteiligt werden, wird das Gebiet so zu einem Zentrum kommunistischen Einflusses und kommunistischer Propaganda. In einem großen Land werden die Kommunisten gegenüber den Demokraten in der Minderheit sein und es wird kein vollkommen von der kommunistischen Partei beherrschtes politisches Gebilde geben (...)

j) Es muß unser Bestreben sein, Organisationen zu schaffen, die auch langfristig Bestand haben. Ein großes, wohlausgewogenes Land mit historischer Tradition erfüllt diesen Anspruch. Ein kleines, künstlich geschaffenes dagegen nicht.

k) (...) gerade ein Land mit weitgehenden Befugnissen ist vorteilhaft, weil es nach größerer Unabhängigkeit (von Berlin) strebt und so unseren Vorstellungen von einem stark dezentralisierten Deutschland am besten entspricht.

Quelle: R. Steininger, a. a. 0. Bd. 1, S. 196 ff

Quellen zum Kapitel III

1. Persönliche Botschaft des britischen Oberbefehlshabers an die Bevölkerung des britischen Besatzungsgebietes in Deutschland

1. Ich bin von der britischen Regierung mit der Befehlsgewalt und Kontrolle des britischen Besatzungsgebietes in Deutschland betraut worden.

In diesem Gebiet waltet zunächst eine Militärregierung unter meinem Befehl.

2. Mein unmittelbares Ziel ist es, für alle ein einfaches und geregeltes Leben zu schaffen. In erster Hinsicht ist dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung folgendes hat:

(a) Nahrung, (b) Obdach, (c) Freisein von Krankheit.

Die Ernte muß eingebracht werden.

Das Verkehrswesen muß neu aufgebaut werden.

Das Postwesen muß in Gang gebracht werden.

Gewisse Industrien müssen wieder die Arbeit aufnehmen.

Dieses wird für jedermann viel schwere Arbeit bedeuten.

3. Diejenigen, die nach internationalem Recht Kriegsverbrechen begangen haben, werden gesetzmäßig abgeurteilt und bestraft werden.

Das deutsche Volk wird unter meinen Befehlen arbeiten, um das, was zum Leben der Volksgemeinschaft notwendig ist, zu schaffen und um das wirtschaftliche Leben des Landes wieder aufzubauen.

4. In dem britischen Besatzungsgebiet sind viele deutsche Soldaten, Flieger und Matrosen. Sie werden zur Zeit in besonderen Gebieten versammelt.

Die Deutsche Wehrmacht sowie alle anderen bewaffneten Verbände werden entwaffnet und aufgelöst.

Alle deutschen Soldaten, Flieger und Matrosen werden nach ihren Handwerken und Berufen gemustert. In wenigen Tagen wird damit angefangen werden, sie von der Wehrmacht zu verabschieden, damit sie mit der Arbeit beginnen können. Vorrecht in der Dringlichkeit hat die Ernte; darum werden Landarbeiter zuerst entlassen. Die Entlassung von Männern in anderen Handwerken und Berufen erfolgt sobald es praktisch möglich ist.

5. Ich werde dafür sorgen, daß alle deutschen Soldaten und Zivilisten mittels Rundfunk und Presse über den Fortgang der Arbeit auf dem Laufenden gehalten werden. Der Bevölkerung wird aufgetragen, was zu tun ist.

Ich erwarte, daß sie es bereitwillig und wirksam tut.

gez. B. L. Montgomery
Feldmarschall
Oberbefehlshaber des britischen Besatzungsgebietes

Deutschland, 30. Mai 1945

(Als Aushang und in der Presse bekanntgemachte erste Verlautbarung des Oberbefehlshabers im britischen Besatzungsgebiet)

(Textvorlage im Historischen Museum Hannover)

Quelle: Wege aus dem Chaos. Niedersachsen 1945 - 1949. Begleitheft zur Ausstellung. Hannover 1985, S. 32.

2. Schreiben der Landesverwaltung des Landes Schaumburg-Lippe an die Militärregierung in Bückeberg betr. Aufnahme von Evakuierten im Land Schaumburg-Lippe.

Bückeberg, den 20. Juli 1945

121 (A) Mil Gov Det in Bückeberg

Eilt sehr!

Die Ankündigung der Militärregierung, daß das Land Schaumburg-Lippe etwa 1000 Evakuierte am 25. ds. Mts. aufzunehmen hat und das Land Lippe etwa 2500, hat uns Veranlassung gegeben, die augenblickliche Lage des Landes in Bezug auf Unterbringungsmöglichkeiten einer Nachprüfung zu unterziehen.

Schaumburg-Lippe hat ca. 52 000 Einwohner, Lippe ca. 180 000. Wenn insgesamt 3500 Personen untergebracht werden sollen, so ist der prozentuale Anteil SchaumburgLippes ca. 780. Wir bitten daher, wenn es noch möglich ist, dahin zu wirken, daß diese Zahl bei der Zuweisung an Schaumburg-Lippe nicht überschritten wird.

Im Kreise Bückeberg sind 4 Ortschaften (Cammer, Frille, Achum, Bad Eilsen) völlig geräumt. Stark belegt sind Steinbergen und Müsingen. Es befinden sich im Kreise noch etwa 9000 Evakuierte.

In der Stadt Bückeberg sind außer dem Schloß und dem Palais noch 71 Häuser geräumt, sowie die meisten Gaststätten militärisch belegt. In der Stadt Bückeberg befinden sich noch ca. 1000 Evakuierte.

Im Kreise Stadthagen ist das Dorf Meerbeck geräumt und der Flecken Steinhude stark überbelegt. In Steinhude sind etwa 50 Häuser geräumt. Im Kreise befinden sich noch ca. 9400 Evakuierte.

In der Stadt Stadthagen sind außer dem Schloß und einigen Fabriken etwa 40 Häuser geräumt. Es befinden sich in der Stadt noch ca. 3200 Evakuierte.

Im ganzen Lande befinden sich zur Zeit also noch etwa 22bis 23 000 Evakuierte. Dazu kommen etwa 4300 Fremdarbeiter, die noch nicht abtransportiert sind, und das Personal der Militärverwaltung und Besatzungsarmee, welches sich nach unserer Schätzung auf etwa 3- bis 4000 Personen beläuft. Auf eine einheimische Bevölkerung von etwa 52 000 Personen kommen also 30- bis 31000 Personen, die zusätzlich untergebracht worden sind. Die Leistungsmöglichkeit des Landes in Bezug auf die Freimachung von Wohnraum dürfte tatsächlich vollkommen erschöpft sein.

Selbstverständlich wirkt sich dieser Zustand nicht nur auf die Stimmung in der Bevölkerung äußerst ungünstig aus, sondern es sind auch starke Befürchtungen hinsichtlich der Entwicklung der hygienischen Verhältnisse zu hegen. Es ist unausbleiblich, daß durch die erschwerten Wohnverhältnisse dem Ausbruch von Epidemien und Seuchen Vorschub geleistet wird.

Falls es noch möglich sein sollte, bitten wir unter Berücksichtigung der geschilderten Lage dahin zu wirken, daß die eingangs genannte Zahl von ca. 780 Personen, welche Schaumburg-Lippe prozentual aufnehmen müßte, noch weiter herabgesetzt wird. Wir glauben, daß die Verhältnisse in Lippe nicht so ungünstig liegen wie in SchaumburgLippe.

Bezüglich der Verteilung der evakuierten Personen haben wir mit den Bürgermeistern und Landräten vereinbart, daß der Kreis Stadthagen etwa 60 % und der Kreis Bückeberg etwa 40 % aufnehmen soll.

(Dokument im Staatsarchiv Bückeberg, L 4, Nr. 12350)

Quelle: Ullrich Schneider, Irmgard Wilharm, Niedersachsen '45. 6. 1 - Filme zur politischen Bildung. Beschreibung und Begleitmaterial. Hannover 1983, S. 57 f.

3. Auszug aus einem Schreiben des Kreisvertrauensmannes der Flüchtlinge in Braunschweig an Ministerpräsident Kopf, 11. August 1947

Die verzweifelte Stimmung der Flüchtlinge war Gegenstand ernster Beratungen der Kreisvertrauensmänner der Flüchtlinge des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Braunschweig am 6. 8. 1947 im Flüchtlingsamt in Braunschweig. Die daraus sich ergebenden Entschliefungen haben wir dem Staatskommissariat für das Flüchtlingswesen unterbreitet.

Die Kreisvertrauensmänner vertreten weit über 200 000 Flüchtlinge. In allen Versammlungen haben sie versucht, beruhigend auf dieselben einzuwirken und wiesen darauf hin, daß dem bereits ergangenen Flüchtlingsgesetz die Durchführungsbestimmungen bald folgen werden, so daß im Zusammenleben der Einheimischen mit den Flüchtlingen klare gesetzliche Grundlagen geschaffen werden. Die Meinung und Stimmung der Flüchtlinge war in allen Versammlungen auf den gleichen Tenor abgestimmt, der wie folgt, lautet:

»Wir Flüchtlinge haben es gründlichst satt, uns noch weiter mit Redensarten abspeisen zu lassen. Was nutzen uns Gesetze, wenn sie mangels von Durchführungsbestimmungen nicht zur Anwendung kommen. Man beläßt uns in Elendsquartieren, und hat man

uns in Privatwohnungen eingewiesen, dann geht der Kampf mit dem Vermieter erst richtig los, weil man uns wieder an die frische Luft setzen möchte. Man nimmt uns stückweise das Mobiliar wieder weg und behandelt uns auch sonst wie lästige Ausländer. In den anderen Ländern sind überall schon Flüchtlingsgesetze in Kraft, nur im Lande Niedersachsen wird von der Regierung viel geredet, aber nichts getan, um die Gesetze zum Schutze der Flüchtlinge zu erlassen. «

Im besonderen wird immer wieder vorgebracht:

»Wir Flüchtlinge werden auf engstem Raume zusammengepfercht, wogegen es noch viele Einheimische verstehen, aber auch nichts von ihrer Wohnbequemlichkeit preiszugeben. Haben wir Flüchtlinge allein den Krieg verloren, oder das ganze deutsche Volk? Oder glaubt man, wir hätten im Osten keine Wohnkultur gehabt, die der hiesigen gleichzusetzen ist? Man räumt uns keinen Keller- und Bodenraum ein, man gestattet uns noch nicht einmal auf dem Hofe unsere Wäsche zu trocknen oder unser Holz zu hacken, man verbietet uns die Benutzung der Klosetts, man verschließt die Küchen, so daß wir Flüchtlinge nicht kochen können, und wir uns das Wasser im Keller holen müssen, man will uns Gas und elektrischen Strom nicht benutzen lassen ' trotzdem uns Kontingente eingeräumt sind, und tausenderlei andere Schikanen ersinnt man, um uns das Leben zur Hölle zu machen. Dies geschieht alles nur, weil es die Regierung nicht für notwendig gehalten hat, ein Wohnraumgesetz zu erlassen, in dem Schutzbestimmungen für die Flüchtlinge enthalten sind. «

(Dokument im Hauptstaatsarchiv Hannover, Nds. 50 Acc. 32/65 Nr. 22 1.)

Quelle: Wege aus dem Chaos. Niedersachsen 1945 - 1949. Begleitheft zur Ausstellung. Hannover 1985, S. 70.

4. Bericht des Medizinalrates der Regierung Hildesheim für den Monat November 1945

Monatsbericht über das Gesundheitswesen.

1. Der allgemeine Gesundheits- und Ernährungszustand hat sich im letzten Monat nicht gebessert. Die Krankheitsanfälligkeit, besonders der älteren Leute, tritt deutlich in Erscheinung. In der 82. Zuteilungs-Periode ist die tägliche Nahrungsmenge auf 1678 Calorien gegenüber 1650 in der vorletzten Periode gestiegen und ebenso wie diese unzureichend. Der Mangel an Seife und Heizmaterial bedingt eine Zunahme der Unsauberkeit und Hautausschläge besonders bei Kindern.
2. Die ansteckenden Krankheiten haben sich auf der gleichen Höhe gehalten. Es treten immer noch eine beträchtliche Anzahl von Unterleibstypus und Diphtherieerkrankungen auf. Die Erkrankungen an Geschlechtskrankheiten sind etwas zurückgegangen.
3. Die Krankenhausversorgung ist eben ausreichend, jedoch treten mit zunehmendem Zustrom kranker und gebrechlicher Flüchtlinge im südlichen Teil des Regierungsbezirkes Schwierigkeiten der Unterbringung auf, die durch Bereitstellung von Hilfskrankenhäusern behoben werden. In Northeim wird demnächst ein Hilfskrankenhaus mit 440 Betten eingerichtet, in Hann.-Münden steht ein solches mit 200 Betten bereits zur Verfügung; desgleichen in Göttingen ein drittes Hilfskrankenhaus mit 150 Betten. Dabei fehlt es jedoch an Bettdecken und Bettwäsche.
4. Heil- und Pflegepersonal sowie Ärzte stehen ausreichend zur Verfügung.
5. Die Arzneimittelversorgung bereitet große Schwierigkeiten, da die Vorräte ausnahmslos erschöpft sind und die Neufabrikation sehr gering ist. Die Transportschwierigkeiten und das Verlangen anderer Bezirke nach Kompensation bei Auslieferung von Arzneimitteln erschweren die Versorgung noch mehr. Ganz besonders knapp sind Verbandmittel, die kaum noch zu beschaffen sind. Insulin für Zuckerkranken wird nur noch mit 20 % der Mindestbedarfsmenge geliefert. In den Krankenhäusern fehlt es an Betäubungsmitteln und Narkosemitteln.
6. Die Wasserversorgungs-Anlagen werden laufend überwacht. Die Untersuchung der Trinkwasser hatte in den weitaus meisten Fällen ein gutes Ergebnis. Vereinzelte Mängel an Wasserleitungen sind jedoch infolge Materialknappheit schwer zu beheben. Insbesondere ist es nicht möglich, die von der Militär-Regierung geforderte Chlorierung durchzuführen, weil sowohl Chloranlagen als auch Chlorkalk und Chlorgas schwer zu beschaffen sind.
7. Zusammenfassung. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung ist durch die Enge der Wohnungen und Überbelegung der Wohnungen, durch Mangel an Nahrungsmitteln, an Heizmaterial und an Seife ernstlich gefährdet, trotzdem sind bisher außer einer kleinen Typhus-Epidemie in Zellerfeld und der bereits zum Stillstand gekommenen Typhus-Epidemie in Hildesheim größere Seuchenvorkommen nicht beachtet worden. Der Zustrom zahlloser Flüchtlinge läßt weitere Schwierigkeiten befürchten.

Es ist dringend notwendig, daß wenigstens die Krankenhäuser ausreichend mit Kohle versorgt werden, und daß die Versorgung der Bevölkerung mit Seife und der Krankenhäuser und Apotheken mit Arzneimitteln sicher gestellt wird.

(Dokument im Hauptstaatsarchiv Hannover, Nds. 120, Au 20/76, Nr. 192)

Quelle: Ullrich Schneider, Irmgard Wilharm, Niedersachsen '45, 6.1 - Filme zur politischen Bildung. Beschreibung und Begleitmaterial. Hannover 1983, S. 65 f.

5. Die britischen Truppen und die Bevölkerung

Persönliche Botschaft des britischen Oberbefehlshabers an die Bevölkerung des britischen Besatzungsgebietes in Deutschland

Ihr habt Euch wahrscheinlich gewundert, warum unsere Soldaten Euch nicht beachten, wenn Ihr ihnen zuwinkt oder auf der Straße einen guten Morgen wünscht, und warum sie nicht mit Euren Kindern spielen. Unsere Soldaten handeln auf Befehl. Ihr habt diese Haltung der Truppe nicht gern. Unsere Soldaten auch nicht. Wir sind von Natur aus ein freundliches und gutmütiges Volk. Aber der Befehl war notwendig, und ich will Euch erklären, warum.

Im Weltkrieg von 1914, der von Euren Führern angefangen wurde, ist Eure Wehrmacht im Felde geschlagen worden. Eure Generale ergaben sich, und im Friedensvertrag von Versailles gaben Eure Führer zu, daß Deutschland am Kriege schuld war. Die Kapitulation erfolgte jedoch in Frankreich. Die Kriegshandlungen spielten sich nicht auf deutschem Boden ab. Eure Städte wurden nie verwüstet, wie die Städte Frankreichs und Belgiens. Eure Heere marschierten in guter Ordnung in die Heimat zurück. Da verbreiteten denn Eure Führer das Märchen, Eure Wehrmacht sei nie besiegt worden, und später leugneten sie die Kriegsschuldparagraphen des Versailler Friedensvertrages. Sie versicherten Euch, Deutschland sei weder schuldig noch besiegt, und weil Ihr den Krieg nie im eigenen Lande verspürt hattet, glaubten ihnen viele. Als Eure Führer wieder den Krieg vom Zaune brachen, zolltet ihr ihnen Beifall.

Wiederum, nach Jahren der Verwüstung, des Gemetzels und des Jammers, sind Eure Heere geschlagen. Dieses Mal waren die Alliierten entschlossen, Euch eine endgültige Lehre zu erteilen; nicht nur, daß Ihr besiegt seid - das werdet Ihr schließlich erkannt haben - sondern daß Ihr, daß Euer Volk, wiederum am Ausbruch dieses Krieges schuldig seid. Wenn dieses nämlich nicht Euch und Euren Kindern klargemacht wird, würdet Ihr Euch vielleicht noch einmal von Euren Führern betrügen und in einen dritten Krieg stürzen lassen.

Während des Krieges verheimlichten Eure Führer vor dem deutschen Volk das Bild, das Deutschland der Außenwelt bot. Viele von Euch scheinen gemeint zu haben, daß Ihr mit unseren Soldaten, sobald sie Euch erreichten, gut Freund sein könntet, als ob nichts Außergewöhnliches geschehen wäre. Es ist aber dafür zu viel geschehen. Unsere Soldaten haben gesehen, wie ihre Kameraden niedergeschossen, ihre Häuser in Trümmerhaufen verwandelt wurden und wie ihre Frauen und Kinder hungerten. Sie haben in den Ländern, in die Eure Führer den Krieg trugen, schreckliche Dinge gesehen. Für diese Dinge, meint Ihr, seid Ihr nicht verantwortlich, sondern Eure Führer. Aber aus dem deutschen Volke sind diese Führer hervorgegangen: jedes Volk ist für seine Führung verantwortlich, und solange sie Erfolg hatte, habt Ihr gejubelt und gelacht. Darum stehen unsere Soldaten mit Euch nicht auf gutem Fuße. Dies haben wir befohlen, dies haben wir getan, um Euch, Eure Kinder und die ganze Welt vor noch einem Kriege zu bewahren. Es wird nicht immer so sein. Wir sind ein christliches Volk, das gern vergibt, und wir lächeln gern und sind gern freundlich. Es ist unser Ziel, das Übel des nationalsozialistischen Systems zu zerstören. Es ist zu früh, um sicher sein zu können, daß dieses Ziel erreicht ist.

Dies sollt Ihr Euren Kindern vorlesen, wenn sie alt genug sind, und zusehen, daß sie es verstehen. Erklärt ihnen, warum englische Soldaten sich nicht mit ihnen abgeben.

Gez. B. L. Montgomery, Feldmarschall.
Deutschland, 10. Juni 1945

Quelle: Charles Whiting, Norddeutschland Stunde Null, April – September 1945. Ein Bild/Text-Band, Düsseldorf 1980, S. 168

6. Winterkrise 1946 / 47 - Debatte im Landtag

(.) Nun zur Frage der Stromversorgung: Zum 21. 12. 1946 wurde erstmals verfügt, daß für alle bedeutenden Teile der niedersächsischen Wirtschaft eine Weihnachtsruhe bis zum 1. 1. 1947 einschließlich einzutreten habe. Wir waren uns damals darüber klar, daß die Schwierigkeiten bis zu diesem Termin nicht überwunden sein würden. Das Wirtschaftsministerium hat sich rechtzeitig darum bemüht, die Betriebsruhe bis zum 12. 1. 1947 verlängern zu lassen. Wegen einer Kompetenzfrage in der Militärregierung ist offensichtlich die rechtzeitige Verkündung der Verlängerung dieser Betriebsruhe unterblieben. Sie wurde am 2. 1. 1947 ausgesprochen. An diesem Tage standen die Arbeiter in den Betrieben und konnten nicht arbeiten, weil kein Strom da war. Am 2. 1. 1947 abends wurde verfügt, daß die Betriebsruhe zunächst bis zum 6. 1. 1947 einschließlich verlängert worden sei. Auch das geschah, obgleich alle Beteiligten sich darüber klar waren, daß dieser Termin viel zu kurz gestellt war.

Ich habe mich gefragt, wer eigentlich ein Interesse daran hatte, nur so zögernd zuzugestehen, in welche Schwierigkeiten unsere Wirtschaft hineinmanöviert worden ist. Es ist dann durch eine neuerliche Verfügung, die diesmal rechtzeitig herauskam, die Betriebsruhe bis zum 20. 1. verlängert worden. Ich will mich nicht unnötig unbeliebt machen, aber es fällt mir schwer, zu glauben, daß, wenn nicht außergewöhnliche Maßnahmen ergriffen werden, die Industrie am 20. oder 21. 1. wieder anlaufen kann.

Ich habe Ihnen völlige Offenheit zugesagt und ich möchte hier auch deutlich sagen, daß wir dieses für ausgeschlossen halten, und daß es schon rechnerischer Kunststücke und großer Härte bedarf, um überhaupt das Allernotwendigste für unsere Betriebe, namentlich im Ernährungssektor, sicherzustellen. Das Wirtschaftsministerium hat solche Maßnahmen formuliert und an die Militärregierung weitergeben. Ich weiß bis heute nicht, wieweit unseren Vorschlägen entsprochen werden wird. (Hört, hört!) Ich meine aber sagen zu müssen, daß es auch hier kein fair play ist, die Schuld für die Stromknappheit auf den »General Winter« zu schieben, den man als anonyme Person nicht zur Verantwortung ziehen kann. (Sehr richtig!) Der deutsche Arbeiter ist es, der am meisten unter diesen Umständen zu leiden hat, man sollte ihn und seine Vertreter nicht außerdem noch geringgeschätzt behandeln, indem man ihm solche Leichtgläubigkeit zutraut. (Bravo! Sehr richtig! Händeklatschen.)

Unsere Ansicht ist, daß wir in diese Situation gekommen sind, weil - wie ich zurückhaltend sagen kann - mangelnde Voraussicht bei der Planung geherrscht hat. Man muß eben damit rechnen, daß im Dezember die Kanäle zufrieren können. Man darf eben nicht in das Winterhalbjahr mit Kraftwerken hineingehen, die nur für wenige Tage mit Kohle versorgt sind und man darf solchen Werken, die allgemein nur eine bestimmte Kohlenart verarbeiten können, keine nasse Kohle schicken. (Sehr richtig!) Man muß annehmen, daß die verantwortlichen Stellen wenigstens insoweit technisch geschult sind, daß sie die Folgen einer solchen Unterlassungssünde voraussehen können, oder, wenn sie es nicht sind, die ihnen geradezu aufgedrängten Ratschläge hören und auch befolgen. Es genügt nicht, daß das Elektrizitätswerk der Reichswerke, das bedeutendste in unserem Gebiet, einen Kohlevorrat von rund 10 Tagen hatte. Man muß wissen, daß auch dieser nicht die qualitativ geeignete Kohle war und daß die trotz aller Mahnungen gelieferte Naßkohle sich unter der Einwirkung des Frostes zusammenballt, die Schleudermühlen beschädigt und schließlich auch teilweise die Kesselanlagen zerstört. Das ist eingetreten. Wir können von Glück sagen, daß bei den infolgedessen aufgetretenen Verpuffungen nicht auch Menschenleben vernichtet worden sind.(...)

Quelle: Wirtschaftsminister Kubel (SPD), Nieders. Landtag, Erste Ernennungsperiode, 4. Sitz. 8. Januar 1947, Sp. 8. Siehe Th. Berger und K.-H. Müller, Lebenssituationen 1945 - 1948. S. 26 f., Hannover 1983

7. Hannover nach Kriegsende

Furchtbar sind die Trümmer. Hannover ist ein Ruinenfeld ohne Gleichen. Schaurig und gespenstisch ragen die Schornsteine und Brandmauern der zerbrochenen und ausgebrannten Häuser in den Himmel hinein. Es ist eine Wanderung durch ein Inferno, wenn man durch die Innenstadt geht. Der trübe, naßkalte Novemberhimmel macht den Anblick noch schauriger und bedrückender. Aber unter diesen Trümmern laufen die Menschen geschäftig hin und her. Jeder ist beladen mit Taschen, Rucksäcken, Koffern, Weihnachtsbäumen, mit neuen Haushaltungsgegenständen, mit Lebensmittelpaketen, Rucksäcken und ich weiß nicht, was noch mehr. Jeder offenbar verbissen von dem Gedanken besessen, es muß doch wieder in Ordnung kommen, wir müssen uns doch wieder etablieren, wie es war, und wir müssen unsere Bude doch wieder schmücken und wohnlich machen. So wie jene Frau in der Straßenbahn (fahren Sie viel Straßenbahn und schauen Sie den Leuten auf das Maul), die mit viel Humor erzählte, wie sie nun allmählich ihre paar Quadratmeter einrichtet. Jetzt muß ich mir noch eine Kommode besorgen und dann brauche ich noch einen Platz, wo ich meine drei Tassen hinstellen kann, und der Begleiter meinte - auch nicht ohne Humor - na, mit etwas Geduld wird es schon werden, in zwei bis drei Jahren werden wir ja schon etwas weiter sein. Oder wie der Gepäckträger auf dem Bahnhof in Hannover, als wir ankamen, der zu uns sagte: Na, sehen Sie, wir haben schon wieder Fenster hier oben und wir werden es schon schaffen (...)

Ein nicht abreißender Strom von Flüchtlingen wandert hin und her, und jeder zweite Mensch antwortet auf eine Frage nach dem

Wege: tja, ich bin auch fremd hier. Sicher ist das Volk politisch noch sehr konservativ, hat wohl immer noch nicht so ganz verstanden, was eigentlich passiert ist, und kann das wohl auch bei dem ständigen Kampf um das tägliche Brot kaum ganz verstanden haben. Die Kalorienzahl ist immer noch theoretisch, denn es gibt leider noch nicht alles, was auf den Karten drauf steht. Schlimmer ist, daß wie ein Mehltau auf dem ganzen Lande die Untätigkeit liegt, die zwangsläufig dadurch entsteht, daß die Initiative trotz aller sicher guten Absichten gelähmt wird, weil keine klare phantasiereiche Politik das Tor zum Neuaufbau aufreißt.

Alle Menschen hier sind über alle Maßen angespannt, können aus den Gründen der technischen Primitivität aller Dinge, der Schwierigkeit des Nahverkehrs, der Verpflegung und tausend anderer Dinge, die in normalen Zeiten keine Rolle spielen, nur mit dreißig- bis vierzigprozentiger Rentabilität arbeiten. Sie sind alle gealtert und überanstrengt, aber es gibt einen heldenhaften Idealismus unter ihnen, der mich immer wieder mit Bewunderung und auch mit Stolz erfüllt (...)

Quelle: Ernst Reuter an Fritz Neumark 12. 12. 1946, in: Ernst Reuter, Schriften - Reden, Bd. 3, Berlin 1974, S. 80 f. Abgedruckt in Berger und K.-H. Müller, S. 26

8. Wohnraumzerstörung in niedersächsischen Städten

Gemeinde	Zerstörte Wohnungen insgesamt	Zerstörte Wohnungen in %
Braunschweig	27000	52
Emden	7000	74
Hannover	75400	51
Hildesheim	8700	43
Osnabrück	16875	55
Wilhelmshaven	17700	60
Celle	940	9
Hameln	1050	10
Helmstedt	416	7
Uelzen	850	20
Delmenhorst	227	2
Goslar	180	2
Göttingen	300	2
Holz Minden	122	3
Lüneburg	270	3
Oldenburg	293	1
Stade	280	5
W.-Salzgitter	450	2

Quelle: (Nach Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, 37. Jahrgang 1962, Kriegsschäden, S. 360 ff.)

Die Zerstörungen in Hildesheim

(...) von 69 000 Einwohnern waren 34 000 obdachlos,

- ... 5 978 Wohnungen völlig zerstört,
- ... 3 225 Wohnungen zu 60 % beschädigt,
- ... 1105 Wohnungen zu 40 % beschädigt,
- ... 5310 Wohnungen zu 10% beschädigt,

von ehemals 1500 Fachwerkhäusern waren 1300 restloser Vernichtung anheimgefallen, außerdem wurden zerstört:

- 85 % aller Geschäftshäuser
- 70 % aller Handwerksbetriebe
- 50 % aller Industrieanlagen
- 80 % aller öffentlichen Gebäude

Quelle: nach H. Schmeling. Der Aufbau eines neuen kommunalen Lebens in Hildesheim nach der Kapitulation vom 8. Mai 1945. in: Alt Hildesheim, Jahrbuch für Stadt und Stift Hildesheim, Heft 52/1981, S. 32. Siehe Berger und Müller, a.a.O., S. 25

9. Familien in Elendsquartieren

Hannoveraner, die in Kellern hausen
HP besucht drei Familien in Elendsquartieren

Stellen Sie sich einen Kellerraum vor, der in der Länge dreieinhalb und in der Breite zweieinhalb Meter mißt und über den sich eine niedrige notdürftig verputzte Decke wölbt. Er hat früher als Kartoffelkeller gedient, als die über ihm liegenden Stockwerke des Hauses Celler Straße 3b noch standen. Seit sechzehn Monaten dient das Kellergeschoß dem Schneiderehepaar K-s als Unterkunft und Werkstatt. Eine der beiden Längsseiten dieses Kellerraumes nimmt ein zweistöckiges Bunkerbett ein. Ein Kleiderrechen stellt den Kleiderschrank dar. Dazwischen drängt sich ein schmaler Tisch, an dem die Hausfrau ihre Wurzeln schrappt. Vor dem Kellerfenster, das durch einen Lichtschacht nur spärliche Beleuchtung gibt, sitzt der Meister an der Nähmaschine, um aus Altem Neues zu machen. Er hat sich gewiß nicht träumen lassen, daß er sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum in dieser Umgebung würde begehen müssen, bei achtdreiviertel Kubikmeter feuchter Kellerluft zum Atmen für sich und seine Frau.

Keinen Steinwurf davon entfernt, inmitten eines bombenzerhackten Gartens, bewohnt die Gärtnerfamilie Sch-r den dunklen Keller eines früheren Speichers. Die Tür muß am Tage offen bleiben, damit ein wenig Licht hereinfällt. Das alte Ehepaar teilt dieses muffig-feuchte Kellergelaß mit dem siebzigjährigen Bruder des Mannes, der derzeit mit einem Magen- und Darmkatarrh auf dem Krankenlager liegt.

Als wir das Hinterhaus Weiße-Kreuz-Straße Nr. 22 a betreten, befürchten wir, daß uns die Baupolizei den Zugang verwehren würde. Wir müssen uns indessen überzeugen lassen, daß man heute hinsichtlich der baulichen Sicherheit andere Maßstäbe anlegt und daß ein Gebäude auch dann noch für bewohnbar gehalten wird, wenn die Außenwände handbreit auseinanderklaffen. Im ersten Stockwerk dieses Hauses ist der Invalide R-r, der seinen Vorarbeiterposten in einer chemischen Fabrik schon vor zwölf Jahren wegen eines körperlichen Gebrechens aufgeben mußte, darangegangen, die durch eine Sprengbombe herausgepustete Außenwand seines Wohnzimmers durch Bretter notdürftig zu ersetzen, die er in Ermangelung von etwas Geeigneterem mit Oelpapier »tapezierte«. Wie er mit seiner Familie in diesem zugigen »Windfang« ohne Kohle den Winter überstehen soll, ist nicht nur uns, sondern auch ihm ein Rätsel.

Quelle: Hannoversche Presse 23. 8. 46, S. 2. Siehe Berger und Müller, a.a.O., S. 28

10. Lebensmittelrationen

Die Lebensmittelrationen waren unmittelbar nach Kriegsende regional sehr unterschiedlich. Sie verschlechterten sich mit dem Verbrauch der örtlichen Vorräte.

»Der neue Verteilungsplan«

Die Lebensmittelrationen für die 75. Zuteilungsperiode (30. 4. - 27. 5. 1945)

1. Normalversorgungsberechtigte:
 - a) Erwachsene über 18 Jahre: 6800 g Brot, 1000 g Fleisch, 475 g Fett,
 - b) Jugendliche von 6 - 18 Jahren: 8000 g Brot, 1200 g Fleisch, 725 g Fett,
 - c) Kinder bis zu 6 Jahren: 4000 g Brot, 400 g Fleisch, 475 g Fett.

Für alle Versorgungsberechtigten:

Nährmittel 300 g
Käse 62,5 g
Quark 125 g
Zucker 800 g
Brotaufstrich 750 g oder wahlweise 375 g Zucker
Kaffee-Ersatz 125 g.

(...)

Der für die 73. Zuteilungsperiode aufgerufene Abschnitt über 100 g Butterschmalz kann nicht mehr beliefert werden und ist daher ungültig. «

Tagesration nach der obigen Zuteilung:

Erwachsener: 245 g Brot, 36 g Fleisch und 17 g Fett
Jugendlicher: 280 g Brot, 43 g Fleisch und 25 g Fett
Kind: 145 g Brot, 15 g Fleisch und 17 g Fett (...)

Quelle: Göttinger Mitteilungsblatt Nr. 4 vorn 28. April 1945. Siehe Berger und Müller, a.a.O., S. 34

11. Lebensmittel für Jugendliche (10 - 18 Jahre)

Periode	74	81	85	87
Zeit	April 1945	15.10.-11.11.45	4.2.-30.3.46	1.4.-28.4.46
Brot	8 000,0 g	12 000,0 g	11 000,0 g	8 000,0 g
Fleisch	1 200,0 g	600,0 g	600,0 g	600,0 g
Fett	725,0 g	650,0 g	650,0 g	650,0 g
Käse	62,5 g	62,5 g	62,5 g	62,5 g
Quark	125,0 g	125,0 g	125,0 g	125,0 g
Nährmittel	300,0 g	2 000,0 g	2 000,0 g	2 000,0 g
Zucker	800,0 g	500,0 g	375,0 g	500,0 g
Marmelade	750,0 g	250,0 g	500,0 g	450,0 g
Kaffee-Ersatz	125,0 g	125,0 g	125,0 g	125,0 g
Eier	-	-	-	-
Kartoffeln	-	8000,0 g	4000,0 g	-
Magermilch	-	3,0 l	3,0 l	-
Tägliche Kalorien			1 608	1 471

Quelle: Zusammengestellt nach: Göttinger Mitteilungsblatt, Amtliche Bekanntmachungen für Göttingen und der Akte: Ernährungsamt Lfd. Nr. 52 im Göttinger Stadtarchiv. Siehe Berger und Müller, a. a.O., S. 59

12. Anweisung Nr. 37 der britischen Militärregierung Abt. für Ernährung und Landwirtschaft, vom 17. Januar 1946 betreffend Ernährung von Schulkindern

1. Um einer Unterernährung bei Schulkindern in den dichter bevölkerten Gebieten der britischen Zone vorzubeugen, wurde die Einführung einer markenfreien Mahlzeit je Tag mit Wirkung vom 1. Februar 1946 beschlossen.

2. Diese Maßnahme wird auf Schulkinder in der NordRheinprovinz und im Regierungsbezirk Arnsberg in Städten mit 5000 Einwohnern und mehr beschränkt, sowie auf die folgenden Städte im Gebiet Ruhr-Westfalen: Beckum, Herten, Bottrop, Gelsenkirchen, Gladbeck, Lüdinghausen, Münster, Recklinghausen, Bielefeld, Minden und Paderborn und in der übrigen britischen Zone auf Städte mit 100 000 Einwohnern und mehr mit einigen besonderen Ausnahmen und Zusätzen lt. Vereinbarung zwischen der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft und der Abt. Erziehung des Hauptquartiers. Es kommen in Frage:

a) Niedersachsen die Städte Hannover, Northeim, Burgdorf, Giffhorn, Oldenstadt, Soltau, Stadt Winsen, Wesermünde, Helmstedt, Watenstedt-Salzgitter, nicht aber Braunschweig,

b) in Weser-Erns Osnabrück und Wilhelmshaven, nicht aber Oldenburg c) in Schleswig-Holstein wird Flensburg gestrichen.

3. Das markenfreie Essen hat aus einer Suppe zu bestehen mit einem Gehalt von ungefähr 300 Kalorien je Tag. Um eine Abwechslung zu bieten, sollen Arten von Suppen gereicht werden, und zwar nach folgender Zusammensetzung:

a) Fünfmal in der Woche:	Bruchzwieback oder Mehl	30 g	104 Kal.
	Hülsenfrüchte	40 g	122 Kal.
	Fett	10 g	74 Kal.
	Fleischextrakt oder Würze	10 g	
	Salz	5 g	
			300 Kal.
b) Zweimal in der Woche:	Bruchzwieback oder Hafermehl, Weizengrieß usw.	50 g	175 Kal.
	Zucker	15 g	60 Kal.
	Trocken-Magermilch	20 g	72 Kal.
			307 Kal.

c) Schulkinder zwischen 12 und 14 Jahren erhalten je Tag zusätzlich 80 g Brot oder Keks ohne Marken, um den Kaloriengehalt auf ca. 490 zu bringen.

4. Sollten in den ersten Tagen nach Eröffnung dieser Schulspeisungen einige Zutaten noch nicht vorhanden sein, bleibt die Zusammenstellung des Essens den Landesernährungsämtern überlassen. Nur muß gewährleistet werden, daß der Gesamt-Kaloriengehalt nicht wesentlich geändert wird.

Quelle: Ursachen und Folgen, Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, hrs. von H. Michaelis und E. Schraepfer, Berlin, o. J., Bd. 24, S. 178 f. Siehe Berger und Müller, a.a.O., S. 61 f.

13. Beschaffung von Heizmaterial (1945)

In den Göttinger Mitteilungen war bekanntgegeben worden, daß das Wirtschaftsamt Holzberechtigungsscheine ausgab. Ich ging hin, um mir einen Schein zu holen; aber dort wurde mir mitgeteilt, ich müsse früher kommen, für heute seien alle schon ausgegeben. Am Dienstag der nächsten Woche gebe es wieder welche.

Am nächsten Dienstag ging ich nach Beendigung der Sperrstunde (5 Uhr?) sofort los und war nach 20 Minuten am Wirtschaftsamt, aber da stand schon eine Schlange von mindestens 300 Menschen. Alle wollten Holzscheine. Es war für mich also wieder nichts. Aber das sollte mir nicht noch einmal passieren.

In der nächsten Woche ging ich schon vor Aufhebung der Ausgangssperre los; barfuß, damit kein Geräusch entstand, lief ich durch die Straßen. Wenn ein Scheinwerfer oder Geräusche ein Fahrzeug ankündigten, drückte ich mich in Hauseingänge.

Kurz vor Beendigung der Sperrstunde war ich am Wirtschaftsamt. In allen Hauseingängen drängten sich die Menschen und warteten darauf, daß es von den Kirchtürmen fünf schlug. Mit dem ersten Schlag der Kirchenuhr stürmten sie alle auf das Portal des Wirtschaftsamtes zu. Ich bekam einen günstigen Platz und nach einigen Stunden des Wartens auch einen Holzberechtigungsschein.

Das nächste Problem war, einen Handwagen und Werkzeug zu beschaffen, denn das Holz, auf das ich Anrecht hatte, stand noch als Bäume im Wald, zwölf Kilometer entfernt. Nach vielem Fragen fand ich einen Einheimischen, der das Benötigte besaß und auch bereit war, es mir auszuleihen, allerdings nur gegen Sicherheit und Entgelt. Das Radio meiner Großmutter gab ich als Sicherheit und für die Benutzung zahlte ich mit einem Kilo Weizenkörnern, die ich noch vom Ährenlesen hatte.

Am nächsten Tag zog ich dann den Handwagen die 12 km zu der Stelle, wo ich das Holz schlagen durfte. Die armdicken Buchen, die angezeichnet waren, mußten geschlagen, entästet und zersägt werden. Ein Auge mußte ich dabei immer beim Handwagen haben, denn so kostbare Fahrzeuge verschwanden schnell. Aufladen, möglichst viel, aber auch nicht zuviel, denn der Wagen sollte auch den Rückweg noch überstehen. Die Rückfahrt zog sich unendlich hin.

Zuhause mußte das Holz noch auf den Boden geschleppt werden (vier Etagen), denn vor dem Hause war nichts sicher. Erst nach der Rückgabe des Handwagens war endlich Feierabend. Und das Abendbrot? Ein Stück Brot mit Sirup.

Quelle: Erinnerungsbericht K.-H. M. Siehe Berger und Müller, a.a.O., S. 38

14. Auf dem »Schwarzen Markt« in Göttingen

Es läßt sich nicht mehr abstreiten: auch Göttingen hat seinen »Schwarzen Markt«, der nun schon seinen festen, wohlbekannten Standort hinter den Baracken am Bahnhofplatz bezogen hat und stets von einer ansehnlichen Menge Käufer und Verkäufer besucht ist. Für einen Fremden ist es nicht so einfach, ins »Geschäft« zu kommen, denn die meisten Partner kennen sich und wissen, was sie voneinander zu halten haben: so ein »Neuer« könnte sich über die Höhe der Preise oder die Qualität der Ware mokieren, vielleicht sogar einen »Kriminalen« im Schlepptau haben.

Nein, man hat seine feste Kundschaft und will sicher gehen. Außerdem ist nicht gewiß, ob die »Sore« (gestohlenen Gut) gesucht und von jemandem wiedererkannt wird.

In kleinen, zwanglosen Gruppen stehen Händler und Kunden zusammen, anscheinend höchst uninteressiert, die aromatisch duftende, ausländische Zigarette im Mundwinkel. Gesprochen wird nicht viel. Ab und zu fällt eine Zahl, dann folgt entweder ein leichtes Kopfschütteln oder die nickende Zustimmung. Die beiden Handelseinigigen verschwinden dann etwas abseits, tauschen hastig Ware und Gegenleistung aus und stehen Minuten später schon wieder bei anderen Gruppen, um dort ein neues Geschäft zu machen.

Was wird angeboten und welche Preise werden gezahlt? Da sind Zigaretten und Bohnenkaffee, Brot und Benzin. Uhren und Schnaps, Fleisch und Lebensmittelkarten. Geld spielt scheinbar keine Rolle, denn es werden Preise gefordert bis zum

hundertfachen tatsächlichen Wert. Das Publikum wird von allen Schichten der Bevölkerung gestellt, vom berufsmäßigen Schwarzhändler bis zur armseligen Arbeiterfrau, die, um den Hunger ihrer Kinder zu stillen, die karge Zigarettenteilung ihres Mannes gegen Brot eintauscht(...)

Quelle: Hannoversche Presse, 6. 9. 1946, S. 4. Siehe Berger und Müller, a.a.O., S.64

15. Erschütternde Zahlen

Der Schulrat des Landkreises Göttingen hat jetzt eine Befragung der 8340 Schulkinder nach ihren sozialen Verhältnissen durchgeführt. Die Zahlen sprechen für sich: 2554 (31 v. H.) waren ohne Winterschuhe, 759 (9 v. H.) trugen geliehene Schuhe, 707 (8,5 v. H.) hatten keine Strümpfe, 260 (3 v. H.) besitzen kein Hemd, 467 (6 v. H.) haben kein eigenes Bett, sondern schlafen zumindest mit Geschwistern zusammen, 28 (0,3 v.H.) sind ohne jeden heizbaren Raum, 1028 (12 v.H.) müssen einen Wohnraum mit mehr als drei Personen teilen, 1065 (13 v.H.) sind Halbweisen.

Diese Anzahl der Kinder setzt sich aus etwa 60 v.H. Einheimischen und 40 v. H. Flüchtlingskindern zusammen.

Quelle: Hannoversche Presse, 11. 2. 1947, S. 3. Siehe Berger und Müller, a.a.O., S.156

16. Göttinger Schulverhältnisse 1946

(...) Nach dem Krieg, im Jahre 1946, mußten 6046 Volksschulkinder in 69 Klassenräumen untergebracht werden. Es standen damals nur 67 Lehrkräfte zur Verfügung. Das entspricht einem Durchschnitt von 88 Kindern je Klassenraum und einer Betreuung von 90 Kindern durch eine Lehrkraft. (...)

Quelle: Max Buchheinn: Die Göttinger Volks- und Mittelschulen in: Göttinger Jahrbuch 1952, S. 83. Siehe Berger und Müller, a.a.O., S. 157

17. Kinderschicksal

Eddigehausen, 9. Mai 1946
Kinderheimat Eddigehausen (Waisenhaus der Stadt Göttingen)
Manfred (...) 13 Jahre, aus Friedland/Sudetengau

Manfred ist von dem Grenzlager Friedland mit einem britischen Sanitätswagen in das Göttinger Flüchtlingslager gebracht worden und der Kinderheimat Eddigehausen durch das Jugendamt nach 2 Tagen überwiesen. Es ist ein kleiner Junge, der aussieht wie ein 10jähriger. Geistig aber ist er sehr rege und macht einen selbständigen Eindruck. Mit seinem Flüchtlingsschein gibt er eine Bescheinigung der russischen Kommandantur in Friedland (Sudetengau) ab, die lautet: »Im Jahre am 6. April 1946 wurden durch 10 Tschechen, die sehr besoffen waren, Manfred (...) seine Eltern erschossen. Unterschrift: Die Kommandantur Friedland, Nikolai, Kommandant. «

Seit dem Tode seiner Eltern gibt er an, in Sibirien und dann auf einer Kommandantur in Prag gewesen zu sein. Das klingt zunächst unwahrscheinlich, aber wir fragen die Kinder in den ersten Wochen, die sie bei uns sind, wenig nach der Vergangenheit. Sie müssen zur Ruhe kommen und sind selber, wenn sie Schweres erlebt haben, verschlossen wie die Soldaten. Wenn wir vertraut mit ihnen geworden sind, finden sich Augenblicke, in denen sie gerne und wahrheitsgetreu erzählen.

Manfred lebte sich schnell ein. Nur an zwei Abenden weinte er fassungslos und schließlich schlief er auf dem Schoß einer Kindergärtnerin ein. Am nächsten Tag flüsterte er dieser »Tante« zu. »Du müßtest meine Schwester sein. « Sie sagte, sie habe auch 6 Brüder, alle auf russischer Seite, »da bist du eben jetzt mein Bruder«. Der Junge ist glücklich, nun ist er nicht mehr alleine. Aber als er nach einigen Tagen mit den anderen Kindern in die Dorfschule ging, wird er wieder launisch und gedrückt, er will die Schularbeiten nicht machen. »Verstehe ich nicht, kann doch nicht hören, was der Lehrer sagt. « Er ist schwerhörig, man merkt es so im Umgang nicht, aber in der großen Klasse, in der 80 Kinder vom 6. - 14. Jahre gleichzeitig unterrichtet werden, kann er nicht folgen. Zu Hause hatte er früher (ein) Schwerhörigengerät. Eine Untersuchung bestätigt seine Aussage. Jetzt verstehen wir, warum er so leicht ärgerlich und verstimmt ist, wenn die anderen Kinder toben.

Im Bett klagt er, so viel denken zu müssen. Er meint damit an die Vergangenheit denken. »Was soll ich nur am 6. April machen? Da ist es doch ein Jahr her. Sind sie schon verfault?« -»Wer«, fragte ich. »Die Särge ... warum haben die Russen meiner Mutter etwas zum Essen in den Sarg gelegt? Warum haben sie mich nicht auch erschossen? Was ist die Seele? ... Ich möchte Baumeister werden. Darf ich hier bauen helfen? Ich meine alles machen, was mit Hammer und Nägeln gemacht wird. Wann bauen wir die neue Baracke auf? Dann möchte ich einmal der Baumeister werden und hier bleiben.« Er übernimmt die Sorge für das wenige Werkzeug, das wir haben.

Am nächsten Tag bekommen wir vom Bauhof alte Bretter für ihn geschenkt. Nun macht er einen Blumenkasten und am 6. April, dem Todestag seiner Eltern, geht er mit seiner »Schwester« in den Wald und gräbt Schlüsselblumen aus, bepflanzt seinen Kasten damit. Er ist nun für eine Reihe von Tagen sehr fröhlich und voller Pläne. Sobald wir ein Kaninchen bekommen können, soll es ihm gehören und er darf sich einen Stall dafür bauen. Etwas Kleines, Lebendiges zu haben, ist der Wunsch aller Kinder. Doch erlaubt uns die Ernährungslage weder Hund noch Katze.

Manfred ist leicht erkrankt und langweilt sich im Bett. Er ist nun acht Wochen bei uns und wir sind vertraut miteinander geworden. Ich setzte mich zu ihm und er erzählt gerne. Ich kann mitschreiben, ohne daß es ihn stört. Er versteht, daß Eltern ihre Kinder vielleicht noch suchen und wir darum die Namen und alle Angaben genau aufschreiben.

Die in »« gesetzten Angaben sind Wortlaut seiner Erzählung.

Wie war es, als du von Friedland fortgefahren bist? »Es war ein Güterzug, da waren schon Menschen drin. Die meisten waren aus dem Sudetengau. Ich bin am 9. oder 10. April in Friedland eingeladen. Da waren die Eltern schon tot. Ich bin allein durch die Straßen geirrt, da hat ein Russe gesagt, ich soll mitkommen. Da haben sie uns am Bahnhof an die Wagen herangestellt, und dann ging es einfach los.«

Wie alt waren die Kinder? »Von 6 bis 17 Jahren, die meisten um 15 Jahre. Manche hatten zu Hause noch Eltern, manche hatten keine Eltern mehr. Es waren sehr viele Kinder im Zug. In einigen Wagen waren auch Frauen und Kinder dabei. Junge Männer von 20 bis 25 Jahren waren mit im Zug. 5 oder 7 waren in unserem Wagen. Ein Mann hatte sich gewehrt, den hatten sie auch mitgenommen. Menschen, die sich zu Hause beim Sachenabnehmen gewehrt hatten, die haben sie auch mitgenommen. Die Älteren haben die Kinder getröstet. Alle Kinder haben fast die ganze Fahrt geweint.«

Wie lange seid ihr gefahren? »Im ganz zuen Güterwagen. Man weiß da nicht wie lange. Wenn man immer im Dunkeln sitzt, kann man es nicht schätzen. Hat man sich mit einem unterhalten, dann wußte man im Dunkeln nicht, wer er war.«

Waren Kinder dabei, die du kanntest? »Viele. Mein Freund Klaus B. aus Friedland, Schülergasse 11, Er hatte eine Stiefmutter, sein Vater war im Krieg. Mit dem habe ich immer gespielt. Er ist aber nicht angekommen. Ob er rausgefallen ist, wenn Russen in den Wagen gekommen sind, ich weiß es nicht. Er saß an der Tür, ich in der Mitte. Wir haben uns unterhalten, dann war er still. Ich dachte, er, schlief. Später faßte ich hin, da war er nicht mehr da.«

Konnten denn Kinder herausfallen? »Die Russen sind auf den Trittbrettern gegangen, als der Zug fuhr, und haben Essen gebracht. Die Rolltüren haben sie mit so'nem Ruck aufgemacht, da sind Kinder rausgekegelt, wenn sie eingeschlafen waren und hatten sich angelehnt. Einfach so rund rausgekegelt. Die Russen haben mit einem Sack, in dem Pakete waren, Essen gebracht, so was ähnliches wie Pumpernickel in Scheiben. Jeder bekam ein oder zwei Pakete und manchmal haben sie auch noch Scheiben verteilt. Und eine Art Wurst und Käse. Ich habe in der Mitte gesessen, die am Rande haben gefroren. Viele waren krank. In anderen Wagen sind welche gestorben. Was da gestorben ist, weiß man nicht. Die Russen haben sie rausgeschmissen aus dem Wagen. Als wir durch Polen kamen, haben sie den Zug beschossen. Ein Junge in unserem Wagen hat einen Schuß bekommen und ist rausgebracht worden. Nur die ganz schwer Verwundeten, die so ganz schlimm am Bluten waren, oder Splitter hatten, sind unterwegs rausgenommen worden und weggebracht.«

In Toms in Sibirien war Manfred dann in einem Lager 11/2 Monate lang. Es waren viele Baracken nur mit Kindern belegt. Sie schliefen auf dem Fußboden auf Stroh und wuschen sich im See, in den Stege gebaut waren. Dort standen viele Posten. »Die Russen sammelten alte Sachen für das Lager, sie schütteten einen Sack alte Lumpen, zerrissene Hosen und solche Sachen in die Stube, dann fielen alle darüber her und suchten sich heraus. Manchmal waren sogar ganz heile Taschentücher dabei. Von dort kamen die Kinder in Schulen für Stalin und sowas wie 'ne HJ. Günther ist in die Schule gekommen. Er hat sich reingeschlängelt. Karl-Heinz mußte mit in die Schule. Meine Baracke sollte auch bald in die Schule kommen.« Manfred weiß nicht viel über die Lagerzeit zu erzählen. Man hat den Eindruck, daß durch die jüngste Vergangenheit in der Kinderheimat seine früheren Erlebnisse zurückgedrängt sind. Am Nachmittag sagt er mir, ich weiß noch nicht so viel zu erzählen. Du mußt mich fragen, alleine weiß ich nie, was ich erzählen soll. Er ist beim Erzählen jetzt sehr sachlich und gar nicht mehr erregt, wie in den ersten Tagen seiner Ankunft.

Manfred ist mit 2 Jungen aus dem Lager entflohen. »Um vier Uhr rum sind wir weggegangen. Es war Regenwetter, da waren nachts keine Posten. Die Baracken lagen draußen vor der Stadt mit Eisentüren davor. Wir sind auf der Landstraße, es war die Hauptstraße, in den Wald gegangen. Einer hatte einen Kompaß eingenäht. Da wußten wir die Richtung. Karl war 16 Jahre, der konnte russisch. Günter war 15 Jahre. Wir haben einen Russen überholt, der zog einen Handwagen mit Gepäck. Den hat Karl angesprochen. Erst wollte er nicht, dann hat er uns zu essen gegeben. Wir haben ihm geholfen, den Wagen schieben. Er hat uns mit in die Bahn genommen. Wir haben ihm bei seinem Gepäck geholfen. Den Handwagen ließ er an einem Haus am Bahnhof. Wir sind mit ihm gefahren. Über die Grenze hat er uns in einem Güterwagen hinter Sachen versteckt. Bis Warschau waren wir drei zusammen. Dann sind die anderen mit einem Zug weggefahren. Ich habe den Russen gefragt, wo er hinfährt. Er sagte, er ist der Kreiskommandant von Prag, und ich bin dann mit ihm gefahren. Er heißt Nikolai und ist 36 Jahre alt. In Prag gingen wir zur

Kommandantur. Ich habe draußen auf sein Gepäck aufgepaßt. Dann bin ich mit reingekommen. Alle haben Mittag gegessen. Er ist in seine Stube gegangen und hat alles aufgeschrieben. Dann hat der Dolmetscher gesagt, daß ich dableibe und dann bin ich da geblieben, ziemlich ein halbes Jahr, bis jetzt Januar. Ich habe ein Dachstübchen gehabt, ganz prima allein, fast wie zu Hause (Manfreds Vater war Lokomotivführer). Ich hatte einen Strohsack, Federbett und Decken. Im Haus waren der Kommandant, 2 Diener und 2 Dolmetscher. Der Kommandant hatte Abzeichen: 4 Sterne und Sichel, 5 Panzerorden . . . (Beschreibung vier weiterer russischer Orden). Er hat später angeordnet, daß ich mit dem Lastwagen mitfahren darf, Verpflegung holen, zum Bäcker und in Magazine, Mehl und Konserven. Es war ein Schneider da. Da habe ich russische Uniform gekriegt. Braune Uniform, einen Pullover über die Hose, ein Koppel rum und Käppi. Die Uniform hat ganz gepaßt. Die war prima. Schade, daß ich das Bild verloren habe. Wenn ich wollte, sagte der Kommandant, könnte ich mitkommen nach Rußland. Dann durfte er mich aber doch nicht mitnehmen. Ich wollte auch nicht, es wäre doch nichts richtiges geworden.«

Das Leben auf der Kommandantur hat Manfred entschieden gefallen, wie er überhaupt nie etwas Schlechtes aus der ganzen Zeit erzählt. »Wir haben uns aus Übermut im Bach gewaschen. Ich habe meine Hose nie gebügelt, das haben immer die Soldaten gemacht. Es gab Bananen aus der Krim. Sie haben Keks gebacken, schwer in Öl und Butter. Am liebsten mochte ich Brühe mit Nudeln, Kartoffeln, 'nen Klumpen Fleisch. An Feiertagen waren sie betrunken. Dann haben sie aus dem Schrank alles heraus geholt, was sie hatten, Schokolade, Bonbons, Zigaretten mit so 'nem langen Mundstück. Sie taten dann nichts Schlimmes, sie warfen höchstens mal ein Glas hin. Weihnachten war es sehr schön. Wir hatten Kuchen haufenweise, Puffer groß wie die Pfanne ... (Beschreibung von Eßsitten in der Kommandantur).«

Die Kommandantur wurde dann aufgelöst, versorgte Manfred noch mit Lebensmitteln. Er blieb allein zurück. Er erzählt auch, was er bekam ... (Aufzählung der Lebensmittel). »Bis über die Grenze habe ich von der Verpflegung gehabt. Wie sie weggefahren sind, hab ich im Lager nachgesucht und einen Packen Zigarren und Zigaretten gefunden. Davon habe ich nichts geraucht, da kotzt man, das ist zu stark. Das ist für Männer.«

Manfred hat dann versucht, mit einem Zug nach Deutschland zu fahren. Er fand einen Freund seines Vaters auf einer Lokomotive, die von Prag nach Berlin fuhr. Er nahm ihn bis Jüterbog mit. Er fuhr 2 bis 3 Tage. »Im Kohlenwagen war Platz, da bin ich wohl mal eingekickt.« Er gibt an, nach kurzem Aufenthalt in Berlin alleine über Bitterfeld, Leipzig, Halle, Leinefelde, Heiligenstadt, Friedland nach Göttingen gefahren zu sein. Die Zigaretten verschenkte er unterwegs an den Lokführer und andere. Bis Leipzig fuhr er in russischer Uniform. »Dort hat die deutsche Polizei mit den Russen sie mir abgenommen. « Manfred kam in das britische Gebiet, um weiterzufahren nach Hamburg, wo die Schwester seiner Mutter, verheiratet mit einem Eisenbahner, vor einigen Jahren noch lebte. Seine Eltern bekamen in der letzten Zeit des Krieges nach Hamburg gesandte Post als unzustellbar zurück und waren ohne Nachricht über das Schicksal der Verwandten. Man ließ ihn von Göttingen aus nicht weiterreisen und überzeugte ihn, daß es besser sei in der Kinderheimat ein Unterkommen zu haben, bis die Verwandten von hier aus ermittelt wären. Das ist bisher noch nicht gelungen. Dem Jungen sind seine Erlebnisse im ganzen nicht anzumerken. Er ist bei allem sehr kindlich geblieben.

Quelle: Stadtarchiv Göttingen, Akte Jugendamt Nr. 7. Siehe Berger und Müller, a. a. O., S. 144 ff.

Quellen zum Kapitel IV

1. Protokoll über die Besprechung im Staatsministerium Oldenburg am 6. September 1945

Teilnehmer (u. a.): Oberpräsident (OP) Hagemann, Ministerpräsident Schlebusch, Ministerpräsident Tantzen, Regierungsdirektor Dr. Weißer (Braunschweig).

1. Bildung des Landes »Niedersachsen«

Tantzen (Oldenburg): Ich möchte keine Teileinheiten schaffen, für die neue Grenzen gesetzt werden. Nach Möglichkeit sollen die alten Verhältnisse bestehen bleiben. Nur eins ist klar: Das Land Preußen darf in der alten Form nicht wieder auferstehen.

Erst wenn die Zonengrenzen innerhalb Deutschlands fallen , und auch der Verkehr mit der russischen Zone möglich ist, können wir Beratungen über die Neugestaltung unseres Lebensraumes aufnehmen. Dann werde auch ich sagen, daß Niedersachsen ein Gebiet ist, das gemeinschaftlich verwaltet werden muß. Dann kann auch die Frage gelöst werden, wie es verwaltet werden soll.

Schlebusch (Braunschweig): Es ist viel über Niedersachsen in der letzten Zeit gesprochen worden. Außer der »Aktion Dobbermann«* gibt es eine Niedersachsenerklärung. Sie besagt, daß der Raum Hannover, Oldenburg und Braunschweig neu geordnet werden muß. Ich bin nicht bereit, diese Erklärung zu unterschreiben. Die Militärregierung würde die Neuordnung nicht anerkennen. Ich habe auch Bedenken wegen der russischen Zone. Wir könnten ein Beispiel geben, das dort eine Nachahmung in unerwünschter Form fände (Bildung von Sowjet-Staaten).

* Gemeint sind wohl welfische Pläne für ein enges Zusammengehen Hannovers mit Großbritannien, die selbst eine Personalunion nicht ausschlossen.

Die Militärregierung geht nach meinen Informationen von sich aus an die Lösung der zentralen Leitung innerhalb ihrer Zone heran (Verkehr, Finanzen).

Der Zeitpunkt für ein Land Niedersachsen ist noch zu früh. Das muß Hand in Hand mit einer echten Reichsreform gehen. Die ist erst möglich, wenn wir frei sind. (...)

OP.: Mit der »Aktion Dobbermann« habe ich nichts zu tun. Ich lege Wert darauf, das zu betonen; das ist Separatismus. Wenn der Plan durchgeführt würde, zerschläge man damit Deutschland. (...)

Zum Zeitpunkt der Bildung von Niedersachsen sagte Tantzen am 18. 7., es müsse erst eine zentrale Leitung in der britischen Zone da sein. Das ist nunmehr der Fall. Es ist unmöglich, mit neun selbständigen Verwaltungskörpern (vier Ländern, vier Provinzen, eine Stadt) innerhalb der britischen Zone weiterzuarbeiten. Darüber hinaus steht eine einheitliche Verwaltung für alle Zonen bevor.

Zur Frage der echten Reichsreform:

(...) Wir wollen keinen zentralistischen Staat, wie wir ihn hatten. Also bleibt nur der föderalistische Staat übrig. Die Teilgebiete müssen geistig selbständig sein. Die Kunst ist es, die richtigen Teilgebiete im Raum zwischen Rhein und Oder zu finden. Frage: Sollen im Gebiet Niedersachsen drei selbständige Länder bestehen bleiben, oder soll es ein großes Land werden mit einer Anzahl von mittleren Verwaltungsbezirken? Es handelt sich um 4,5 Millionen Einwohner und um ein zwar nicht reiches, aber wirtschaftlich gesundes Gebiet. Wir haben eine günstige Mischung von Industrie und Landwirtschaft und sind krisenfester als andere im Westen und Osten. Ich wünsche einen Zusammenschluß zum Land Niedersachsen, weil dies unserem Nutzen und dem des größeren deutschen Vaterlandes entspricht.

Ich will keinen Zusammenschluß durch Gewalt, etwa durch Diktat der Militärregierung. Das hieße nur, bestehende Spannungen zu vermehren. Ich habe mich bisher von der ganzen Angelegenheit ferngehalten, um nicht in den Verdacht zu kommen, daß ich persönlich an der Bildung von Niedersachsen interessiert sei, etwa in der Absicht, dessen Ministerpräsident zu werden.

Tantzen:

(...) Der Zeitpunkt für eine Reichsreform ist erst dann gegeben, wenn die Vertreter der einzelnen Zonen ungehindert zusammenkommen und miteinander beraten dürfen, das wird 1946 so weit sein.

Wir müssen auch auf die Meinung des Volkes Rücksicht nehmen. Meine Leute wollen jetzt noch keine gebietliche Reform. Wenn die Reichsreform kommt, dann muß auch der Verwaltungszug geregelt werden. Oben dürfen nur diese großen Richtlinien gegeben werden, nach unten müssen viele Befugnisse verlagert werden. Von unten, von der Gemeinde aus, müssen wir neu aufbauen.

Schlebusch:

(...) Die Reichsreform will jetzt niemand, weil z. Z. keine Möglichkeit zum Gedankenaustausch besteht. 1946 würde man das Volk auch noch nicht hören können. Man sollte bis zur 1. Wahl viel Zeit verstreichen lassen, um einen großen Abstand zur Nazi-Zeit zu haben. Wenn wenig Parteien bestehen, laufen wir Gefahr, daß neben den Sozialdemokraten und der KPD sich ein großes Sammelbecken bildet, in dem die Nazis untertauchen. Braunschweig muß auf Kosten Hannovers gebietlich abgerundet werden, um wirtschaftlich und finanziell gesund zu werden.

Ich schlage einen schriftlichen Gedankenaustausch über die Raumordnung und Briefe an die Militärregierung vor.

Tantzen: Es ist besser, wir einigen uns und schreiben einen Brief an die Militärregierung.

OP.: Ich halte den Zeitpunkt für wesentlich. Wir müssen ein Beispiel geben, daß wir ein einzig Volk von Brüdern sind.

Schlebusch: Das jetzige Land Braunschweig ist nicht lebensfähig, weil es zu zerklüftet ist.

OP.: Wir dürfen nicht das einzelne Land im Auge haben, sondern müssen vom Gesamtgebiet Niedersachsen ausgehen.

Schlebusch: Ich denke an eine Gliederung des Gebietes Niedersachsen in Form von drei Verwaltungsbezirken:

1. eine Küstenprovinz, d. h. Oldenburg mit dem Lande westlich davon bis zur holländischen Grenze;
2. ein abgerundetes Gebiet Braunschweig einschl. Reg. Bezirk Hildesheim und Kreis Gifhorn;
3. das durch Abgabe der Gebiet zu 1. und 2. verkleinerte Hannover.

Tantzen: Dann hätten Oldenburg und Braunschweig je eine Million Menschen und Hannover 2,5 Millionen. Die hannoverschen Reg. Bezirke müßten geändert werden.

OP.: Ich halte es nicht für richtig, die Sache vom oldenburgischen Standpunkt oder vom hannoverschen Standpunkt aus zu betrachten, und ich wiederhole, wir müssen das ganze Gebiet Niedersachsen im Auge behalten. Als Preußen noch bestand, waren Bestrebungen im Gange, entweder die Instanz Oberpräsident oder Regierungspräsident fallen zu lassen. Jetzt besteht Preußen aber nicht mehr, und damit ist diese Frage hinfällig geworden. Die Provinz Hannover ist nicht zu groß, als daß sie ihr Gebiet nicht verwalten könnte.

Die Frage ist allein: Aus wieviel Teilen soll das Gebiet Niedersachsen bestehen? Ich gehe von acht Bezirken aus (sechs Reg. Bezirke und zwei Länderbezirke). Ihre Abgrenzung wird später erfolgen. Vielleicht kommt man dann auf weniger als acht, aber mehr als drei.

Schlebusch: Ich nur drei, nämlich Braunschweig, Oldenburg und Klein-Hannover.

Weißer: Die Frage der Gliederung des Raumes Niedersachsens ist abhängig davon, ob eine Zonenregierung besteht oder ob Deutschland zentral verwaltet wird.

Ich bin gegen das Argument, daß es auch diesmal nichts mit der Reichsreform würde, wenn man nicht den revolutionären Schwung der Gegenwart ausnutzt. Wir wollen keine Reichsreform von fremden Gnaden, man kann aber provisorische Maßnahmen treffen, ohne der zukünftigen Gliederung vorzugreifen. Die Übelstände des täglichen Lebens müssen beseitigt werden.

Niedersachsen wäre innerhalb einer britischen Zonenregierung zu groß, Oldenburg und Braunschweig aber auch während einer Zonenregierung zu klein. Ich schlage eine Art Zweckverband Niedersachsen vor, zu dem sich die Provinz Hannover und die beiden Länder zusammenschließen sollen.

Tantzen: Ich rege an, daß der OP uns eine vertrauliche Denkschrift über seine Gedanken zur Organisation des Landes Niedersachsen zuleitet.

OP.: Wir unterscheiden uns in folgenden Punkten: Oldenburg will Niedersachsen erst in einem halben bis zu einem Jahr gründen, ich sofort; Schlebusch will drei Bezirke, ich mehr, bis höchstens acht. Weißer will provisorische Regelung, ich eine definitive.

Die Unterschiede sind nicht groß; die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses wird von allen gefühlt. (...)

Wir wollen schriftlich fixieren, wie Niedersachsen aussehen soll, wie es territorial gegliedert und wie seine Demokratie sein soll. Es muß eine Verfassung des Landes Niedersachsen entworfen werden. Dabei muß auch genau der Verwaltungsaufbau und die Befugnisverteilung beschrieben werden.

Quelle: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Berlin o. J., Bd. 24, S. 148 ff. (Nr. 3674a)

2. Schreibendes britischen Brigadegenerals Lingham an den stellv. Oberpräsidenten von Hannover und die Ministerpräsidenten in Oldenburg und Braunschweig

229/MilGov/40/2

17. September 1945

Betrifft: Zentrale Leitung der Deutschen Verwaltung des Gebietes Hannover.

1. Die Provinz Hannover und die Länder Oldenburg und Braunschweig werden für Zwecke der Mil[itär] Reg[ierung] zusammengefaßt. Diese Zusammenfassung wird der Einfachheit halber als Gebiet Hannover bezeichnet. Keinerlei politische Bedeutung ist dieser Zusammenfassung beizumessen, sie ist einzig für Zwecke der Mil.Reg. Verwaltung hergestellt.

2. Die einzelnen deutschen Verwaltungen dieser beiden Länder und der Provinz verursachen Verzögerungen und in einigen Fällen mangelhafte Geschäftsführung innerhalb des Mil. Reg. Gebietes (als oben festgelegt). Deshalb rufe ich Sie als die drei Spitzen der deutschen Verwaltungen dieses Gebietes auf, zusammenzukommen und sich über Vorschläge, die mir unterbreitet werden sollen, zu einigen, die:

a) schnelle und jederzeit greifbare Möglichkeiten darstellen, Ihre diesbezüglichen Ansichten der Mil. Reg. dieses Gebietes zu unterbreiten und Anweisungen von dieser zu erhalten.

b) zur gleichen Zeit zu Ihrer gemeinschaftlichen Genugtuung die traditionellen Rechte Ihrer Provinz oder Länder sicherstellt.

3. Als einem Offizier der Militär-Regierung ist Inhalt von Absatz a) von primärer Bedeutung. Ich möchte jedoch annehmen, daß auch Sie ihn als wichtig ansehen, zumal es auch vom Standpunkt des deutschen Volkes aus gesehen sicherlich wünschenswert ist, besonders im Hinblick auf den kommenden Winter, daß seine Verwaltung gleichgültig, woher sie kommt, die leistungsfähigste ist, die man einrichten kann. Soweit es Absatz b) betrifft, muß ich als Beteiligter voraussetzen, daß die Wirksamkeit der Mil. Reg. nicht beeinträchtigt wird.

4. Um das Ziel lt. Absatz a) zu erreichen halte ich es für wünschenswert, daß die Länder Oldenburg und Braunschweig je eine Behörde mit wenig Personal in Hannover, dem Sitz der Mil. Reg. dieses Gebietes einrichten, in dem der leitende deutsche Beamte jeder Behörde der Verbindungsbeamte oder Bevollmächtigte des Ministers des betreffenden Landes ist.

Ich habe Ihnen die obigen Möglichkeiten gezeigt als ein Beispiel für das, was getan werden könnte. Nichtsdestoweniger wünsche ich, daß Sie sich frei genug fühlen, um Vorschläge, die Sie als gut befinden, einzureichen. (...)

gez. Lingham
Brigadier

Quelle: Ursachen und Folgen. ..., Bd. 24, S. 154 (Nr. 3674 b)

3. Vorgeschlagener Staatsvertrag der Länder Hannover, Oldenburg und Braunschweig über die Wahrnehmung der Reichsaufgaben in diesen Ländern

Hannover, den 28. September 1945

§ 1.

Die Reichsaufgaben in den drei Ländern werden durch ein gemeinschaftliches Ministerium (Gemeinschaftsministerium) wahrgenommen. Seine Zuständigkeit erstreckt sich auf das gemeinschaftliche Gebiet (Gemeinschaftsgebiet) der drei Länder.

§ 2.

Reichsaufgaben im Sinne dieses Vertrages sind alle Regierungsgeschäfte (Gesetze, Verordnungen, Erlasse, Genehmigungen und Entscheidungen), für welche nach Reichsrecht die Zuständigkeit der Reichsregierung oder von Reichsministern oder des früheren Führers und Reichskanzlers gegeben ist.

§ 3.

Das Gemeinschaftsministerium hat die besondere Aufgabe und Befugnis, die Verwaltung des Gemeinschaftsgebietes in allen Zweigen, insbesondere auch im Bereich der Sonderverwaltungen im Sinne einer zweckmäßigen, wirtschaftlichen und einfachen Gestaltung sowohl sachlich wie regional zu ordnen; dabei sind die Eigenart und die Wünsche der Bevölkerung der Länder zu berücksichtigen.

§ 4.

Die Rechtsgültigkeit von Regierungsgeschäften kann nicht deshalb angefochten werden, weil die Zuständigkeit nach diesem Vertrage gewechselt hat.

§ 5.

Das Gemeinschaftsministerium führt die Bezeichnung: »Länderregierung für Reichsaufgaben in Niedersachsen«. Es besteht aus dem Ministerpräsidenten und zwei Ministern. Ministerpräsident ist der jeweilige Landespräsident von Hannover, Minister sind die jeweiligen Ministerpräsidenten von Oldenburg und Braunschweig.

Der Ministerpräsident führt den Vorsitz, im übrigen haben die Minister gleiche Rechte.

Das Gemeinschaftsministerium hat seinen Sitz in Hannover; es führt ein Siegel mit den vereinigten Wappen der drei Länder.

§ 6.

Das Gemeinschaftsministerium führt die Regierungsgeschäfte und faßt seine Beschlüsse (Erlaß von Gesetzen, Verordnungen, Anweisungen, Ersuchen, Entscheidungen) gemeinschaftlich.

Seine Beschlüsse werden in gemeinschaftlichen Angelegenheiten vom Ministerpräsidenten, in Sonderangelegenheiten der Länder Oldenburg oder Braunschweig von dem Landesminister gezeichnet.

Sonderangelegenheiten eines Landes sind die Angelegenheiten, die lediglich die Bewohner oder das Gebiet dieses Landes oder die Behörden und Dienststellen, die in diesem Land ihren Sitz haben, betreffen.

§ 7.

Die Beschlüsse des Gemeinschaftsministeriums werden einstimmig gefaßt. Ist Einstimmigkeit nicht zu erzielen, so kann jeder Minister im Rahmen und auf Grund der bisherigen Rechtslage und Zuständigkeit selbständig Beschluß fassen; dieser Beschluß ist durch das Gemeinschaftsministerium auszuführen.

§ 8.

Jeder Minister kann sich als solcher ständig oder im Einzelfall durch Bevollmächtigte, die für ihn zu zeichnen befugt sind, vertreten lassen.

§ 9

Die Angelegenheiten des Gemeinschaftsministeriums werden in der Gemeinschaftskanzlei bearbeitet.

Jeder Minister ist befugt, von jeder Behörde und Dienststelle im Gemeinschaftsgebiet durch die Gemeinschaftskanzlei Auskünfte und Berichte zu erfordern.

Die Kosten des Gemeinschaftsministeriums und der Gemeinschaftskanzlei werden von den Ländern nach Verhältnis ihrer auf volle 100000 nach oben oder unten abgerundeten Einwohnerzahlen getragen.

§ 10.

Zur Durchführung seiner Beschlüsse bedient sich das Gemeinschaftsministerium der in den Ländern vorhandenen Behörden und Dienststellen, in deren Zuständigkeit, Geschäftsverteilung und Bezeichnung sich durch diesen Vertrag nichts ändert.

§ 11.

Die Behörden und Dienststellen des Reiches und der Länder, die ihren Sitz im Gemeinschaftsgebiet haben, haben den Anordnungen des Gemeinschaftsministeriums Folge zu leisten.

§ 12.

Für das Gemeinschaftsgebiet wird ein gemeinschaftliches Verkündigungsblatt mit der Bezeichnung Amtsblatt für die Länder Niedersachsens geschaffen. In diesem Blatt werden alle Anordnungen des Gemeinschaftsministeriums und der Länderregierungen, deren Bekanntmachung im Gemeinschaftsgebiet oder in Teilen davon vorgeschrieben ist, veröffentlicht. Sie werden, soweit nichts anderes bestimmt ist, zwei Wochen nach dem Tage der Ausgabe des Amtsblattes wirksam.

§ 13.

Im Sinne dieses Vertrages sind

1. Länder: das infolge der Auflösung Preußens Gebietskörperschaft gewordene Gebiet Hannover und die Länder Oldenburg und Braunschweig;

2. Länderregierungen: der Landespräsident von Hannover und die Staatsministerien von Oldenburg und Braunschweig.

Dieser Vertrag tritt mit dem Tage der Genehmigung durch die Militärregierung in Kraft. Seine Ausführung erfolgt durch das Gemeinschaftsministerium. Dieses kann durch einstimmigen Beschluß Vorschriften zur Ausführung und Ergänzung des Vertrages erlassen.

Der Vertrag kann jederzeit von jedem Land mit Frist von einem Jahr zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden.

Im Namen der Länder:

Hannover
Kopf

Oldenburg
Tantzen

Braunschweig
Schlebusch

Quelle: Ursachen und Folgen, Bd. 24, S. 158 ff (Nr. 3674e).

4. Anordnung der britischen Militärregierung betr. den Staatsvertrag zwischen Hannover, Oldenburg und Braunschweig

Hannover, den 22. Oktober 1945

Eilt!

Die Militärregierung hat, statt den Staatsvertrag vom 28. 9. d. Js. zu genehmigen, die Bildung eines Gemeinschaftsrates angeordnet, der durch die Hand seines Vorsitzenden (Oberpräsidenten) Anordnungen der Militärregierung für die drei Länder entgegennehmen und für sie Gesuche einreichen soll. Materiell sind dadurch Oldenburg und Braunschweig aktiv und passiv vom direkten Verkehr mit der Militärregierung Hannover ausgeschaltet; aller Verkehr mit der Militärregierung Hannover läuft über den Oberpräsidenten Hannover.

Da der Staatsvertrag nicht genehmigt ist, ist er unwirksam geblieben. Tatsächlich ist meines Erachtens aber, wenn die drei Länder sich darüber einig sind, ihn durchzuführen, die Möglichkeit gegeben, zwar ohne rechtliche Bindung (die wegen jederzeitiger Kündbarkeit ohnehin nicht stark war) die Reichsaufgaben und sonstigen Zuständigkeiten durch den Gemeinschaftsrat ausüben zu lassen und die im Staatsvertrag vorgesehene Regelung im gemeinschaftlichen Zusammenwirken von Fall zu Fall, aber auch allgemein zur Durchführung zu bringen. Die Möglichkeit bietet sich dadurch, daß die Ministerpräsidenten der Länder Oldenburg und Braunschweig nach der Anordnung der Militärregierung Delegierte in Hannover bestellen können, die ihre Befugnisse wahrnehmen können. Danach wird es möglich sein, daß die beiden Ministerpräsidenten auch den Oberpräsidenten und der Oberpräsident die beiden Ministerpräsidenten mit Vollmacht entsprechend § 6 des Staatsvertrages versieht.

Dr. Seelmann-Eggebert*

* Geheimer Justizrat, Leiter der zu errichtenden Gebietskanzlei
Quelle: Ursachen und Folgen . . . , Bd. 24, S. 161 (Nr. 3674 f.)

5. Schreiben des Oberpräsidenten Kopf an die Militärregierung

Gebietsrat Hannover-Oldenburg-Braunschweig-Bremen Kr. 2/46

Hannover, den 22. Dezember 1945.

Der Militärregierung zeige ich hiermit an, daß die Freie Hansestadt Bremen in den Gebietsrat Hannover-Oldenburg-Braunschweig eingetreten ist.

Der Gebietsrat bittet die Militärregierung, nunmehr die Bezeichnung »Gebietsrat Niedersachsen« führen zu dürfen. Da nach dem Beitritt von Bremen der wesentliche Teil des Gebietes Niedersachsen im Gebietsrat zusammengeschlossen ist, bringt die Bezeichnung am kürzesten und einprägsamsten das umfaßte Gebiet zum Ausdruck. Auch englische Militärbehörden führen die Bezeichnung »Niedersachsen«, z. B. »Niedersachsen Food Team«.

Für den Fall, daß die Militärregierung diesem Antrage nicht zustimmen sollte, wird die Bezeichnung »Gebietsrat Region Hannover« vorgeschlagen und um Genehmigung zur Führung dieser Bezeichnung gebeten. Ich darf mir dazu den Hinweis gestatten, daß über Umfang und Bedeutung der Region Hannover in den weiteren Kreisen der Bevölkerung keine klare Vorstellung besteht und Mißverständnisse bei der Wahl dieser Bezeichnung nicht ausbleiben werden, während die Bezeichnung »Niedersachsen« eingebürgert und allen Kreisen vertraut ist und ihre Erstreckung auf das Gesamtgebiet des Gebietsrats überall begrüßt werden wird.

Entsprechend den vorstehenden Anträgen würde die bisherige »Gebietskanzlei Hannover-Oldenburg-Braunschweig« in Zukunft den Namen »Gebietskanzlei Niedersachsen« bzw. Gebietskanzlei »Region Hannover« führen.

gez. Kopf

Quelle: Ursachen und Folgen. . ., Bd. 24, S. 163 Nr. 3674 i.

6. Verordnung Nr. 46 der Militärregierung über die Auflösung der Provinzen des ehemaligen Landes Preußen in der britischen Zone und ihre Neubildung als selbständige Länder

[23. August 1946]

Zur Durchführung der Neubildung von Ländern aus den in der Britischen Zone liegenden ehemaligen preußischen Gebieten wird hiermit folgendes verordnet:

Artikel I

1. Ohne die Möglichkeit einer späteren Neugliederung auszuschließen, werden die Provinzen des Landes Preußen oder Teile davon in der Britischen Zone (in der Verordnung die »Provinzen« genannt) - aufgeführt in Teil I des Anhangs zu dieser Verordnung - hiermit als solche aufgelöst und erhalten vorläufig die staatsrechtliche Stellung von Ländern. Sie führen in Zukunft die Namen, wie sie in Teil II des genannten Anhangs aufgeführt sind.

Artikel II

2. Vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung an führen die Oberpräsidenten der Provinzen die Amtsbezeichnung »Ministerpräsidenten«.

3. Sämtliche Beamten oder Angestellten der Provinzen bleiben vorläufig in ihren derzeitigen Ämtern oder Stellungen.

Artikel III

4. Gesetzliche Bestimmungen zur Durchführung von Änderungen auf dem Gebiete der Behörden- und Amtsbezeichnungen, der Verwaltung, der Finanzen und sonstiger Art, soweit sie aus Gründen der Erhebung der Provinzen zu Ländern notwendig oder wünschenswert sind, werden von der Militärregierung oder von den zuständigen deutschen Behörden mit Genehmigung der Militärregierung verkündet.

Artikel IV

5. Mit Ausnahme der Änderungen, die durch spätere von der Militärregierung oder mit deren Genehmigung gemäß Artikel 111 oder in anderer Weise verkündete Gesetze bestimmt werden, soll die Erhebung der Provinzen zu Ländern nicht berühren:

a) die Vollmachten, Pflichten, Rechte oder Verantwortlichen der Regierungs-, Verwaltungs- oder anderer Behörden oder der Beamten oder Angestellten, die bei einer Behörde tätig sind; oder

b) die Gültigkeit von Gesetzen, Verordnungen, Vorschriften, Anordnungen oder anderen Bestimmungen, die in den Provinzen am Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung in Kraft sind und nicht im Gegensatz zu den Bestimmungen dieser Verordnung stehen.

Artikel V

Diese Verordnung ist mit Wirkung vom 23. August 1946 in Kraft getreten.

b) Anhang zur Verordnung Nr. 46 vom 23. August 1945 Teil I

1. Provinz Schleswig-Holstein,
2. Provinz Hannover,
3. Provinz Westfalen,
4. die Regierungsbezirke von Aachen, Düsseldorf und Köln in der Rheinprovinz.

Teil II

1. Land Schleswig-Holstein,
2. Land Hannover,
3. Land Nordrhein/Westfalen, bestehend aus den unter Nr. 3 und 4, Teil 1, aufgeführten Gebieten

Quelle: Ursachen und Folgen...Bd. 24, S. 192 f. (Nr. 3679)

7. Ansprache des stellvertretenden Oberbefehlshabers der britischen Zone, Generalleutnant Sir Brian H. Robertson, anlässlich der Eröffnung des Landtags zu Hannover am 23. August 1946

General Macready, der Gebietsbevollmächtigte für die Region Hannover, ist leider verhindert, heute anwesend zu sein. Er hat mich gebeten, ihn zu vertreten. Ich bin sehr erfreut, an einer solch wichtigen Angelegenheit teilzunehmen.

1. Wir unternehmen heute einen weiteren Schritt in dem ordnungsgemäßen Prozeß, deutsche repräsentative Körperschaften zu errichten, welche für die örtliche Regelung nach demokratischen Richtlinien verantwortlich sind. (...)

3. Wir befinden uns in einer Übergangszeit der Neuerrichtung des politischen Lebens und der Demokratie in Deutschland. Lassen Sie sich bitte nicht durch einen gewissen Mangel an Klarheit der Lage erschrecken, insbesondere nicht hinsichtlich ihrer Funktion, weder als Einzelperson noch auch in der Gesamtheit. Als wir erstmalig unsere Zone von Deutschland besetzten, haben wir die Zügel der Verwaltung fest in unsere eigenen Hände genommen, Dies war aus den Ihnen wohlbekannten Gründen notwendig. Seitdem haben wir die Verantwortung ständig auf die örtlichen deutschen Verwaltungen übergeleitet. Dieser Vorgang hält noch an und ist noch nicht abgeschlossen; im Gegenteil, wir sehen die Notwendigkeit ein, das ganze System der Organisation und Verwaltung unserer Zone neuzugestalten. Wir studieren dieses Problem mit großer Sorgfalt. Wir haben die Ansicht unseres Beratungsrates für die Zone darüber eingeholt. Das Problem ist sehr kompliziert, seine Lösung wird mit großer Sorgfalt erstrebt. Wir hoffen, die Planung sehr bald zu einem Abschluß zu bringen; es ist unsere Absicht, die Neueinrichtung sobald als möglich, und zwar noch vor den Wahlen, in Kraft zu setzen. Diese Neueinrichtung wird nicht nur eine geographische Umgestaltung der Zone enthalten, sondern eine Änderung in der Verteilung der Regierungsgewalt in den verschiedenen Instanzen umfassen. Ich will dem Ergebnis nicht vorgreifen, glaube aber sagen zu dürfen, daß es sich auf den Grundsätzen der Dezentralisation der Regierungsgewalt, der Festigung des Ansehens und des Status der Länder und einer möglichst starken Verminderung derjenigen Aufgaben aufbauen wird, die dem Einfluß der Verwaltung durch die Länder bisher entzogen waren. (...)

9. Heute ist ein Jahrestag. Es ist der Jahrestag des Prager Friedens, in dem das Königreich Hannover in das Land Preußen eingegliedert wurde. Die Regierung des Landes Preußen besteht heute als solche nicht mehr. Wir sind der Meinung, daß die Zeit nunmehr gekommen ist, nicht mehr von einer »Provinz« Hannover zu sprechen, sondern Ihrer Verwaltung den Namen und die staatsrechtliche Stellung eines »Landes« zu geben. Eine Verordnung, die diese Neuordnung ab heute in Kraft setzt, wird in Kürze veröffentlicht werden. Ich glaube, daß die Hannoveraner dieser Veränderung aus vollem Herzen zustimmen werden.

10. Meine Damen und Herren, große Verantwortung lastet auf Ihnen. Die Schwierigkeiten der Lage sind außerordentlich. Ihre Kraft, diese Schwierigkeiten zu überwinden, ist begrenzt, aber trotz dieser Begrenzung gibt es viel, was Sie tun können. Sofern Sie sich unter der Führung Ihres fähigen Ministerpräsidenten, Herrn Kopf, den vorliegenden dringlichen Aufgaben zuwenden, werden Sie sich nicht nur die Dankbarkeit Ihres eigenen Volkes versichern, sondern auch erkennbar machen, daß eine Erweiterung der Machtbefugnisse der Landesverwaltung gerechtfertigt ist.

11. Indem ich Ihnen guten Erfolg für Ihre Bemühungen wünsche, rufe ich Sie auf, die Aufgaben der Regierung im Landtag Hannover zu übernehmen.

Quelle: Ursachen und Folgen, Bd. 24, S. 194 ff. (Nr. 3680 a)

8. Erwidernng des Ministerpräsidenten Kopf vom 23. August 1946

Ich danke dem Herrn General Robertson, daß er trotz seiner Inanspruchnahme nach Hannover gekommen ist, um den Landtag selbst zu eröffnen. Durch seine persönliche Anwesenheit wird die Bedeutung dieses für unsere Heimat im wahrsten Sinne des Wortes historischen Tages noch besonders unterstrichen. Von seinen inhaltsschweren Erklärungen nahmen wir mit Dank Kenntnis.

Für uns ist der heutige Tag nicht nur deshalb so denkwürdig, weil nach einem zwölfjährigen autoritären Regime endlich das Volk wieder anfangen darf, seine Geschicke selbst mitzubestimmen, sondern besonders deshalb, weil wir heute erfahren, daß Hannover wieder ein Land geworden ist. Herr General Robertson hat auf die Tatsache hingewiesen, daß gerade heute vor 80 Jahren Hannover im Prager Frieden seine Selbständigkeit verlor. Preußen besteht nicht mehr. Hannover ist wieder ein Land.

Angesichts dieser Tatsache halte ich es für meine Pflicht, der Öffentlichkeit folgendes historische Dokument bekanntzugeben:

Beschluß der Verbände des Landes Hannover

Hannover, den 31. Oktober 1945

Der preußische Staatsverband besteht nicht mehr. Die bisherige Provinz Hannover ist für ihren Bereich Träger der Staatshoheit geworden. Hannover ist nunmehr ein Land des Deutschen Reiches.

In einmütigem Entschluß aller sie repräsentierenden Verbände tritt die Bevölkerung des Landes Hannover auf den Boden dieser Tatsache. Sie erwartet von ihren Vertretern die alsbaldige Inangriffnahme einer demokratischen Neuordnung. Die Regierung und Verwaltung des Landes führt der Oberpräsident als Landespräsident.

Für die politischen Parteien:

Dr. Schumacher (Sozialdemokraten), Frank Henkel (Demokratische Union), Kurt Müller (Kommunisten), Dr. Pfad (Christlich-demokratische Partei), Karl Biester (Niedersächsische Landespartei).

Für die Berufsstände:

Richard Uhlemeyer (Handwerk), Albin Karl (Gewerkschaften), v. Reden (Landwirtschaft), Franz Henkel (Industrie und Handel), Dr. Machens (Tierärztekammer), Dr. Wrangemann (Apothekerkammer), Dr. Sievers (Ärztekammer), Dr. Arthur Müller (Anwaltskammer).

Für die Kirchen:

D. Marahrens (Evangelisch-lutherischer Landesbischof), Dr. Machens (Bischof von Hildesheim), Dr. Berning (Bischof von Osnabrück), Horn (Kirchenpräsident der evangelischreformierten Landeskirche).

Für die Universitäten:

Smend (Georg-August-Universität Göttingen), Gumbrecht (Bergakademie Clausthal), Trautmann (Tierärztliche Hochschule Hannover), Dr. Müller (Technische Hochschule Hannover).

Dieses Dokument wurde am 6. November 1945 Herrn General Lingham überreicht, der versprach, daß die Militärregierung sich der Sache annehmen würde.

Die Geschicke des Landes Hannover sollen in Zukunft durch sein Parlament mitbestimmt werden. Dieses Parlament ist in seiner jetzigen Form erst nach Auflösung des Landes Preußen möglich geworden. Preußen war der Verfechter eines Zentralismus, der zum Feind der Demokratie wurde und mit zur Diktatur führte. Für uns folgt daraus die Verpflichtung, eine in der Tiefe verwurzelte Demokratie zu schaffen, die nicht unter den Schwächen einer zentralistischen Formaldemokratie leidet. Aufbau von unten nach oben ist ein Gebot politischer Vernunft.

Mit der Einsetzung des Landtages konnte auch eine Landesregierung als demokratisches Organ gebildet werden. Damit ist ein wichtiger Schritt zur Entwicklung demokratischer Regierungsorgane getan. Diese Entwicklung ist abgeschlossen, sobald an die Stelle ernannter Organe gewählte Organe getreten sind. Im Augenblick des Zusammenbruchs fand die Militär-Regierung keine deutschen Stellen vor, die geeignet waren, zum Kristallisationspunkt einer neuen, selbständigen Regierungsorganisation zu werden. Jetzt bilden sich solche Organe, die, wie wir hoffen, der Militär-Regierung mehr und mehr die Regierungsaufgaben in eigener deutscher Verantwortlichkeit abnehmen werden.

(...)

Quelle: Ursachen und Folgen...,Bd.24,S.197ff.(Nr.3680b) und a.a.O., S. 161 f. (Nr. 3674 g; Beschluß der Verbände des Landes Hannover).

9. Gutachten Kopf [vom 6. 9. 1946]

(...)

Organische Neugliederung der britischen Zone: 3 Länder- und 2 Stadtstaaten

Das deutsche Volk - besorgt um die Erhaltung der Einheit Deutschlands und gewillt, seinen Beitrag zum Neubau Europas und zur friedlichen Zusammenarbeit aller Völker zu leisten - erstrebt eine Grundlage seines politischen Lebens in einem gut ausgewogenen Bundesstaat. Dieser Bund soll unter Vermeidung jedes ungesunden Zentralismus und jeder unnötigen Zersplitterung aufgebaut sein aus organisch gewachsenen und stammesmäßig wie landschaftlich in sich geschlossenen Ländern.

Angesichts der Zonengrenzen und des Fehlens einer Reichsregierung kann freilich in der Gegenwart eine endgültige Neugliederung der deutschen Länder noch nicht erreicht werden. Aber die jetzige Lösung soll so gestaltet werden, daß sie einer späteren Entscheidung den Weg nicht verlegt, vielmehr nach Möglichkeit schon jetzt die Grundlagen für eine dauerhafte Regelung schafft.

1. Die britische Besatzungszone wird in 3 Länder gegliedert.

- a) Nordrhein-Westfalen
- b) Niedersachsen
- c) Schleswig-Holstein

außerdem verbleibt Hamburg und Bremen im Hinblick auf ihre für ganz Deutschland wichtige Aufgabe in Außenhandel und Schifffahrt ihre Stellung als Stadtstaat.

2. Die Grenzen der Nord-Rheinprovinz und Westfalens, Schleswig-Holsteins, Hamburgs und Bremens bleiben die bisherigen. Lediglich die Frage, ob mit Lippe-Deumold auch der Bezirk Minden-Ravensberg und der Kreis Tecklenburg in das Land Niedersachsen eingegliedert werden sollen, bleibt offen, bis in etwa 2 Jahren unter Berücksichtigung des durch eine Volksabstimmung ermittelten Wunsches der Bevölkerung eine endgültige Entscheidung getroffen wird. Das Land Niedersachsen umfaßt neben dem Gebiet des Landes Hannover die Länder Oldenburg, Braunschweig, Lippe-Deumold und Schaumburg-Lippe. Bremen jedoch bleibt selbständiger Stadtstaat.

3. Dem Reich sind nur die Sachgebiete vorbehalten, deren einheitliche Regelung für die nationale Einheit und das wirtschaftliche Leben unentbehrlich ist. Auch in diesen Bereichen hat es grundsätzlich nur die Gesetzgebung, die Verwaltung dagegen obliegt hier ebenso wie bei der Ausführung aller anderen Reichsaufgaben den Ländern. Sonderverwaltungen des Reiches bleiben nur für Eisenbahn und Post bestehen.

4. Die Ausgestaltung ihrer Verfassung ist Sache der Länder, doch ist in den Grundlinien eines demokratischen Staatsaufbaus Übereinstimmung zu wahren. In jedem

Landes soll ein unmittelbar gewähltes Parlament bestehen, dem die Wahl und Kontrolle der Landesregierung obliegt.

5. Der Aufbau der Landesverwaltung bleibt den Ländern überlassen. Er soll einfach, übersichtlich, einheitlich und sparsam sein.

Die Aufgaben der Verwaltung sind weitgehend Kreisen und Gemeinden zur selbständigen Entscheidung in ihrem einheitlich gestalteten kommunalen Wirkungskreis zu überlassen. Die Bildung von Zweckverbänden steht den Selbstverwaltungskörperschaften frei.

Über die Beibehaltung einer mittleren Verwaltungsstufe zwischen Land und Kreis (bisher Regierungspräsident) und ihre Form bestimmt jedes Land nach seinen besonderen Verhältnissen.

Die Unterzeichner des Vorschlags sind überzeugt, daß seine Grundsätze den berechtigten Interessen aller Bevölkerungsteile Rechnung tragen. Alle weitergehenden Sonderwünsche und Rücksichten, seien sie auch traditionsmäßig begründet, müssen zurücktreten. Der Aufbau eines demokratischen Deutschlands verlangt eine Lösung, die räumlich, wirtschaftlich und stammesmäßig gut begründet ist, die den geschichtlichen Notwendigkeiten gerecht wird, und von der man die Überzeugung haben kann, daß sie sich in einer näheren und fernerer Zukunft auch wirklich bewähren wird.

gez. Ulrich Scheuner

Ernst Friesenhahn

Kopf

Grimme

Wilkens

Heile

Naujoks

Dr. Otto

Hellwege

10. Gutachten Tantzen (o. D.) und Zusatzgutachten Kubel (vom 6. 9. 1946)

1

(...)

1. Eine endgültige Gestaltung der deutschen Landesgrenzen kann erst erfolgen nach Festlegung der deutschen Grenzen und nach Wiederherstellung der deutschen Reichsregierung.

2. Die Zusammenlegung von Nord-Rheinland und Westfalen zu einem Großland scheint aus besonderen politischen Gründen notwendig gewesen zu sein. Vom staatsrechtlichen oder verwaltungsmäßigen Standpunkt aus gibt es keine durchschlagende Begründung für die Bildung eines solchen Verwaltungsraumes. Die Schwierigkeiten der Schaffung einer brauchbaren Verwaltungsorganisation in diesem anormal großen Gebiet werden so groß sein, daß nach Wegfall der für den Zusammenschluß z. Z. bestehenden Gründe dieses Gebiet sich in mittelgroße Länder auflösen wird.

Es wäre ein schwerer Fehler, diese sachlich unerwünschte Länderform zu verallgemeinern und auf die ganze britische Zone, damit aber auch folgerichtig demnächst auf ganz Deutschland auszudehnen. Das würde einen vierstufigen Verwaltungsaufbau (Kreis, Regierungsbezirk, Land, Reich) für das Reich mit großen Verwaltungs- und Verfassungsschwierigkeiten zur Folge haben.

3. Ein vernünftiger Neuaufbau Deutschlands muß auf der Grundlage mittlerer Länder erfolgen. Länder, wie Thüringen, Sachsen, Baden, Württemberg haben auf allen Gebieten Gutes geleistet. Nur in Ländern dieser Größe läßt sich erreichen:

- a) die Bildung übersichtlicher und einfach gegliederter Verwaltungsbezirke (Länder) ohne Mittelinstanzen,
- b) die Übereinstimmung der Verwaltungsbezirke der Reichssonderverwaltungen (Eisenbahndirektion, Oberpostdirektion usw.) mit den Ländergrenzen,
- c) die Eingliederung überflüssiger Reichssonderverwaltungen in die Länderverwaltungen,
- d) die Schaffung eines billigen Verwaltungsaufbaus,
- e) die einheitliche Kontrolle der Verwaltung in allen Stufen durch gewählte Vertretungen des Volkes,
- f) der beste Schutz gegen Zentralisationsbestrebungen.

4. Bei der Aufteilung des Reiches in Länder müssen die alten Stadtstaaten Hamburg und Bremen unberührt bleiben. Ihre bisherige wirtschaftliche Entwicklung und Stärke beruhen zum großen Teil auf ihrer staatsrechtlichen Eigenart. Sie sind reichsunmittelbare Städte. Diese Struktur muß erhalten bleiben, damit sie sich ganz der Erfüllung ihrer besonderen Aufgaben im Interesse des Reiches widmen können.

(...)

Auf Grund dieser Erwägungen wird die Bildung folgender Länder vorgeschlagen, wobei Nordrhein-Westfalen und die Stadtstaaten Hamburg und Bremen aus den(...) angeführten Gründen außer Betracht gelassen sind:

1. Land Schleswig-Holstein, umfassend die Provinz Schleswig-Holstein (...)
2. Land Weser-Ems, umfassend den Freistaat Oldenburg, die Regierungsbezirke Aurich und Osnabrück, Stadtkreis Wesermünde, Landkreis Osterholz-Scharmbeck, die alten Landkreise Syke und Diepholz, die braunschweigische Enklave T[h]edinghausen (...)
3. Land Hannover, umfassend die Provinz Hannover ohne die Regierungsbezirke Aurich, Osnabrück und Hildesheim und ohne den Landkreis Gifhorn - einschließlich der westfälischen Landkreise Minden und Lübbecke und einschließlich Schaumburg-Lippe (...)
4. Land Braunschweig, bestehend aus dem Land Braunschweig, einschließlich des hannoverschen Regierungsbezirks Hildesheim und des hann. Landkreises Gifhorn

(...)

(Zusatzgutachten Kubel vom 6. 9. 1946)

Die Unterzeichneten schließen sich den im Vorschlag Oldenburg aufgestellten Grundsätzen, daß das zukünftige Deutsche Reich ein Bundesstaat aus Ländern mittlerer Größe mit einem Verwaltungsaufbau im Dreiinstanzenzug (Kreis, Land, Reich) sein soll, in vollem Umfang an. Wenn die Kontrollkommission jedoch der Auffassung sein sollte, daß durch die Bildung des Großlandes Rheinland-Westfalen in der britischen Zone und der Länder Bayern, Württemberg-Baden, Groß-Hessen und Rheinland-Pfalz in der amerikanischen und französischen Zone Tatsachen geschaffen sind, die für den Restteil der britischen Zone mittelgroße Länder z. Z. nicht als zweckmäßig erscheinen lassen, wird nachstehender Sondervorschlag überreicht:

1. Die britische Zone wird in zwei Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Niederdeutschland aufgeteilt.
2. Das Bundesland Rheinland-Westfalen entspricht dem jetzigen Land, das unter Wegfall der Regierungsbezirke in verschiedene noch festzulegende Länder zerlegt wird.

3. Das Bundesland Niederdeutschland besteht aus den im Vorschlag Oldenburg vorgesehenen vier Ländern, Schleswig-Holstein, Weser-Erns, Hannover und Braunschweig sowie den mit Länderbefugnissen ausgestatteten freien Städten Hamburg und Bremen.
4. Die Aufgaben der Länder liegen in der Durchführung der Verwaltung (Exekutive) und der Gesetzgebung auf bestimmten, im einzelnen noch festzulegenden Gebieten (z. B. Innere Verwaltung, Kultur, Fürsorge).

Quelle: Akten zur Vorgeschichte (1), S. 832 ff.

11. Rede des stellvertretenden Militärgouverneurs, Generalleutnant Sir Brian H. Robertson, im Zonenbeirat in Hamburg am 23. Oktober 1946

1. Mr. Bevin, der Außenminister der Britischen Regierung, hat gestern im Unterhaus eine wichtige Erklärung über Deutschland abgegeben. Was ich Ihnen heute zu sagen habe, stellt z. T. eine Wiederholung der Beschlüsse dar, die er bekanntgegeben hat und z. T. weitere Ausführungen über die unmittelbar zu ergreifenden Maßnahmen.

2. Ende vorigen Monats erhielten wir den vom Zonenbeirat ausgearbeiteten Bericht über den Neuaufbau der Britischen Zone und die Verteilung der Regierungsgewalten. Am 3. Oktober hatte ich das Vergnügen, diesen Bericht mit einigen Vertretern von Ihnen in Berlin zu besprechen. Ich möchte zum Ausdruck bringen, wie dankbar ich Ihnen bin für die Mühe, die Sie sich mit dieser Angelegenheit gemacht haben, für die Sorgfalt, mit der Sie sie untersucht und für die Klarheit, mit der Sie Ihre Schlußfolgerungen dargestellt haben. Diese Schlußfolgerungen waren nicht in jeder Hinsicht übereinstimmend. Das hatte ich in der Tat auch nicht erwartet. In einer Anzahl von Punkten stimmen Sie jedoch miteinander überein.

3. In all Ihren Vorschlägen stellte ich eine wesentliche Übereinstimmung darüber fest, daß die Regierung in erheblichem Maße dezentralisiert werden muß. Wir stimmen im Prinzip damit überein und sind mit Ihnen der Meinung, daß bis zu einem Grade dezentralisiert werden sollte, der sich mit der nationalen Einheit und einer zweckmäßigen Koordinierung des Wirtschaftslebens des gesamten Landes vereinbaren läßt. Die Befugnisse der Zentralregierung müßten feststehen und alle ihr nicht ausdrücklich zuerkannten Regierungsgewalten sollten den Länderregierungen vorbehalten bleiben.

4. Von den verschiedenen Vorschlägen, die wir über den territorialen Neuaufbau der Britischen Zone erhielten, waren drei von hervorragender Bedeutung. Der erste war der Vorschlag von Ministerpräsident Kopf, der empfahl, daß die Britische Zone neben dem Lande Nordrhein-Westfalen zwei weitere Länder, nämlich Niedersachsen und Schleswig-Holstein, enthalten, während Hamburg seine selbständige Stellung als Hansestadt behalten solle. Der zweite war der von Dr. Kurt Schumacher, der den Standpunkt vertritt, abgesehen vom Lande Nordrhein-Westfalen, den gesamten Rest der Zone in ein einziges Land zu verwandeln mit einer zusätzlichen Regierungszwischenstufe zwischen Land und Kreis. Die von Ministerpräsident Tantzen, Oldenburg, und Ministerpräsident Kubel, Braunschweig, entworfenen Pläne sehen einen nur als vorläufig anzusehenden Länderaufbau vor, so daß nach Wiederherstellung der Einheit des Reiches die größeren Länder verschwinden und nur die kleineren Unterteilungen bleiben würden.

5. Es ist klar, daß eine endgültige Entscheidung über die zukünftige Struktur Deutschlands nicht gegeben werden kann, bevor nicht Deutschland geeint ist, bevor in dieser Frage nicht völlige Übereinstimmung zwischen den Alliierten erreicht werden konnte, und bevor das deutsche Volk nicht in der Lage ist, seinen nationalen Willen zum Ausdruck zu bringen. Trotzdem ist es nötig, sofort etwas zu unternehmen, und wir müssen daher diejenige Lösung wählen, die größte Aussicht auf Dauer hat und späterhin die geringsten Abänderungen erfordern wird. Nach eingehenden Überlegungen sind wir zu dem Schluß gekommen, daß die von Ministerpräsident Kopf vorgebrachte Lösung die beste Basis zur Befriedigung aller und für die Verwaltung abzugeben scheint. Ein Land, das die gesamte Britische Zone mit Ausnahme der Provinz Nordrhein-Westfalen umfaßt, würde sich über ein so großes Gebiet erstrecken, daß eine wirkungsvolle Verwaltung sehr erschwert werden würde.

Auf der anderen Seite würde die Errichtung von zu vielen kleinen Ländern leicht den mit einer wirkungsvollen Dezentralisation der Regierungsgewalten verfolgten Zwecke zunichte machen. Wenn ich dieses sage, so möchte ich betonen, daß wir die Stärke der von Dr. Schumacher vorgebrachten Auffassung, die sich auf die Größe und Bedeutung des Landes Nordrhein-Westfalen stützt, vollkommen anerkennen und in gleicher Weise es als wünschenswert empfinden, soweit wie möglich das Eigenleben altüberkommener Teile des staatlichen Aufbaues, wie Braunschweig und Oldenburg, aufrechtzuerhalten. Wir glauben jedoch, daß Maßnahmen ergriffen werden können, die diesen Überlegungen Rechnung tragen, ohne die von uns als am meisten befriedigend angesehene Lösung zu verwerfen.

6. Bei der Durchführung unseres Beschlusses werden wir es für äußerst wichtig halten, daß bei der Ausarbeitung der Verfassung für das Land Niedersachsen mit äußerster Sorgfalt vorgegangen wird. General Macready, der zum Gebietsbeauftragten für dieses Land ernannt werden soll, wird sich mit allen Beteiligten beraten, um sich zu vergewissern, daß die bestmögliche Lösung herbeigeführt wird. Es darf sich nicht darum handeln, daß gewisse Organe von anderen absorbiert oder annektiert werden. Aus

Gründen der Zweckmäßigkeit und wegen der guten Verkehrslage liegt es auf der Hand, daß Hannover die Hauptstadt des neuen Landes wird. Dieses Land soll aber zu einem Zusammenschluß seiner verschiedenen Bestandteile führen, deren betreffende Eigenart weitgehend erhalten bleiben muß.

(...)

11. Sie empfahlen, daß die Landesverfassungen von den Landesregierungen selber beschlossen werden sollten. Dem stimmen wir zu. Die Regierungen der Länder sollten sich daher als erstes über eine vorläufige Verfassung einigen. Ich sage »vorläufige Verfassung«, denn es will uns nur recht und billig erscheinen, daß die endgültige Verfassung von den gewählten Vertretern der Bevölkerung des Landes bestätigt sein muß, und zwar nach den Länderwahlen im Frühjahr 1947. Eine zweite dringende Aufgabe ist die Vorbereitung eines Gesetzes über die Landesregierung, in dem die Kompetenzen der unteren Regierungsorgane festgelegt werden. Dieses sollte ebenfalls von den ersten aus den Wahlen hervorgegangenen Länderparlamenten verabschiedet werden.

12. Ab 1. Januar 1947 erwarten wir, daß alle Gesetze auf jenen Gebieten, die zur Kompetenz der Länderregierungen gehören, von diesen Regierungen und nicht von uns verabschiedet werden. Die Befugnisse, diese Gesetze zu genehmigen, werden den Gebietsbeauftragten übertragen werden. Unsere Gesetzgebung soll sich auf die Gebiete beschränken, die der Zentralregierung vorbehalten bleiben.

Quelle: Ursachen und Folgen, Bd. 24, S. 205 ff. (Nr. 3682)

12. Verordnung Nr. 70 der Militärregierung über die Ergänzungsverordnung zur Verordnung Nr. 55

[1. November 1946]

In Ergänzung der Verordnung der Militärregierung Nr. 55 wird hiermit folgendes verordnet:

Artikel I

Das Land Niedersachsen wird als Rechtsnachfolger der früheren Länder Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Schaumburg-Lippe (im folgenden »die früheren Länder« genannt) angesehen.

Artikel IV

Die von der gesetzgebenden Körperschaft des Landes Niedersachsen oder mit ihrer Ermächtigung auf Grund des vorigen Artikels oder des Artikels VI der Verordnung Nr. 55 der Militärregierung erlassene Gesetzgebung soll die Belange der früheren Länder auf dem Gebiet der Überlieferung, Kultur, Architektur und Geschichte gebührend berücksichtigen und soll im Einklang mit diesen Belangen für die Sicherstellung des gesamten Vermögens der einzelnen Länder Vorsorge treffen.

Artikel V

Die Verordnung gilt als am 1. November 1946 in Kraft getreten.

Im Auftrage der Militärregierung.

Quelle: Ursachen und Folgen, Bd. 24, S. 213 f. (Nr. 3682 d)

DAS NEUE LAND NIEDERSACHSEN

Die Zusammenfassung der bisherigen Länder Hannover, Oldenburg und Braunschweig

Hamburg. Die Rede des britischen Außenministers Bevin hat Klarheit geschaffen über die zukünftige Gliederung der britischen Zone. Neben dem schon vor einiger Zeit gegründeten Land Nordrhein-Westfalen werden auf neuen deutschen Landkarten — sofern sie das Gebiet der heutigen britischen Besatzungszone darstellen — noch als Länder erscheinen: Das Land Schleswig-Holstein (15 700 Quadratkilometer, 2,5 Millionen Einwohner), die Stadtstaaten Hamburg (758 Quadratkilometer, 1,4 Millionen Einwohner) und Bremen (325 Quadratkilometer, 377 000 Einwohner), sowie das Land Niedersachsen, das außer Hannover auch noch Oldenburg und Braunschweig umfasst. — Niedersachsen — als Begriff schon seit Jahrhunderten bekannt —

Das neue Land Niedersachsen reicht von der Nordsee bis südlich Göttingen, wo die Demarkationslinie zwischen der britischen Zone auf der einen und der amerikanischen und sowjetischen Zone auf der anderen Seite die Abgrenzung bildet. Die Ostgrenze des Landes verläuft auf der Demarkationslinie zwischen britischer und sowjetischer Zone und etwa von der Höhe Lüneburg ab bildet die Elbe die Grenzlinie. Im Nordwesten grenzt Niedersachsen im Verlauf der alten Reichsgrenze an Holland, weiter südlich und südwestlich ziehen die Länder Nordrhein-Westfalen und Lippe die Grenze.

Landchaftlich erstreckt sich das neue Land von den deutschen Mittelgebirgen im Süden über das weite Gebiet der norddeutschen Tiefebene bis zur Nordsee.

Die historischen Grundlagen

Das ganze Gebiet Niedersachsens ist seit jeher ein Durchgangsland zwischen Ost und West sowie Nord und Süd gewesen. Alle drei Landesteile haben eine weit zurückreichende geschichtliche Bedeutung. Allerdings weniger eine deutsche Bedeutung, als vielmehr eine der Dynastien, die in Hannover, Braunschweig und Oldenburg herrschten.

Infolge dieser mehr dynastischen als kulturell oder zoologisch wichtigen Geschichte waren die Länder sehr oft sämtlichen Änderungen unterworfen. Gemeinsam aber gehören alle drei Länder zum niedersächsischen Volksstamm.

Seine erste geschichtliche Bedeutung erhielt Braunschweig durch Heinrich den Löwen. Seit dem 13. Jahrhundert waren Schicksal und Geschichte des Landes eng mit Geschichte und Schicksal der Welfen verknüpft. Bis ins 18. Jahrhundert hinein herrschten die Welfen hier.

Das Kernland Hannover war im 15. Jahrhundert das Fürstentum Calenberg. Die jüngere Linie des Hauses Braunschweig-Lüneburg übernahm 1634 Calenberg; das zusammengegliederte Gebiet wurde 1692 zum Kurfürstentum Hannover erklärt. Von 1714 bis 1837 war Hannover in Personalunion mit Großbritannien — der König von Hannover war gleichzeitig König von England — verbunden. 1814 wurde auf dem Wiener Kongreß das Königreich Hannover abgetrennt, das 1866 von Preußen annektiert wurde. Seit diesem Jahre war Hannover preußische Provinz, bis es im August 1946 durch die britische Militärregierung zum Land Hannover erklärt wurde.

Oldenburg erhielt durch den Sturz Heinrichs des Löwen landesherrliche Stellung unter den Grafen von Oldenburg. Nach dem Tode des Grafen Arno Günther wurden Oldenburg, Delmenhorst und Butjadingen dänisch. Im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts wurde Oldenburg zerstört, und der Wiener Kongreß erhob das Land zum Großherzogtum.

Seit dem Mittelalter sind die Diskussionen über die Neuerteilung der Länder in der jetzigen britisch besetzten Zone nicht abgeblieben. Jetzt erlangt der nordwestdeutsche Raum eine

klare Gliederung. Kleine Länder verschwinden, gehen in größeren Gebieten auf, und es ist der Verantwortung der in Zukunft leitenden Stellen übergeben, ob die kleineren kulturellen Werte, die in jedem der kleinen Länder vorhanden sind, sich verbergen. Diese kleineren Werte aber

wird nun fast alle stammesmäßig zusammengehörenden Gebiete in einem Land zusammenzuschließen, das etwa 40 000 Quadratkilometer mit ungefähr 6 200 000 Einwohnern umfassen wird. Die drei hauptsächlichsten Landschaften des neuen Staates, für den vorläufig die Grenzen der bisherigen „Hannover-Region“ maßgeblich sind, nämlich Hannover mit 30 000 Quadratkilometer und 4,7 Millionen Einwohnern, Oldenburg mit 3 400 Quadratkilometer und etwa 770 000 Einwohnern und Braunschweig mit 3 670 Quadratkilometer und 740 000 Einwohnern bilden — stammesmäßig gesehen — zusammen das größte und bevölkerungsmäßig das zweitgrößte Land der britischen Besatzungszone. — Es mag möglich sein, daß sich später noch kleine Grenzberichtigungen ergeben.

die Militärregierung die Länder Hannover, Oldenburg und Braunschweig zur „Region Hannover“ zusammenfaßt. Die Charte dieser drei-Länder folgten dieser Regelung durch Bildung des „Gebietes Niedersachsen“, in dem sie sich zu gemeinsamen Besprechungen über die betreffende Ge-

Aurich, Ostbrück, Lüneburg und das bisherige Land Oldenburg dagegen sind landwirtschaftlich bebaut; in ihnen liegt die Bevölkerungsdichte zwischen 50 und 120 Einwohnern je Quadratkilometer.

Der Weg zum neuen Reich

Die Ähnlichkeit in der Länderstruktur in der britischen und amerikanischen Besatzungszone wird für die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Zonen nur ein Vorteil sein.

Wie die Verwaltungsrichtungen, Verfassungen und Gesetze der neuen Länder sein werden, ist heute noch nicht zu übersehen. General Robertson erklärte zu dieser Frage im Zonenrat, daß eine endgültige Antwort nicht gegeben werden könne, ehe Deutschland wieder vereint sei. Aber alle jetzigen Ereignisse in der britischen Besatzungszone, so betonte General Robertson, müßten Bausteine für die zukünftige Struktur Deutschlands werden.

Auch die Frage, ob zwischen Land und Gemeinde eine Zwischenstufe eingeschaltet werden sollte, konnte noch nicht beantwortet werden; wichtig ist, so wurde erklärt, daß die Länder sofort vorläufige Verfassungen ausarbeiten sollten, um die Landesgesetze herzustellen.

In diesem Zusammenhang erklärte der Ministerpräsident Niedersachsens, Heinrich Kopf, daß erst die Landtagswahlen im Frühjahr eine politische Vertretung ermöglichen würden. Für den jetzt noch von der Militärregierung zu beratenden Landtag will er der Militärregierung vorschlagen, je einen Abgeordneten für je 40 000 Wahlberechtigte zu ernennen. Dieser Landtag soll sich dem Stärkeverhältnis der Parteien entsprechend zusammensetzen aus: 36 SPD-, 20 CDU-, 16 NLP-, 7 FDP-, 5 KPD- und 2 Zentrumsgliederungen.

Es zum 1. Januar 1947 ändert sich nichts an den jetzigen landesamtl. Zuständen. Die endgültige Einordnung der kleinen Länder in Niedersachsen wird zu diesem Zeitpunkt erfolgen. Bis dahin werden die Dinge so weit gelassen sein, daß die Militärregierung die staatlichen Zuständigkeiten auf das Land Niedersachsen übertragen wird.



Das Gebiet des Landes Niedersachsen

DPD-1114

müssen bewahrt werden, sie sollen in ihrer Eigenart bestehen bleiben.

Natürliche Zusammengehörigkeit

Neben der dynastischen Tradition, die trotz auch jetzt wieder auftauchender gegenteiliger Meinung durch die Zeit überholt ist, lebt in diesen Ländern eine nicht zu überschende stammesmäßige Bezeichnung.

Die überkommenen dynastischen Grenzen entsprechen nicht mehr der modernen, vor allem auf die Industrialisierung gerichteten Entwicklung. Wirtschafts-, sozial- und kulturpolitische Klüfte waren und sind in den letzten 50 Jahren stärker gewesen als der Stolz auf das agestammte Fürstentum. Schon 1902 wurden sämtliche Handwerkskammern im niedersächsischen Raum zusammengeschlossen, der Wirtschaftsband Niedersachsen, der Niedersächsischer Heimatbund und die Verkehrsgemeinschaft Niedersachsen griffen weit über die einzelnen Landesgrenzen hinaus. 1910 wurde die freiwillige Genossenschaft der Arbeitsschweizer in der Provinz Hannover und den Ländern Oldenburg, Bremen, Braunschweig, Schaumburg-Lippe und der Grafschaft Schaumburg gegründet. In jüngerer Zeit kam die verwaltungsmäßige Einheit dieses Gebietes dadurch zum Ausdruck, daß

setzes- und Verwaltungstragen zusammenfanden.

Wirtschaftliche Struktur

Die Regierungsbezirke Hannover und Hildesheim sowie Braunschweig sind stark industriell durchzogen. In diesen Gebieten wohnen 120 bis 150 Menschen auf einem Quadratkilometer. Die Regierungsbezirke Stade,

14. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf am 9. Dezember 1946 (Auszug)

Das **Land Niedersachsen** ist am 1. November als Vereinigung der Länder Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe entstanden. Mit der Bildung der Niedersächsischen Staatsregierung haben die Obersten Landesbehörden und die Parlamente der ehemaligen Länder ihre Tätigkeit beendet. Die innere Gliederung des neuen Landes erfuhr eine provisorische Regelung. Zu den sechs Regierungsbezirken des ehemaligen Landes Hannover traten die niedersächsischen Verwaltungsbezirke Oldenburg und Braunschweig. Die Schaumburg-Lippischen Kreise wurden dem Regierungsbezirk Hannover eingegliedert. Die Schaumburg-Lippische Landesregierung bleibt als Abwicklungsstelle noch einige Zeit bestehen.

Die Bildung des Landes ist in weiten Kreisen begrüßt worden. Das Land ist kein künstliches Gebilde, sondern durch die Stammesart seiner Bewohner, durch seine gleichartige Struktur, Tradition und wirtschaftliche Geschlossenheit ein organisch gewachsenes zusammenhängendes Ganzes. Ein Teil der Bevölkerung bedauert zwar den Verlust alter Selbständigkeiten. Er wird aber, davon sind wir überzeugt, bald die Richtigkeit der getroffenen Entscheidungen erkennen. Das Zusammenwachsen aller Teile unseres Landes wird reibungslos und schnell vonstatten gehen. Den Besonderheiten der einzelnen Teile des Landes werden wir Rechnung tragen. Hierbei sollen die von den ehemaligen Ländern geschaffenen Einrichtungen wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Art besondere Förderung erfahren.

Es liegt uns fern, über den organisch zu Niedersachsen gehörenden Raum hinausgreifen zu wollen. Wir sind jedoch der Auffassung, daß alle Gebiete, die ihrer Struktur und ihrem Wesen nach zu uns gehören und zu uns gehören wollen, mit uns vereinigt werden müssen. Würde auch noch Lippe zu uns kommen, so würde für Lippe das gleiche wie für die bereits jetzt in Niedersachsen aufgegangenen Länder gelten.

Wir denken aber auch an jene Landstriche, die z. Z. durch die Zonengrenzen von uns getrennt sind. Wir fordern, mit ihnen im Verbandsverband unseres Landes einmal wiedervereinigt zu werden. Den Bewohnern dieser Landesteile entbieten wir unsere Grüße.

(...)

Die mit der Bildung des neuen Landes zusammenhängenden Fragen organisatorischer und verwaltungstechnischer Art treten indes zu einer Zeit, in der das Leben unseres Volkes auf dem Spiele steht, zurück an Bedeutung gegenüber der alles überschattenden Sorge der **Bekämpfung des Elends der Vertriebenen und Flüchtlinge, des Hungers, der Kälte, der Seuchen und der Obdachlosigkeit**. Wir stehen an der Schwelle eines Winters, der unserem Volke schwerste und einschneidende Lasten, Opfer und Entbehrungen auferlegen wird. Die Lage hat sich während der letzten Monate noch verschlimmert. Wir erkennen die Unterstützung an, die die Militärregierung uns leiht, erneuern jedoch auch an dieser Stelle unser dringendes Verlangen nach weiterer wirksamer Hilfe, insbesondere nach Einfuhr von hochwertigen Lebensmitteln und Schaffung von Lebensmittelreserven. Nur so kann ein Ansteigen der Hungersnot verhindert werden. Die Lebensmitteleinfuhr muß in einer fühlbaren Ankurbelung unseres Wirtschaftslebens ihre Ergänzung finden. Das hat jedoch zur Voraussetzung, daß man unsere

Kohlenförderung weitgehend dem deutschen Wirtschaftsleben zur Verfügung stellt. Mit dem Abbau von Industrieanlagen muß endgültig Schluß gemacht werden. Will man den in den westlichen Zonen zusammengepreßten Menschen nicht jede Aussicht auf eine zukünftige Lebensmöglichkeit nehmen, so darf man unser Industriepotential nicht noch weiter schwächen. Alle beteiligten Stellen sind sich darüber einig, daß eine Lösung der hier angeschnittenen Fragen entscheidend für Sein oder Nichtsein unseres Volkes ist.

Leider hat die Staatsregierung auf den für die Existenz des Volkes entscheidenden Gebieten immer noch keine Befugnisse. Die Organe der Militärregierung werden hier entweder unmittelbar oder mittelbar, d. h. durch zonale oder bizonale Ämter, tätig. Die Staatsregierung muß sich darauf beschränken, bei den zuständigen Stellen immer wieder ihre Auffassung als Sprachrohr des Landes kundzutun und die Interessen des Volkes nach Kräften wahrzunehmen.

Die brennende materielle Not unserer Tage, die tödliche Gefahr, in der unser Volk schwebt, darf uns aber nicht vergessen lassen, daß die **sittlichen Grundlagen** unseres politischen Lebens jetzt erneuert werden müssen. Anstrengungen in dieser Richtung dulden keinen Aufschub. Je länger wir an dieser Forderung vorbeigehen, um so schwerer wird es später sein, die Entwicklung in die richtigen Bahnen zu lenken. Lassen Sie uns die Bildung des Landes Niedersachsen zum Anlaß nehmen, dieser Frage unsere besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Niedersachsen kann den äußeren, wenn auch noch unfertigen Rahmen bieten, der mit neuem Inhalt zu füllen ist.

(...)

Wir sind entschlossen, alles zu tun, um den **neuen Staat und sein öffentliches Leben** in engste Verbindung mit dem Volke zu bringen. Volk und Volksvertretung einerseits und die öffentliche Verwaltung andererseits müssen eine Einheit bilden. Das Schwergewicht aller demokratischen Verwaltung liegt in den Gemeinden. Nur das unbedingt Notwendige ist zu zentralisieren. Die Staatsverwaltung wird in den unteren Stufen, d. h. in der Gemeinde- und in der Kreisstufe, grundsätzlich durch Einrichtungen der Selbstverwaltung ersetzt. Diese Gedanken werden in dem Entwurf einer Gemeinde- und Kreisordnung, die dem Landtag später zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollten, ihren Niederschlag finden. Wir werden an die Traditionen unseres Niedersachsen-Landes anknüpfen und auf die selbstverantwortliche Mitarbeit der Staatsbürger nicht verzichten. Die niedersächsische Verfassung wird das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden als ursprüngliches Recht festlegen. Der Staat erkennt dieses Recht ebenso wie die menschlichen Freiheitsrechte an. Die Rechte leiten sich nicht von der staatlichen Autorität ab. Sie haben naturrechtlichen Charakter.

Die Staatsregierung setzt sich mit Nachdruck für die Verwirklichung des Prinzips der Einheit der Verwaltung ein. Sie gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der mit der Verordnung Nr. 57 der Militärregierung eingeschlagene Weg zielsicher zu Ende gegangen wird. Wir erheben die Forderung, daß alle Gesetze, gleichgültig, welche Stufe sie erläßt, von den Ländern ausgeführt werden.

(...)

Im Interesse der Bereinigung unseres öffentlichen Lebens müssen wir die **Entnazifizierung** in kurzer Zeit zum Abschluß bringen. Die politische Säuberung sollte sich auf den Kreis der wirklich Untragbaren beschränken, diesen aber auch ohne Schwäche erfassen und unschädlich machen. Die Jugend sollte, soweit sie politisch noch nicht urteilsfähig war, dem Entnazifizierungsverfahren nicht unterliegen. Das Verfahren muß im übrigen mit rechtsstaatlichen Garantien und Sicherungen umgeben werden. Niemand sollte aus dem Amt oder seiner Stellung entfernt werden, dem man nicht zuvor rechtliches Gehör und volle Verteidigungsmöglichkeit gewährt hat. Wir erwarten, daß das Verfahren gegen die in den Lagern Internierten beschleunigt zum Abschluß gebracht wird.

Erforderlich ist die Verstärkung des **Ehrenschatzes für Personen**, die im öffentlichen Leben stehen. Der »Schlag unter die Gürtellinie« muß verfehmt werden. Mit der Verleumdungs- und Selbsterfleischungssucht müssen wir nach Kräften aufräumen, »Fair play« sollte auch bei uns selbstverständlich sein. Sofern wir nicht danach handeln, schrecken wir wertvolle Kräfte davon ab, sich am politischen Leben zu beteiligen.

(...)

Erziehung und Unterricht unserer Jugend durch die Schule müssen durch eine großzügig ausgebaute Jugendpflege für die Schulentlassenen und durch den Aufbau von Volksbüchereien, Volkshochschulen und anderen Einrichtungen für die Erwachsenen eine sinnvolle Ergänzung finden. Dabei ist die rege und tatkräftige Mitarbeit der Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften, der politischen Parteien, der Gewerkschaften, der berufsständischen Organisationen, der Lehrerorganisationen und freier Vereinigungen unentbehrlich; sie alle sind ausdrücklich aufgerufen, mit Hand ans Werk zu legen.

(...)

Die soziale Ausgestaltung unseres Bildungswesens gewinnt angesichts der großen Zahl von **Flüchtlingen und Vertriebenen** ihre besondere Bedeutung. Wissen wir doch, daß in Niedersachsen mehr als ein Drittel aller Einwohner leben, die von der angestammten Heimat getrennt sind. Die Flüchtlinge und Vertriebenen haben ihren Besitz zurücklassen müssen und sind nunmehr, vielfach von dem Notwendigen entblößt, gezwungen, sich in neue Verhältnisse einzugewöhnen. Das Los dieser Menschen ist hart. Wir rufen alle Einwohner des Landes auf, den Flüchtlingen und Vertriebenen mit Verständnis und Anteilnahme zu begegnen und sich bewußt zu sein, daß es nicht ihr Verdienst ist, wenn sie das harte Flüchtlingslos nicht getroffen hat. Die Flüchtlinge und Vertriebenen rufen wir auf, dem Umstande Rechnung zu tragen, daß der furchtbare Zusammenbruch alle Hilfsmöglichkeiten eng begrenzt. Die Weltöffentlichkeit machen wir auf das Flüchtlingseleid in allen Zonen aufmerksam und geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Gesetze der Menschlichkeit, für deren Respektierung sich die alliierten Mächte im Kriege eingesetzt haben, allgemein Anwendung finden.

Der Wiederaufbau unserer zerstörten Wohnungen und der Wohnungsneubau sind eine Frage der Beschaffung des nötigen Baumaterials, die wiederum von der Kohlenbelieferung der Industrie abhängig ist. Von besonderer Bedeutung ist die Wiederherstellung der schwer getroffenen

Städte. Die Schaffung gesunder Wohnungsverhältnisse ist für die Erhaltung und für die Sicherung des Fortbestandes unserer Bevölkerung entscheidend. Große Sorge bereitet uns in diesem Zusammenhang die Ausbreitung der Tuberkulose. Es wird aller Anstrengungen bedürfen, um dieser Volkskrankheit Herr zu werden.

(...)

Eine der Voraussetzungen, daß das deutsche Volk überhaupt als Volk weiterleben kann, ist die Erhaltung der für Friedensproduktion eingerichteten **Industrie** in den stark überbevölkerten Westzonen. Sie muß endlich anlaufen. Wir werden selber dafür Sorge tragen, daß diese Industrie nicht zu Rüstungszwecken mißbraucht wird. Die Arbeitnehmerschaft werden wir an der Gestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse aktiv beteiligen.

Die niedersächsische Regierung bekennt sich zu der Forderung, daß die Grundindustrie den beherrschenden Einflüssen privater Eigentümer entzogen wird.

Die gesamte Wirtschaftsverwaltung soll unter der Kontrolle der Öffentlichkeit stehen, um damit das Vertrauen der Bevölkerung für diese Verwaltung zu gewinnen. Auch bei der Verteilung der Verbrauchsgüter wird die Öffentlichkeit mitwirken.

(...)

Über die Notwendigkeit einer **Bodenreform** besteht kein Zweifel. Sie ist von zweierlei Voraussetzungen abhängig: Sie kann nicht auf unser Land beschränkt werden und kann nur im Zusammenhang mit der Frage der Leistungssteigerung beantwortet werden.

Die Staatsregierung wird sich bei den dafür zuständigen Stellen für die sofortige **Rückkehr aller Gefangenen** mit Nachdruck einsetzen. Wir wissen, daß der Kriegszustand zwar formaljuristisch noch nicht als beendet gilt, wir stehen aber auf dem Standpunkt, daß die Bestimmungen der Genfer Konvention nicht wörtlich angewendet werden dürfen, sondern in organischer Weiterentwicklung des Rechtes, wie es sich aus den unabdingbaren Forderungen der Menschlichkeit ergibt, ausgelegt werden müssen.

Wir haben der Militärregierung u. a. als Weihnachtswunsch die Bitte vorgetragen, eine **Amnestie** in Erwägung zu ziehen, soweit es sich um Personen handelt, die in der ersten Zeit der Besetzung durch Militärgerichte verurteilt worden sind. Wir haben für diesen Wunsch weitgehendes Verständnis gefunden.

Die Regierung ist sich bewußt, daß ihre Aufgaben nur unter vertrauensvoller Mitarbeit des Landtages und der Bevölkerung erfüllt werden können. Hierum bittet sie.

Tragen wir im Lande Niedersachsen unseren Teil zum Aufbau Deutschlands und darüber hinaus einer europäischen Völkerfamilie bei, die in der Zukunft von dem Leid und der Not der vergangenen Jahre verschont bleibt. Deutschland kann sich jedoch nur dann wieder erholen, wenn die künstlichen Zonengrenzen fallen und eine wirtschaftliche, rechtliche, kulturelle und allgemeine politische Einheit sichergestellt wird. (...)

Quelle: Ursachen und Folgen, Bd. 25, S. 125 ff. (Nr. 3735 b).

15. Wahlen in Niedersachsen 1946/48

	Wahltag	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung		gültige Stimmen		CDU		SPD	
			absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Gemeindewahlen	15. 9.46	-	-	64,3	6 621 877	-	994 041	15,0	2 454 211	37,1
Kreistagswahlen	13.10.46	3 349 970	2 301 070	68,7	7 258 511	-	1 634 049	22,5	3 046 772	42,0
Landtagswahlen	20. 4.47	3 956 605	2 576 366	65,1	2 459 419	95,5	489 322	19,9	1 066 380	43,4
Kreistagswahlen	28.11.48	4 276 494	3 066 586	71,7	7 755 931	-	1 885 969	24,3	3 071 527	39,6
Gemeindewahlen	28.11.48	3 199 485	-	75,9	6 571 330	-	1 490 067	27,7	2 389 129	36,4

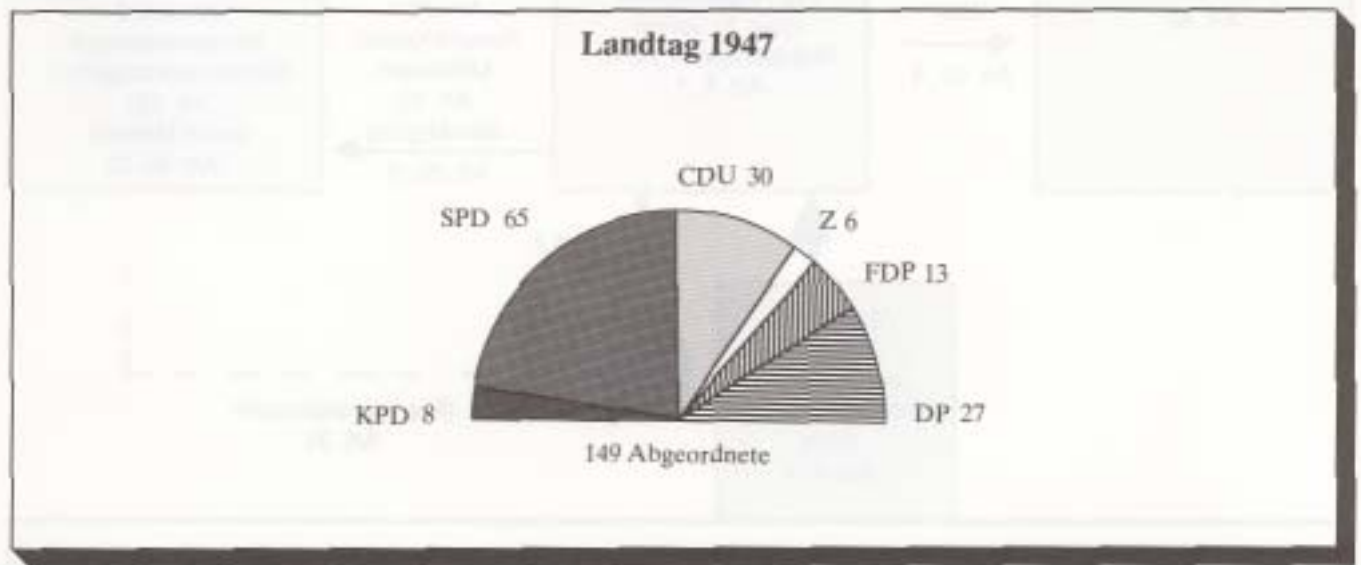
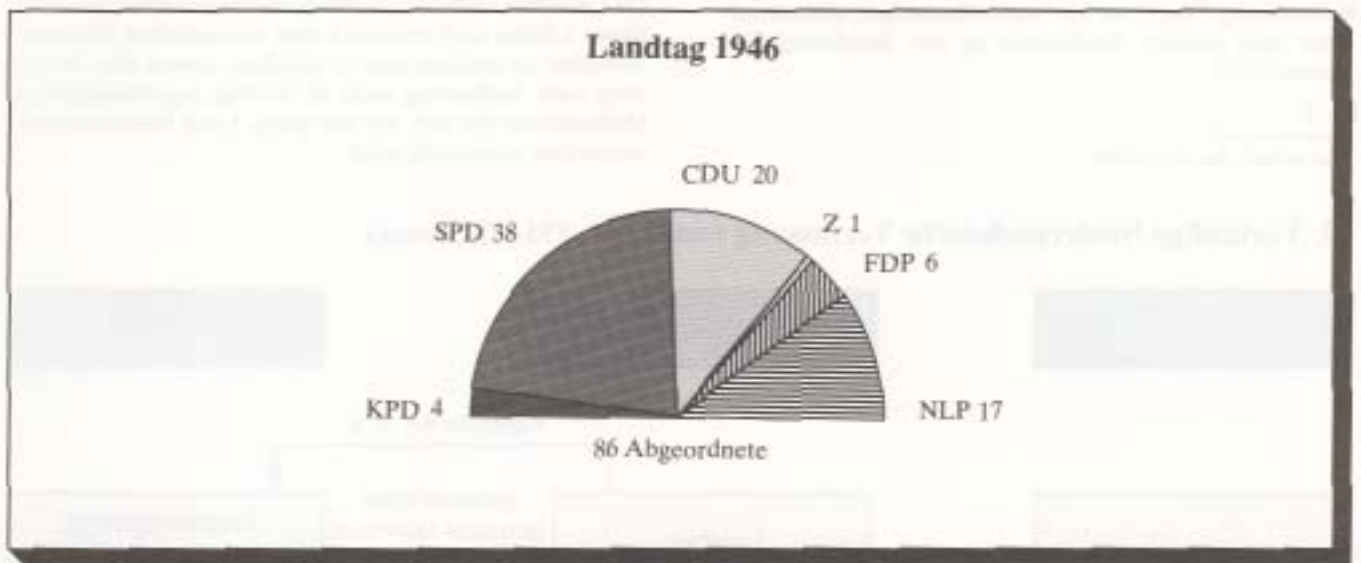
	Wahltag	FDP		KPD		NLP/DP		Zentrum		Splitterparteien u. Sonstige	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Gemeindewahlen	15. 9.46	296 208	4,5	268 600	4,1	1 107 364	16,7	87 795	1,3	1 413 658	21,3
Kreistagswahlen	13.10.46	555 253	7,6	369 104	5,1	1 438 895	19,8	148 915	2,1	65 487	0,9
Landtagswahlen	20. 4.47	215 805	8,8	138 977	5,6	440 467	17,9	101 283	4,1	7 245	0,3
Kreistagswahlen	28.11.48	272 037	9,4	233 760	3,0	1 479 584	19,1	274 025	3,5	84 029	1,1
Gemeindewahlen	28.11.48	549 410	8,4	114 810	1,7	1 312 194	20,0	239 679	3,7	476 041	7,1

NLP = Niedersächsische Landespartei. Sie wurde 1945 gegründet und knüpfte an die frühere welfisch orientierte Deutsch-Hannoversche Partei an. 1947 wurde die NLP in Deutsche Partei (DP) umbenannt

Z (auch DZP) = Zentrum (Deutsche Zentrumspartei) siehe auch Quelle 16

Quelle: Handbuch politischer Institutionen und Organisationen 1945 - 1949. Bearbeitet von H. Potthoff in Zusammenarbeit mit Rüdiger Wenzel. Düsseldorf 1983, S. 337

16. Landtage



17. Kabinette

a) 1946

Ministerpräsident	H. W. Kopf (SPD)
Minister des Innern	Dr. Dr. G. Gerecke (CDU) bis 11. 4.1947 ab 11. 4. 1947 H. W. Kopf (SPD)
Minister der Finanzen	Dr. G. Strickrodt (CDU)
Minister f. Aufbau u. Arbeit	Dr. H. -C. Seebohm (NLP)
Minister f. Volksgesundheit und Wohlfahrt	K. Abel (KPD)
Minister f. Volksbildung, Kunst und Wissenschaft	A. Grimme (SPD)
Minister f. Wirtschaft	A. Kubel (SPD)
Minister f. Verkehr	T. Tanzen (FDP) ab 20. 4. E. Mertens (FDP)
Minister f. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	A. Block (NLP)
Minister f. Justiz	W. Ellinghaus (SPD)

b) 1947

Ministerpräsident	H. W. Kopf (SPD)
Minister d. Innern	H. W. Kopf (SPD)
Minister d. Finanzen	Dr. G. Strickrodt (CDU)
Minister f. Arbeit, Aufbau und Gesundheit	Dr. H-C. Seebohm (DP)
Kultusminister	A. Grimme (SPD)
Minister f. Wirtschaft und Verkehr	A. Kubel (SPD)
Minister f. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	A. Block (DP)
Minister d. Justiz	Dr. W. Hofmeister (CDU)
Minister f. d. Entnazif.	Dr. W. Hofmeister (CDU)
Minister o. Geschäftsbereich	K. Abel (KPD) bis 5.2.48 J. Albers (FDP) R. Borowski (SPD) G. Kassenbrock (DZP)

Quelle: Birgit Pollmann, Niedersachsen in Geschichte und Gegenwart, S. 105, Hannover 1979

18. Vorläufige Niedersächsische Verfassung vom 13. April 1951* (Auszug)

Artikel 1

(1) Das Land Niedersachsen, hervorgegangen aus den ehemaligen Ländern Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Schaumburg-Lippe, ist ein republikanischer, demokratischer und sozialer Rechtsstaat in der Bundesrepublik Deutschland.

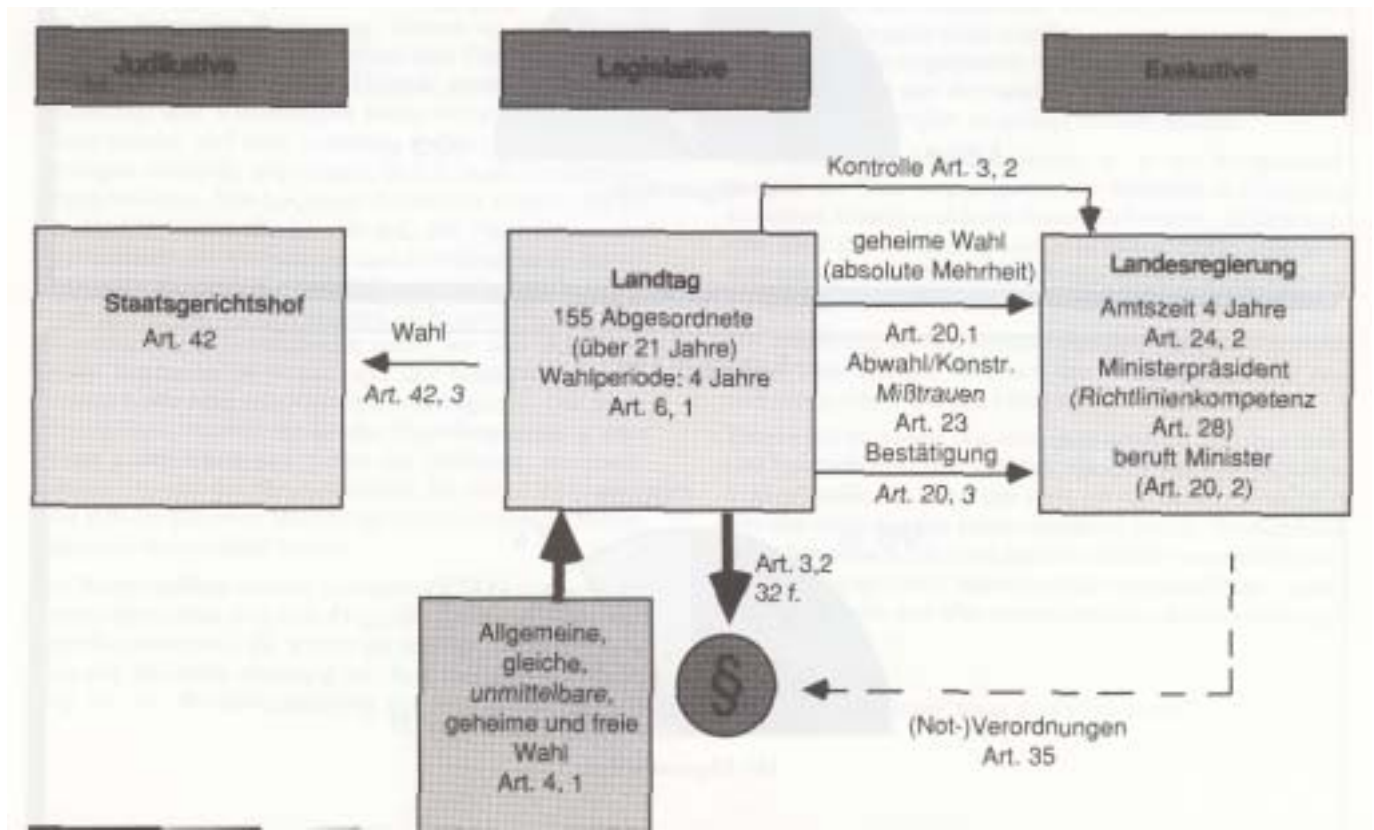
Artikel 56

(1) Die kulturellen und historischen Belange der ehemaligen Länder Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe sind durch Gesetzgebung und Verwaltung zu wahren und zu fördern.

(2) Die überkommenen heimatgebundenen Einrichtungen dieser Länder sind weiterhin dem heimatlichen Interesse dienstbar zu machen und zu erhalten, soweit ihre Änderung oder Aufhebung nicht in Verfolg organisatorischer Maßnahmen, die sich auf das ganze Land Niedersachsen erstrecken, notwendig wird.

* Sie trat am 1. Mai 1951 in Kraft

19. Vorläufige Niedersächsische Verfassung vom 13. 4. 1951 (Schema)



Wahlberechtigte Einwohner Niedersachsens (seit 1970 über 18 Jahre) Art. 4,2

Grafik nach Entwurf von Peter Uhlig

Die Gründung des Landes Niedersachsen vor 40 Jahren – Didaktische Hinweise und Medienempfehlungen

In seinem Erlaß "Die Gründung des Landes Niedersachsen vor 40 Jahren" vom 30. 7. 1986 (SVBl. S. 195) hat der Niedersächsische Kultusminister angekündigt, daß er den Schulen für die Behandlung dieses Themas im Unterricht rechtzeitig Gestaltungsvorschläge und Materialhinweise zur Verfügung stellen wird. Für die Erarbeitung dieser Vorschläge und Hinweise hat er eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Der Arbeitsgruppe gehörten an: Jürgen Borchers, Guiskard Eck, Dr. Barbara Frank, Prof. Dr. Wolfgang Marienfeld, Klaus Piller, Albrecht Pohle, Dr. Klaus Schaap, Dr. Dietmar Storch, Peter Uhlig, Rudolf Willenborg.

I.

Im November 1986 jährt sich zum 40. Male der Tag, an dem das Land Niedersachsen gegründet wurde. Die Gründung erfolgte auf `rund einer Verordnung der britischen Militärregierung; Konsultationen deutscher Stellen waren vorausgegangen. Die sowohl von den Briten dekretierte als auch vom Gebietsrat Niedersachsen mitbestimmte Zusammenlegung der ehemaligen Länder Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe und der Provinz Hannover zum Lande Niedersachsen konnte sich jedoch durchaus auf historische Traditionen stützen, nicht zuletzt auf die Tatsache, daß Niedersachsen "ein auf Stammesgrundlage territorial vorgeprägtes Bundesland" ist (Schnath).

Unter den mannigfachen politischen Erwägungen, die die Briten zur Gründung des Landes veranlaßten, haben zwei besondere Bedeutung: Zum einen erschien die territoriale Zerrissenheit Niedersachsens als ein Hemmschuh bei der Bewältigung der ungeheuren Nöte der Bevölkerung nach dem Zusammenbruch des deutschen Reiches, zum anderen erzwang der drohende Zugriff sowohl der Sowjets als auch der Franzosen auf das Ruhrgebiet eine rasche territoriale Neuordnung in der britischen Besatzungszone.

Da die zweifellos komplizierten Vorgänge im Zusammenhang mit der Gründung des Landes Niedersachsen kaum in das Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit gedrungen sind, kommt neben den öffentlichen Medien auch den Schulen des Landes die Aufgabe zu, dieses wichtige Stück Nachkriegsgeschichte sinnvoll aufzuarbeiten und jene Traditionen aufzuhellen, in denen die Menschen in unserem Bundesland stehen. Dabei sind auch die integrative Kraft und die Aufbauleistung von Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten zu würdigen.

In den Abschlußklassen der Schulformen des Sekundarbereichs 1 soll im Fach Geschichte im Schuljahr 1986/87 in der Regel eine Unterrichtseinheit von 4-6 Stunden zu diesem Thema durchgeführt werden (Erlaß v. 30. 7. 86 - SVBl. S. 195). In den Wahlpflichtkursen, in geschichtlichen Arbeitsgemeinschaften und bei Projekten sind auch umfassendere Einheiten möglich.

In welcher Weise dieses Thema in den Schuljahrgängen 11 - 13 der allgemeinbildenden Schulen zu behandeln ist, hängt von dem entsprechenden Vorwissen der Schüler und der bisherigen Unterrichtsplanung ab.

Die Landeszentrale für politische Bildung hat unter Mitwirkung einer Arbeitsgruppe eine Broschüre mit dem Titel „Gründung des Landes Niedersachsen - Darstellung und Quellen“ herausgegeben, die den Schulen im Oktober zugeht.

Die folgenden Hinweise zur Didaktik und zu verfügbaren Medien beziehen sich auf diese Veröffentlichung.

Die Komplexität der Zusammenhänge bei der Gründung des Landes Niedersachsen erfordert eine klare didaktische Reduktion auf drei Schwerpunkte:

1. Die Niedersachsen-Traditionen als historische Voraussetzungen für die Gründung des Landes (Sachsenstamm, Reichskreisordnung von 1512 mit Niedersachsen als eigenem Reichskreis, die Gründung des Historischen Vereins für Niedersachsen 1835, die Gründung des Steuervereins 1837, die Reichsreformbewegung 1918/28, die Denkschrift Hinrich-Wilhelm Kopfs 1946),
2. den Gründungsakt durch die Briten vor dem Hintergrund der allgemeinen politischen Situation im Nachkriegsdeutschland,
3. die Aufgaben der ersten Landesregierung (Wiederherstellung der zerstörten Infrastruktur, Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Schaffung von Wohnraum und Arbeitsplätzen, Integration von Millionen Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten).

Methodisch ist das Thema in den Klassen 7 und 8 vorzugsweise durch ein darbietend-entwickelndes Verfahren zu bearbeiten; d. h., zu einem Lehrervortrag, einem Hörbild, einer Filmsequenz treten vertiefend ausgewählte Textquellen oder Quellenausschnitte hinzu, die unter einer bestimmten Fragestellung erschlossen werden. In den Klassen 9 und 10 bieten sich unterschiedliche Formen des entdeckenden Lernens an. Im Zentrum der Erarbeitung unter Verwendung arbeitsteiliger Verfahren stehen hier Quellen verschiedener Art bzw. gemischte Quellen/Sachtexte.

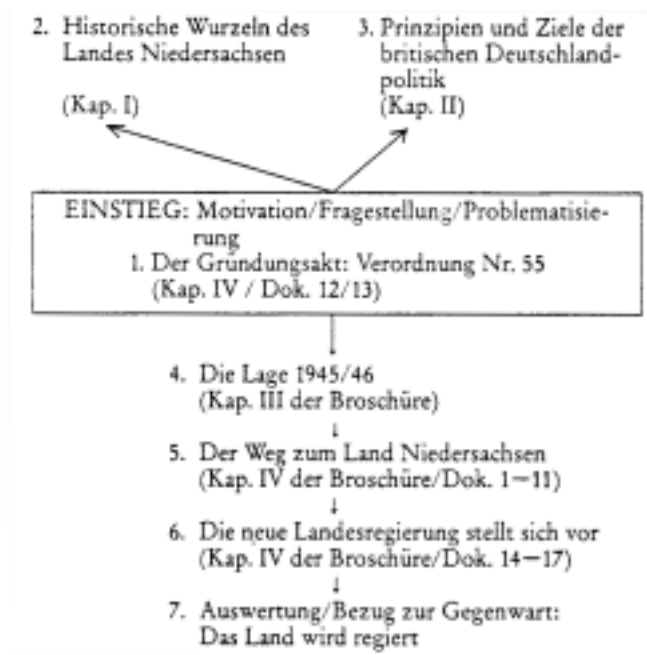
Die nicht immer anschauliche Materie setzt in allen Klassenstufen einen vielseitigen, um Konkretisierung bemühten Geschichtsunterricht voraus, der eine fortdauernde Motivation während der Unterrichtseinheit gewährleisten kann.

Die folgende schematische Darstellung der Unterrichtseinheit "Gründung des Landes Niedersachsen" dient der schnellen Orientierung des Lehrers. In ihr wird *ein* möglicher Unterrichtsgang angeboten, aber auch alternative Konzepte sind denkbar, etwa der Einstieg über die historischen Wurzeln des Landes Niedersachsen in den Klassen, die im chronologischen Gang die Geschichte des Mittelalters erarbeiten. Bei der notwendigen Auswahl und Schwerpunktbildung können - je nach Interesse und Wissensstand der Schüler - zudem einige Problemkreise lediglich cursorisch behandelt werden (z. B. die Prinzipien und Ziele britischer Deutschlandpolitik, ggf. auch historische Wurzeln des Landes Niedersachsen), damit das Hauptthema der Einheit nicht durch Überfrachtung mit wichtigen, jedoch nicht zentralen Aspekten in den Hintergrund gedrängt wird.

Die im Anschluß an die Graphik beigefügten didaktischen Impulse (Fragen, Arbeitsaufträge, Stichworte) orientieren sich grundsätzlich an dem vorgeschlagenen Unterrichtsgang.

II.

Unterrichtseinheit "Gründung des Landes Niedersachsen" Schematische Darstellung



1. Der Gründungsakt

Didaktische Impulse

- Steckbrief, Ausweis des neuen Landes
- Name, Hauptstadt, Flagge, Wappen (Neuschöpfung oder Tradition)
- Herkunft (vormalige Länder Grenzen, Nachbargebiete/-länder)
- Bezug zum eigenen Wohnort
- Organe der Legislative und Exekutive - wer setzte sie ein? Wie ist das heute?

Materialien und Hinweise

Faksimile der Verordnung Nr. 55

Zeitungsbericht "Das neue Land Niedersachsen" (IV. 13)*
Zeitzeugen unter Zuhilfenahme der/des Zeitungsartikel(s) befragen Wappen Karten (z. B. aus der Broschüre) evtl. Filmausschnitt (Wochenschau o. ä.) Schulfunk (z. B. Eine neue christliche Partei) Berichte über die Gründung des neuen Landes in regionalen Zeitungen suchen

2. Die historischen Wurzeln des Landes Niedersachsen

Didaktische Impulse

- Der Name unseres Bundeslandes verweist auf den Sachsenstamm. Wie war er politisch organisiert? Welche Elemente einigten den Gesamtstamm?
- Welches sind die historischen Leistungen Heinrichs des Löwen?
- Wie entstand der Name Niedersachsen?
- In niedersächsischen Städten und Gemeinden begegnet man an vielen Gebäuden dem Landeswappen mit dem weißen springenden Pferd auf rotem Grund. Welche Behörden oder Dienststellen sind hier untergebracht? Welche historische Tradition hat das Landeswappen?
- Welche Kräfte bzw. Umstände haben zwischen 1180 und 1815 die territoriale Zersplitterung im Gebiet des heutigen Niedersachsen bewirkt? Welche zielten auf territoriale Einheit?
- Welche gesellschaftlichen Kräfte drängten im 19. und 20. Jahrhundert auf die Überwindung der territorialen Zersplitterung

im Gebiet des heutigen Niedersachsen?

Materialien und Hinweise

Landeszentrale für politische Bildung: Die Gründung des Landes Niedersachsen - Darstellung und Quellen, Hannover 1986

Brosius, Dieter: Niedersachsen, Geschichte im Überblick, Hannover 1983

Schnath, Georg: Vom Sachsenstamm zum Lande Niedersachsen, Hannover 1966

Schnath, Georg: Das Sachsenroß, Hannover 1958

3. Prinzipien und Ziele britischer Deutschland-Politik

Didaktische Impulse

- Welche Veränderungen vollzogen sich in der Kriegszielpolitik Großbritanniens gegenüber Hitler-Deutschland im Verlaufe des Krieges?
- Welche politische Konzeption für die Neuordnung Europas und für die politische und territoriale Gestaltung Nachkriegsdeutschlands entwickelte Großbritannien bis zum Kriegsende?
- Welche Auswirkungen auf die britischen Konzeptionen hatten Kriegs- und Besatzungspolitik der Sowjetunion insbesondere in Polen in der letzten Phase des Krieges?
- Welche Übereinstimmungen und welche Kontroversen vor allem zwischen Großbritannien und der Sowjetunion prägten die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz?
- Welche Veränderungen vollzogen sich in der britischen Deutschlandpolitik nach Potsdam?
- Welche Gründe waren ausschlaggebend dafür, daß sich Großbritannien in seiner Besatzungszone schließlich für die Bildung größerer Länder entschied?

Materialien und Hinweise

Quellen zum Kapitel II in der o. g. Broschüre.

4. Die Lage 1945/46

Didaktische Impulse

- Mit welchen Maßnahmen sollten die Ernährungs- und Versorgungsprobleme gelöst werden?
- Wie konnte die Wohnungsnot gemildert werden?
- Welche Folgen hatten Unterversorgung, fehlende Medikamente u.a. mehr für die Bevölkerung?
- Wie konnte die Lage der Arbeitslosen verbessert werden? Wie konnte die Lage der Arbeitslosen verbessert werden?
- Welche Schwierigkeiten brachte die "Entnazifizierung" mit sich?
- Welche grundlegenden Änderungen mußten im Schulwesen erfolgen?
- Was läßt sich am Verhältnis zwischen Einheimischen und Flüchtlingen damals beobachten?
- Wie war das Verhältnis zwischen der Bevölkerung in den Städten und auf dem Lande?
- Wie gestalteten sich die Beziehungen zwischen den Deutschen und der Besatzungsmacht?
- Inwieweit waren die Einwohner 1945/46 bereit und in der Lage, sich mit politischen Fragen auseinanderzusetzen?
- Welche Ansätze zur Entwicklung demokratischer Lebensformen gab es in der unmittelbaren Nachkriegszeit?
- Worin lagen die grundsätzlichen Schwierigkeiten und Chancen des politischen Neubeginns?

Materialien und Hinweise

Auswertung von Gesprächen mit älteren Mitbürgern, Eltern, Nachbarn u. a., die die "Stunde Null" erlebt haben.

Autobiografische Berichte, Erzählungen, Tagebücher.

Darstellungen in Berichten der Regionalzeitungen jener Jahre.

Akten in der eigenen Schule.

Besuche im Museum.

Fotografien und Filmdokumente.

Privatlektüre literarischer Werke, z. B. Frisch, Borchert, Eich, Böll, Bachmann, Koeppen, Surminski, Strittmatter, Bobrowski, von Salomon, oder autobiografischer Werke, z. B.

Albertz, Kopf, Hellwege u. a.

Anthologie: Niedersächsisches Lesebuch, Hrg. Storch/Eyssen.

5. Der Weg zum Land Niedersachsen

Didaktische Impulse

- Wie war die britische Militärverwaltung aufgebaut?
- Welche Interessen verfolgten die deutschen Länder bzw. Verwaltungseinheiten
- im Verhältnis zueinander?
- im Verhältnis zur Besatzungsmacht?
- Welche Ziele verfolgte die britische Besatzungsmacht?
- Welche Phasen der britischen Besatzungspolitik lassen sich unterscheiden?
- Welche Vorschläge gab es zur Neugliederung des niedersächsischen Raumes?
- Wie begründeten Kopf und Tantz ihre Vorschläge?
- Wie stand die Bevölkerung zu den Vorschlägen?
- Wie entschied sich Robertson?
- Wie begründete er seine Entscheidung?
- Welchen Auftrag erteilte Robertson hinsichtlich der früheren Länder?
- Wann und wie sollte die politische Verantwortung der neuen Regierung ausgeweitet werden?
- Sammeln von Argumenten für eine Debatte
- Verfassen einer kurzen Rede für den Zonenbeirat
- Vortrag der Rede von Robertson

Materialien und Hinweise

Gutachten von Kopf und Tantz/Kubel (Broschüre IV. 9/10)
Tabellarische Übersicht der Gutachten im Kapitel IV der Broschüre

evtl. weiteres Zusatzmaterial (Denkschriften usw.)

weiteres Informationsmaterial: Lexika, Zeitungen

Rede von Robertson im Zonenbeirat (Kapitel IV. 11 der Broschüre)

6. Die neue Landesregierung stellt sich vor

Didaktische Impulse

- Welches waren die vordringlichsten Probleme des neuen Landes?
- Welches waren ihre Ursachen?
- Inwieweit waren es Folgeprobleme der nationalsozialistischen Vergangenheit?
- Welche Appelle formulierte Kopf zum Verhalten in der politischen Auseinandersetzung?
- Welche Forderungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet richtete Kopf an die Adresse der britischen Militärregierung?

- Welche Forderungen nach stärkerer politischer Verantwortung erhob er?
- Welches Versprechen gab er der Bevölkerung der früheren Länder?
- Formuliert als Appelle Verhaltensregeln zur politischen Auseinandersetzung.
- Formuliert Forderungen an die Adresse der Militärregierung und begründet sie.
- Schreibt heraus, was Kopf den ehemaligen Ländern verspricht.
- Sucht ähnliche Stellen in der Verordnung Nr. 55, der Rede Robertsons (IV. 7 der Broschüre) und der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung (IV. 18 der Broschüre).

Materialien und Hinweise

Regierungserklärung von Ministerpräsident Kopf (IV. 14 der Broschüre)

Landtage (IV. 16 der Broschüre).

Kabinette (IV. 17 der Broschüre).

Bilder, evtl. Filmausschnitt.

7. Das Land wird regiert

Didaktische Impulse

- Demokratische Wahlen
- 3 Gewalten: legislative, exekutive, judikative
- Föderalismus
- regionale Besonderheiten

(Art. I(1) und 56 Vorl. Nds. Verf.)

Materialien und Hinweise

Verfassungsschema (IV. 19 der Broschüre) der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung.

Ergebnisse der letzten Landtagswahl.

III.

Hinweise auf Filme und Videokassetten*

Das Medienangebot zur deutschen Nachkriegsgeschichte ist recht umfangreich. Die im folgenden getroffene Auswahl orientiert sich an den Beiträgen der Broschüre. Insofern sind nicht nur Medien mit direktem Landesbezug aufgeführt, sondern auch solche, die sich umfassender mit der Situation nach 1945 auseinandersetzen beziehungsweise spezifische Teilthemen behandeln. Zwei Spielfilme, die, unmittelbar nach dem Kriegsende entstanden, als Quelle für Nachkriegs-Zeitbewußtsein behandelt werden können, sind ebenfalls aufgeführt.

Was Medien, speziell Spielfilme, zu der Auseinandersetzung mit der deutschen Nachkriegsgeschichte im schulischen Kontext wirklich beitragen können, hängt vor allem anderen von den Medienerfahrungen der Lehrenden und Lernenden ab. Für den Einsatz müssen inhaltliche Fragen, Medienquellen, medienkritische Vorkenntnisse und die filmästhetischen Gesichtspunkte ebenso in die Überlegungen einbezogen werden wie die Einschätzung der jeweiligen didaktischen Situation.

Bei den Filmen handelt es sich, wenn nicht anders angegeben, um 16mm-Filme. Die Einsatzempfehlung gilt jeweils ab dem 9. Schuljahr. Die empfohlenen Filme sind direkt bei den kommunalen Bildstellen oder über die kommunalen Bildstellen beim Dezernat Landesmedienstelle des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes zu beziehen.

* Diese Empfehlungen sind unter Mitwirkung der Landesmedienstelle entstanden.

1. Dokumentarfilme mit Landesbezug

NIEDERSACHSEN IM AUFBAU 1951 20 min. 3230044
Der Umfang der Zerstörungen nach dem Kriege wird in diesem Film

noch einmal vor Augen geführt. Er zeigt zugleich die Bemühungen und die Leistungen, die das Land Niedersachsen in den Jahren 1947 bis 1950 vollbracht hat. Inhaltsangabe in der Anlage)

NIEDERSACHSEN 1945 1982 43 min. 3231868
(mit Begleitmaterial der Nds. Landeszentrale f. politische Bildung)
Der Film ist weitgehend aus Filmsequenzen montiert worden, die amerikanische und britische Armeekameraleute während des Vormarsches im Jahre 1945 aufgenommen haben. Er behandelt die militärische und zivile Lage im späteren Land Niedersachsen im April/Mai 1945.

NIEDERSACHSEN - JAHRE DES AUFBAUS
1984 48 min. 3232043
Der Film enthält Wochenschau-Ausschnitte, historische Standfotos und Filmdokumente aus Niedersachsen um 1946. Hinzu kommen Interviews mit Zeitzeugen, u. a. den Politikern der "ersten Stunde" (Albertz, Hellwege, Kubel). Er bietet vielfältiges Material sowohl zur politischen Situation als auch zum Alltagsleben im niedersächsischen Raum in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Er führt über den Gründungstag hinaus bis zur Konstituierung der Bundesrepublik 1949.

Für den Einsatz im Unterricht ist es sinnvoll, aus dem Film einzelne, thematisch geeignete Sequenzen auszuwählen. So lassen sich zum Beispiel Wochenschau-Ausschnitte und Interviews zu bestimmten Ereignissen gegenüberstellen und durch Textquellen ergänzen.

An zahlreichen Schulen Niedersachsens liegt der Film (ebenso wie "Niedersachsen 1945") als Videocassette vor. Die Video-Technik bietet für die Vorführung von Ausschnitten gute technische Voraussetzungen. Eine Hilfe für die Auswahl kann die Inhaltsangabe des Films am Schluß dieser Aufstellung leisten.

Zum Inhalt im einzelnen vgl. die Übersicht am Schluß dieses Aufsatzes.

FLÜCHTLINGSNOT AN DER ZONENGRENZE 1948
1959 21 min. 320530

Der Film zeigt den Strom der aus den Ostgebieten kommenden Flüchtlinge, die legal oder illegal die Grenze überschreiten, das Aufnahmeverfahren und die Weiterleitung sowie die notdürftige Unterbringung der aufgenommenen Flüchtlinge und den Weg der Menschen, deren Aufnahmeantrag abgewiesen wurde.

2. Weitere Dokumentarfilme zur deutschen Nachkriegsgeschichte

DER WIEDERAUFBAU DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT
1945 bis 48 1979 15 min. 323028
Bilder aus dem zerbombten Deutschland leiten den Film ein. In Form einer Chronik werden die wirtschaftlichen Verhältnisse der ersten drei Nachkriegsjahre beschrieben und dokumentiert. Zum Schluß künden Aufnahmen von gefüllten Schaufenstern vom wirtschaftlichen Aufschwung nach der Währungsreform.

DIE SITUATION IN DEUTSCHLAND 1945/46
1975 16 min. 323029
Anhand dokumentarischer Materialien werden die Lebensbedingungen im zerstörten Deutschland während der ersten Monate der alliierten Besatzung geschildert. Zwei politische Ereignisse dokumentieren die Übernahme der Staatsgewalt durch die Alliierten: die erste Konferenz der Militärbefehlshaber in Berlin und das Treffen in Potsdam, auf dem die Grundlinien für die Besatzung, Entmilitarisierung und Demokratisierung festgelegt werden. Millionen von Flüchtlingen und Umsiedlern treffen im restlichen Deutschland ein. Die Säuberung Deutschlands vom

Nationalsozialismus durch die Alliierten wird ebenso gezeigt wie das Wiederingangkommen des kulturellen Lebens vor dem Hintergrund äußerst beschränkter Lebensverhältnisse.

DIE ENTSTEHUNG DER BEIDEN DEUTSCHEN STAATEN
1980 18 min. 323228

Filmdokumente aus west- und ostzonalen Wochenschauen, zum Teil mit Originalton, wurden durch einen Kommentar verbunden und veranschaulichen so die politische Entwicklung der deutschen Besatzungszonen nach 1945, insbesondere in den Jahren 1947 bis zur Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1949.

REEDUCATION 1945 (VHS-Video) 1984 34 min. 42 00542
Die ungekürzten Wochenschauausschnitte zeigen die Kapitulationsvorgänge, vermitteln dann Einblicke in die Situation in Deutschland bei Kriegsende und demonstrieren Maßnahmen der britischen und amerikanischen Besatzungsbehörden zur Bewältigung der anstehenden Probleme. Dabei werden sowohl materielle Wiederaufbauleistungen als auch Initiativen zur geistigen Umorientierung der deutschen Bevölkerung dargestellt. Der Titel "Reeducation" ist also in einem weitergefaßten Sinn zu verstehen.

DEUTSCHLAND - DEUTSCHLAND:
ERINNERUNGEN AN DIE GESCHICHTE EINER GETEILTEN NATION

TEIL 1: DIE TEILUNG 1980 45 min. 3231915
Mit Wolfgang Leonhardt und Johann Baptist Gradl als Zeitzeugen wird die Entwicklung in ganz Deutschland bis zur Stalin-Note (März 1952) betrachtet.

DEMOKRATISCHER NEUBEGINN
DER WEG DES ERSTEN DEUTSCHEN BUNDESTAGES 1979
23 min. 3231743

Dreißig Jahre deutsche Nachkriegsgeschichte in einem 23-Minuten Film. Das ergibt zwangsläufig Verkürzungen und kaum Möglichkeiten, eine wichtige Situation länger zu betrachten: Verkündung der Kapitulation, erste Parteigründungen, Kommunal- und Landtagswahlen und schließlich die Wahl der Bundesorgane 1949: Bundestag, Bundesrat, Bundespräsident und Bundeskanzler. Als Einstieg in das Thema.

FÜNF PARLAMENTARISCHE RÄTE ERINNERN SICH
1974 33 min. 323 1914

Der Film wurde als Beitrag zum Thema "25 Jahre Bundesrepublik Deutschland« hergestellt. Der Bericht ist aufgeteilt in
1. die praktische Arbeit
2. Kritik und Selbstkritik.

Am Anfang stehen Aufnahmen von der ersten, in Frankfurt/Main durchgeführten Konferenz der drei Gouverneure der Westzonen mit den jeweiligen Ministerpräsidenten der Länder. Die Militärgouverneure wiesen die Ministerpräsidenten an, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Aus ihrer eigenen Erfahrung in der Arbeit des parlamentarischen Rates berichten die ehemaligen Mitglieder dieser verfassungsgebenden Versammlung: Hans Reif (FDP), Karl Siegmund Mayr (CSU), Karl Kuhn (SPD), Ernst Wörmer (CDU), Elisabeth Selbert (SPD). Sie berichten über die Anfänge des parlamentarischen Rates, über das Ringen um den Wortlaut des Grundgesetzes und seine Verabschiedung.

DIE ENTNAZIFIZIERUNG: REVOLUTION AUF DEM PAPIER
1971/72 46 min. 322436

Interviews mit Mitgliedern der amerikanischen Militärverwaltung und Dokumentaraufnahmen erläutern Absicht, Durchführung und Scheitern der Entnazifizierung.

FLUCHT UND VERTREIBUNG
I. INFERNO IM OSTEN 1981 60 min. 3232047
Anhand von Dokumentaraufnahmen und Interviews mit Zeitzeugen

schildert der Film die Flucht der deutschen Zivilbevölkerung aus Ostpreußen und Schlesien. In einem historischen Rückblick wird der Zusammenhang zwischen der Siedlungspolitik des Nationalsozialismus und der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten dargestellt. Der Film schließt mit der Bombardierung Dresdens.

FLUCHT UND VERTREIBUNG

II. DIE RECHTLOSEN 1981 60 min. 3232048
Der Film schildert in Dokumentaraufnahmen und Interviews mit Zeitzeugen das Schicksal der deutschen Zivilbevölkerung in Ostdeutschland sowie der deutschen Siedlungsgruppen in Ost- und Südosteuropa nach der Kapitulation. Ein historischer Überblick stellt die Verbindungen zwischen dem *Friedensvertrag von Versailles* und den Beschlüssen von Potsdam her. Die zum Teil unmenschliche Behandlung deutscher Zivilisten wird nur in einem Interview mit der nationalsozialistischen Besatzungspolitik in Verbindung gebracht.

FLUCHT UND VERTREIBUNG

III. ZWISCHEN FREMDE UND HEIMAT
1981 60 min. 3232049
Der Film schildert vor-wiegend in Interviews die Probleme bei der Integration der Flüchtlinge in Westdeutschland. Dabei wird eine Fülle von Themen angerissen, u. a. Suchdienst, Lastenausgleich. .. Besonders herausgestellt wird der Beitrag der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen zum wirtschaftlichen Aufbau.

3. Spielfilme aus der unmittelbaren Nachkriegszeit

DIE MÖRDER SIND UNTER UNS 1946
Deutschland (sowjetische Besatzungszone) 84 min. 3232059
Dieser Film ist der erste, der nach 1945 von der DEFA gedreht wurde. Der Film spielt in der Trümmerlandschaft Berlins. Ein von Schuldgefühlen belasteter Kriegsheimkehrer will seinen einstigen Vorgesetzten, der für Geiseler-schießungen verantwortlich war, eigenhändig richten.

IN JENEN TAGEN 1947
Deutschland (britische Besatzungszone) 81 min. 3230239
Irgendwo in Norddeutschland schlachten zwei aus dem Krieg heimgekehrte Soldaten ein altes Auto aus. In Rückblenden werden Episoden aus dem Leben der früheren Autobesitzer von der Machtergreifung bis zur Kapitulation gezeigt. Der Film konzentriert sich dabei auf die Schilderung privater Verhaltensweisen und menschlicher Beziehungen. Er eröffnet dem Zuschauer Einsichten in die Bewußtseinslage der deutschen Bevölkerung nach dem Kriegsende, wenn man bei der Auseinandersetzung mit dem Film besonders auf die Art und Weise der Behandlung des Themas "Nationalsozialismus" achtet.

Anlage

Inhaltsangabe des Films "Niedersachsen - Jahre des Aufbaus"
1984 48 min. 323 2C43

Inhaltsangabe

- Titel, Trümmerlandschaft
- Trümmerräumung, Wiederaufbau in Wilhelmshaven, Bilder vom kriegszerstörten Hafen (Filmdokumente)
- Arbeitslose vor einem Werkstor (nachgestellte Filmaufnahmen) eingesetzter Stadtrat von Wilhelmshaven
- Moorkultivierung, Torfstechen im Emsland, Dorfidylle (Filmdokumente)
- Emslandkultivierung (Orig. Wochenschau) Marshall-Plan: neue Höfe und Siedlungen Flüchtlingsströme (Filmdokumente)
- Heinrich Albertz als Flüchtlingspastor in Celle
- Flüchtlinge, illegale Grenzgänger, Vertriebene, Auffanglager, Leben im Lager, Elendsquartiere (Wochenschau, teilw. Orig.

Kornmentar)

- Interview mit H. Albertz über Flüchtlingsprobleme und über die politische Stimmung dieser Zeit (dazu Standfotos Lager Uelzen); Albertz charakterisiert H. W. Kopf und H. Hellwege und andere Hamburger Rathaus (6. März;) 1946: Tagung des Zonenbeirates der britischen Besatzungszone
- 23. 8. 46: Auflösung d. preuß. Provinz Hannover, dazu Interview mit Heinrich Hellwege über Gründung Niedersachsens, Kopf-Plan
- Eröffnung des ernannten Landtags in Hannover und Einsetzung der Regierung Kopf (Wochenschau mit Orig. Komm.)
- Forts. Hellwege-Interview: betont föderalist. und gesamtdeutsche Bestrebungen
- 6.-8.6.47: Konferenz der Ministerpräsidenten in München (Wochenschau mit Orig. Ton u. Komm.)
- Forts. Hellwege-Interview: nimmt Stellung zu den Aussagen der Wochenschau
- Alltagsleben in Nieders. 1946/47, Dreharbeiten Spielfilm im Weserbergland, Kartoffelernte Lüneburger Heide, Traktorenbau bei Hanomag, Erhaltung von Kunstschätzen im zerstörten Hildesheim (Filmdokumente, teilweise Wochenschau mit Orig. Ton u. Komm.)
- gewählter Landtag ab 24. 4. 1947: (Standfotos) Bruch der Koalition wegen Bodenreform
- Interview mit Alfred Kubel: berichtet über Arbeit im Landtag ab 1946, Aufbauleistungen, Situation in Salzgitter, Demontage, Messe, Gründung Hannover
- August 1947: I. Exportmesse Hannover (Wochenschau mit Orig. Komm.)
- Forts. Kubel-Interview: Probleme der 1. Hannover-Messe Hungerdemonstrationen in Hannover (Mai 48?) (Standfotos)
- Hannover-Messe, Produktionsentwicklung VW-Werk (Standfotos)
- Interview mit ehem. VW-Lehrling über wirtschaftl. Situation 48/49 (dazu Wochenschau und Standfotos)
- Luftbrücke (Wochenschau)
- Währungsreform (Standfotos mit Rede Kopfs zur Währungsref. als Tondokument)
- Industrie u. Handwerk, Alltagsleben (47-49?) (Filmdokumente) 21.5.48: Nordwestdeutscher Rundfunk Hannover, Eröffnungsrede Kopfs (Tondokument, dazu Filmdokumente Alltagsleben)
- Kulturleben Worpsswede (Wochenschau)
- Nobelpreisträger in Göttingen: Planck, Hahn, Heisenberg u. a., betonen friedliche Nutzung der Kernkraft (Standfotos, Wochenschau mit Orig, Ton u. Komm.)
- Interview: Lüneburger Bürger erinnern sich an Kulturleben 45/46 gemeinsamer Sprachunterricht deutscher und englischer Kinder (Wochenschau)
- Straßenverkehr in Hannover 49 (Wochenschau)
- Verabschiedung des GG unter Beteiligung nieders. Politiker (Wochenschau)